

Kapitel 3

Homo sociologicus unter *Cross Pressure*

In Anschluss an die bis jetzt dargestellten sehr theoretischen Modelle und Erklärungsansätze für Veränderungen im politischen Verhalten mögen Lazarsfelds Erkenntnisse im Bereich der Wahlforschung – die im Folgenden dargelegt werden – nahezu atheoretisch anmuten und den Eindruck erwecken, was an Realitätsnähe bei der ökonomischen Theorie der Demokratie gefehlt hat, mangelt den Thesen zur Soziologie des Wahlverhaltens an allgemein-theoretischem Fundament (vgl. dazu Gehmacher 1987; Güllner 1987; Haerpfer 1987; Plasser/Ullram 1987; 1995; Birk/Gehmacher/Ogris 1988; Gehmacher 1988; Plasser et al 1988; Gehmacher 1989). Dieses Urteil ist wohl nicht ganz gerecht, da Paul Lazarsfeld in seiner Studie des Wahlverhaltens und des Präsidentschaftswahlkampfes 1940 in Erie County im U.S. Bundesstaat Ohio sowohl vom Zugang als auch vom Anspruch her gar nicht vor haben konnte, allgemein gültige Theorien wie die des Nutzenmaximierens auszuarbeiten. So schreiben Lazarsfeld, Berelson und Gaudet im Vorwort zur zweiten amerikanischen Auflage:

„Eine sinnvolle Integration von Tatsachenmaterial und theoretischen Formulierungen ist Voraussetzung für die Existenz und Entwicklung jeder Wissenschaft. Niemand kann aus einer Menge unverbundener Tatsachen Nutzen ziehen; aber umgekehrt läßt sich auch kein soziales Handeln auf allgemeine Spekulationen über das ‚Wesen‘ der Gesellschaft gründen, wenn solche Theorien nicht in konkreten Situationen systematisch geprüft werden können.“ (Lazarsfeld et al 1969, 12)

Die in der angesprochenen Wahlstudie entwickelten Konzepte von *Cross Pressure*, selektiver Wahrnehmung und Meinungsführerschaft können als durchaus gelungener Versuch der Integration von empirischer Beobachtung und theoretischen Verallgemeinerungen betrachtet werden und besitzen daher über den Wahlkampf des Jahres 1940 hinaus Gültigkeit.

The People's Choice

Die Grundthese bei Lazarsfeld lautet, dass nach Klasseninteressen gewählt wird. „Ein Mensch denkt politisch entsprechend seinem sozialen Sein. Soziale Merkmale bestimmen die politischen Präferenzen.“ (Lazarsfeld et al 1969, 62) Dabei haben die politischen Organisationen Klassencharakter. „Sie fördern die Umformung sozialer Charakteristika in politische Bindungen.“ (ebd. 187) Den sozio-ökonomischen Positionen der Akteure lassen sich auf diese Weise ideologische Lagerbindungen zuord-

nen. Die Parteibindung ist bei jenen Wählern auch relativ stabil, die Homogenität im Sinne der sozio-ökonomischen Schicht in ihrer Familie, in ihrem Freundeskreis und an ihrem Arbeitsplatz vorfinden. Prinzipiell setzen sich soziale Gruppen wie Familie, Nachbarschaft, Freundeskreis usw. politisch recht homogen zusammen (ebd. 176). Diese Feststellung lässt sich leicht an der Siedlungsstruktur beobachten. Menschen, die aus verschiedenen Gründen – etwa durch den sozialen Aufstieg, den sie machen – Inkonsistenzen zwischen oder innerhalb der sozialen Gruppen, denen sie angehören, erfahren, sind dann auch solche, die nach Lazarsfeld dem so genannten *Cross Pressure* ausgesetzt sind (ebd. 96ff.). Sie müssen sich entscheiden, für wessen Interessen sie bei einer Wahl stimmen und versuchen, der Spannung entgegengesetzter Einflüsse über längere Zeit dadurch zu entkommen, dass sie sich von der Wahlpropaganda fern halten, gar nicht wählen oder erst im letzten Augenblick eine Entscheidung treffen. Die Gruppe der Wähler ohne sozio-ökonomische Homogenität in ihren sozialen Gruppen ist auch die instabilste und kann am ehesten als die Gruppe der „Wechselwähler“ bezeichnet werden. Jedoch handeln sie – wie Lazarsfeld feststellt – nicht im Sinne der Thesen der Nutzenmaximierung oder des rationalen Handelns: „Die Vorstellung, daß es sich bei denen, die während des Wahlkampfes eine Partei wechseln, vor allem um überlegende, denkende und gewissenhafte Wähler handle, die sich bei ihrer Wahl von Sachbezogenheit leiten ließen, ist einfach falsch. Diese Personen waren vielmehr genau das Gegenteil.“ (ebd. 107) Lazarsfelds Hauptargument ist also, dass die sozio-ökonomische Lage vermittelt durch die soziale Interaktion in den verschiedenen Gruppen – wie Familie oder Freundeskreis – im Wesentlichen die politische Grundhaltung und damit die Wahlentscheidung determiniert. Damit führt Lazarsfeld zwar die Variable soziale Interaktion ein, die die politische Lagerbindung reproduziert, zeichnet aber allgemein ein relativ stabiles Bild von ideologischen Bindungen, denn außer in den Ausnahmefällen, in denen jemand *Cross Pressure* ausgesetzt ist, kann es eigentlich nicht zur Situation kommen, dass jemand gegen seine (Klassen-) Interessen handelt. Es muss natürlich eingeräumt werden, dass die politischen Bindungen in den U.S.A. 1940 tatsächlich stabiler gewesen sein könnten als im Österreich der 1990er Jahre. Für Deutschland stellt Noelle-Neumann einen Rückgang stabiler Parteibindungen fest. Der Prozentsatz jener Befragten in der BRD, die sagen, dass sie immer die gleiche Partei wählen, ist seit den 1950er Jahren von ca. 75% auf heute rund 55% zurückgegangen (Noelle-Neumann 1990). Ungeachtet der ungenauen Beschreibung der Wirkungsweise von (Klassen-) Interessen sollen jedoch im Anschluss die Einflussfaktoren, die Lazarsfeld bei der Veränderung von Wahlentscheidungen im Zuge eines Wahlkampfes beobachtete, genauer dargestellt werden.

Selektive Wahrnehmung

Die von Lazarsfeld untersuchten Veränderungen in den politischen Einstellungen während eines Wahlkampfes zeigten sehr auffällig, dass große Stabilität in den Ein-

stellungen der Befragten auftritt, die sich häufig über mehrere Generationen erstreckte. „Volle 77 Prozent der Panel-Befragten gaben an, daß ihre Eltern und Großeltern ihre Stimme durchweg der einen oder anderen der politischen Hauptparteien gegeben hatten, und sie führten diese Familientradition in der Wahl von 1940 weiter.“ (ebd. 25) Von dieser Beharrungstendenz schloss Lazarsfeld auf eine Art Schutzschild um die zentralen Einstellungen, das den Betroffenen vor dem Eindringen genteiliger Information bewahrt.

Lazarsfeld beobachtete, dass die Wähler bevorzugt jene Propaganda aufnehmen, mit der sie ohnehin übereinstimmen. „Jede Partei setzte sich mehr ‚ihrem eigenen‘ Medium aus, fand es kongenialer, schenkte ihm mehr Vertrauen und wurde mehr von ihm beeinflusst.“ (Lazarsfeld et al 171)

Dazu ergänzte Noelle-Neumann 1990 in ihrem Aufsatz „The People’s Choice Revisited“, dass einerseits zu bedenken sei, dass auch Journalisten dieser selektiven Wahrnehmung unterliegen, also dann auch in der Berichterstattung bereits eine gefilterte Version der aktuellen Neuigkeiten präsentieren. Andererseits zeigen neuere Ergebnisse der Wahlforschung, dass selektive Wahrnehmung sich in erster Linie auf positive Inhalte bezieht, negative Inhalte werden unabhängig von den persönlichen Vor-Urteilen bemerkt: „Positive Inhalte vermeidet man, wenn man gegen eine Sache oder Person ist. Aber in bezug auf negative Mitteilungen finden wir kaum selektive Wahrnehmung.“ (Noelle-Neumann 1990, 151).

In der Anwendung der Thesen zur Wahrnehmung politischer Propaganda auf die Gegenwart ergibt sich natürlich die Problematik, dass sich die Art und Vielfalt der Medien stark verändert hat. Dabei ist das Zusammenspiel der verschiedenen Medien (Print- und elektronische Medien) zu beachten. Der Einfluss österreichischer Boulevardzeitungen auf die Meinungsbildung ist vermutlich nicht zu unterschätzen und widerspricht eigentlich dem Befund vieler Umfragen, die ergeben, dass die meisten Menschen das Fernsehen als die bevorzugte Informationsquelle betrachten. Denn gerade die im Österreichischen Fernsehen veröffentlichte Meinung ist um vieles liberaler, toleranter und fortschrittlicher als jene in den Boulevardzeitungen. Schon eher mag Konsens in der Aufbereitung der Nachrichten zwischen den Privatsendern und dem Boulevard bestehen, wie etwa eine Sammlung der Themen deutscher Talkshows demonstriert.¹ Fernsehen ist als Medium auch invasiver als die 1940 zur Verfügung stehenden Medien Presse und Radio. Andererseits ermöglicht es gerade das Medium Radio, neben einer Alltagsbeschäftigung, die nicht die volle Aufmerksamkeit erfordert

1 Nur auszugsweise sei diese Liste zitiert, um einen Eindruck von der Beliebigkeit der Themen zu vermitteln: „Studenten 1998-Rumhängen auf Staatskosten? Wer schön sein will, muß leiden. Ausländer kämpfen gegen Vorurteile. Du bist ein Streber. Wenn die Frau die Hosen anhat. Er könnte doch dein Vater sein – Der dritte Frühling. Mama, warum hast du mich ins Heim abgeschoben? Wozu heute noch Kinder kriegen? Bei Sonja treff’ ich meinen Traummann. Reizwäsche – nein danke! Du hast doch nur Sex im Kopf. Immer sind die anderen schuld. Krieg auf der Straße. Mein Ex-Mann ist mein bester Freund. Wechseljahre – Beziehung auf dem Prüfstand. Ich wurde mißbraucht. Schwangere sind häßlich. Ich will ein Schlagerstar werden. Ich hab’ schon mal gelebt. Die intimsten Geheimnisse der Männer. Ich weiß, daß du mich betrügst! Sag’s mir endlich. Hilfe! bald ist wieder Fußball-WM! Wenn du kommst, ist der Spaß vorbei. Ich schäme mich für meinen Busen.“ (Die Zeit, Nr. 25, 1998, 49)

(etwa Hausarbeiten oder Autolenken), Informationen zu „konsumieren“. Damit bleibt dem Rundfunk potenziell mehr Zeit, seine Konsumenten zu beeinflussen als dem Fernsehen oder der Zeitung.

Stabilität der Einstellungen

Die Ursache für das Phänomen der selektiven Wahrnehmung liegt darin, dass die Menschen ein Bedürfnis nach Stabilität in ihren Einstellungen haben. Die Sicherheit, die Bestätigung und Geborgenheit, die der Einzelne in der sozialen Gruppe findet, ist er nicht bereit, leichtfertig aufs Spiel zu setzen, daher werden Konflikte durch Einstellungsänderungen eher vermieden.

„Indem diese [die Individuen] nämlich ihre Einstellungen stabil halten, sind sie imstande, Konflikte und Uneinigkeiten mit den Personen ihrer sozialen Umgebung, welche diese Einstellungen teilen, zu vermeiden oder auf ein Mindestmaß zu verringern. Somit trägt die Stabilität ihrer Einstellungen dazu bei, ihre persönliche Sicherheit zu bewahren.“ (Lazarsfeld et al 1969, 26)

Diese Darstellung Lazarsfelds impliziert jedoch, dass Meinungsänderungen oder persönliche Standpunktveränderungen höchst unwahrscheinlich werden, weil die Menschen um ihres lieben Friedens willen sich lieber der Gruppe, der sie angehören (möchten), anpassen, als ihren inneren Zweifeln Ausdruck zu geben. Man entwickelt sich jedoch im Laufe eines Lebens in seinen Anschauungen weiter und verlässt aus diesem Grunde auch allmählich soziale Gruppen, während man gleichzeitig in andere eintritt. Offenbar gibt es also doch Gründe, die Geborgenheit von Gruppen aufzugeben und damit entsteht die Schwierigkeit zu quantifizieren, wie groß die Uneinigkeit sein muss, um letztlich dafür die Sicherheit der Gruppe über Bord zu werfen. Da wir uns gleichzeitig in mehreren verschiedenen Gruppen befinden und so bei Einstellungsänderungen Ablösungsprozesse von einer zur anderen Gruppe durchmachen, bedeutet das Aufgeben der Geborgenheit einer Gruppe nicht vollkommene soziale Isolation.

Bedeutung sozialer Interaktion

Als zusätzlicher Faktor der Stabilität von Einstellungen wirkt nach Lazarsfeld auch die Interaktion in der Gruppe, denn durch Gespräche und Diskussionen im Freundeskreis und in der Familie (wo man sich tendenziell einig ist, da Homogenität in den politischen Einstellungen innerhalb der Gruppenmitglieder der Regelfall ist) werden die bestehenden Einstellungen verstärkt.

„Jedes Individuum hat seinen privaten Fundus von Kenntnissen, seinen privaten Katalog von Erfahrungen, selbst wenn diese nach allgemein verbreiteten Maßstäben ausgewählt und beurteilt werden. Jedes Individuum offenbart bei seinen Interaktionen etwas von den privaten Kenntnissen und auch einiges von seinen privaten Erfahrungen, die mit allgemein verbreiteten Einstellungen übereinstimmen (...) Das Endergebnis solcher Interaktionen zwischen den Gruppenmitgliedern ist also eine Verstärkung, ein gegenseitiges Bekräftigen gemeinsamer Einstellungen.“ (Lazarsfeld et al 1969, 26)

Die herausragende Bedeutung des Gesprächs als gegenseitiger Verstärker bereits existierender Einstellungen zeigt sich an spezifischen wiederkehrenden Formen des informellen Sprechens. Die Akteure können sich durch den Gruppenkonsens versichern, dass sie „im Recht“ sind, dass ihre Sicht der Dinge „normal“ und stabil ist.

Aktivierung früherer Erfahrungen und Cross Pressure

Als Gegenkraft zu den stabilisierenden Tendenzen könnte die Aktivierung von früheren Erfahrungen und Ideen gelten, die gewöhnlich nicht in die herrschenden Traditionen oder Interessen der Gruppe passen. In einer Krise oder einer Periode intensiver Propaganda treten diese latenten Einstellungen an die Oberfläche und führen zu einer Umstrukturierung der jüngeren Einstellungen und in einigen Fällen auch zu einem Wechsel der Gruppenbindungen.

Voraussetzung dafür ist jedoch, dass nicht-gruppenkonforme Einstellungen, Beobachtungen oder Erfahrungen vorhanden sind, was wieder ein Zeichen für die so genannte Spannung aufgrund widerstreitender Zugehörigkeiten, also für *Cross Pressure*, ist. Die verschiedenen sozialen Gruppen und Bindungen an diese Gruppen führen im Konfliktfall zur Entscheidung, einer der Gruppenloyalitäten den Vorrang zu geben (ebd. 27). Jedoch kann *Cross Pressure* auch dazu führen, dass der Betroffene dem Konflikt ausweicht, sich zurückzieht oder das Interesse an Politik gänzlich aufgibt (ebd. 99). „Je mehr sich die entgegengesetzten Einflüsse neutralisierten, desto länger schob der Wähler die Entscheidung aus.“ (ebd. 92)

Noelle-Neumann interpretiert hohe Prozentsätze der Wahlenthaltung als Ausdruck von *Cross Pressure* (Noelle-Neumann 1990, 152). Dabei kann Wahlenthaltung aus mehreren *Cross Pressure*-Szenarien resultieren: zum einen kann ein loyaler Parteianhänger Identifikationsprobleme mit dem Kandidaten der Partei haben, oder die Kampagne schlecht finden; er könnte aber auch durch Skandale in „seiner“ Partei ins Dilemma kommen, dass er zwar im Inhalt den Kritikern der Partei zustimmt, es jedoch nicht übers Herz bringt, gegen diese „seine“ Partei zu stimmen. So bleibt er dann lieber der Wahl fern.

Eine andere Ursache für Wahlenthaltung unter *Cross Pressure* liegt in der Erfahrung verschiedener sozio-ökonomischer Lagen: die Tochter einer traditionell konservativ wählenden Bauernfamilie, die zur Behindertenpädagogin ausgebildet wird, sieht sich mehreren widerstreitenden Einflüssen ausgesetzt: Ihre Kollegen und Kolleginnen argumentieren links-liberal. Schon aus eigenem Interesse unterstützen sie Parteien, die sozialpolitisch stark engagiert sind; schließlich entsteht ihr Beruf aus der öffentlichen Verantwortung für die Integration sozial Schwacher in die Gesellschaft. Die Standesinteressen ihrer Eltern wiederum halten sie davon ab, dieser Tendenz unmittelbar nachzugeben: die angehende Behindertenpädagogin will nicht eine Partei unterstützen, die von ihren Eltern als Bedrohung ihrer Erwerbschancen empfunden wird; SPÖ und Grüne werden mit einer kritischen Haltung zu Agrarsubventionen, Intensivtierhaltung und strengeren Qualitätskontrollen in der landwirt-

schaftlichen Produktion identifiziert. Diese Maßnahmen schmälern den Profit der Bauern. So steht also die junge Frau im Dilemma, ihre eigenen Interessen politisch von jemanden vertreten lassen zu müssen, der den Interessen ihrer Eltern nicht schadet. Wahlenthaltung und gleichzeitiger Rückzug von politischen Debatten könnte diesen *Cross Pressure* mildern.

Opinion-Leaders und Kristallisation

Die Aktivitäten des Meinungsführers und der Prozess der Kristallisation von Einstellungen in der Gruppe sind Mechanismen, mit denen die Gruppe Meinungskonsens herstellt.

Die Meinungsführerschaft ist quasi eine zwischengeschaltete Stelle zwischen den allgemein zugänglichen und öffentlichen Informationen und dem Austausch von Beobachtungen und Erfahrungen in der sozialen Gruppe. Lazarsfeld hat festgestellt, dass persönliche Kontakte einen stärkeren Einfluss auf die Meinungsbildung haben als die Massenmedien, da das zweckbetonte instrumentelle Verhalten der Massenmedien eine voreingenommene Einstellung der Individuen hervorruft, die sich im Interesse der Stabilität ihrer Einstellungen vor den potenziellen Beeinflussungen der Massenmedien schützen wollen (Lazarsfeld et al, 1969, 192f.): „Freie Gespräche sind besonders wirksam, weil man nicht gegen die Überredungsabsichten der Sprecher mißtrauisch zu sein braucht.“ (ebd. 193)

Dabei ist entscheidend, dass nicht jeder Gesprächspartner in gleichem Ausmaß als glaubwürdig gilt. Die Meinungsführer sind – nach Lazarsfeld – Personen desselben Status und mit den gleichen Interessen wie die Mitglieder der Gruppe, die ihnen folgt (ebd. 196). Sie rezipieren Ideen und Meinungen aus den Medien in höherem Maß als die anderen Gruppenmitglieder und geben diese Ideen und Meinungen dann an die weniger aktiven weiter.

Die genannten definitorischen Merkmale der Opinion-Leaders – sie werden eher in ihrer Funktionsweise als entlang konkreter persönlicher Unterscheidungsmerkmale geschildert – sind unvollständig und erschweren die Identifikation der Meinungsführer:

„(...) Jahrzehntlang gelang es uns nicht, die Meinungsführer zu bestimmen. Nicht nur uns, auch anderen Forschungsgruppen ging es so. Wenn wir sie mit geeignet erscheinenden Fragen zu bestimmen versuchten, fanden wir nur, daß sich die so gefundenen Meinungsführer von den übrigen Bevölkerungsgruppen viel zuwenig unterschieden, um wirklich Meinungsführer zu sein.“ (Noelle-Neumann 1990, 153)

Kristallisation heißt das Konzept, demgemäß sich der Prozess der Meinungsbildung des Individuums mit dem Herannahen des Zeitpunktes der Entscheidung beschleunigt. Noelle-Neumann berichtet von empirischen Befunden, die belegen, dass sich die Menschen unmittelbar vor Wahlen intensiver und häufiger über Politik unterhalten (ebd. 153f.). Die politische Berichterstattung in den Medien wird allerdings vor Wahlen auch ausgeweitet und die Wahlwerbung auf Plakaten, in Postwurfsendungen und mit öffentlichen Kundgebungen wird in den letzten Wochen vor einer

Wahl intensiviert, sodass die Aufmerksamkeit der Bürger unweigerlich auf Politik gelenkt wird. So wird Kristallisation also durchaus von außen induziert. Noelle-Neumann regt auch an, den Wandel von Einstellungen ganzer Gruppen – sozusagen unter Anleitung des Meinungsführers – zu untersuchen, da in solchen kollektiven Änderungsprozessen die Gruppenkohäsion nicht gestört wird und somit eine Meinungsänderung ohne Gefährdung des Geborgenheitsgefühls stattfinden kann (ebd. 154). Dabei fragt man sich natürlich, wie es wohl zur glücklichen Fügung kommt, dass alle Mitglieder einer Gruppe ihre Meinung relativ synchron in die gleiche Richtung ändern wollen. Eine Beschränkung der Möglichkeit der Richtungsänderung muss schon bei der Gruppenbildung getroffen worden sein. Lazarsfeld würde hier vermutlich argumentieren, dass sich soziale Gruppen sozio-ökonomisch homogen zusammensetzen. Das führt uns schließlich zu einer Hierarchie der Stabilität von Einstellungen.

Stabilitätshierarchie

Die politische Haltung entsprechend der sozio-ökonomischen Position ist nach Lazarsfeld als das stabilste Element der Einstellungen eines Menschen zu verstehen, viele andere Meinungen lassen sich – dieser These folgend – aus diesem stabilsten Element ableiten. Diese Implikation der im Sinne der Interessenlage logisch konsistenten politischen Überzeugungen eines Individuums erscheint mir jedoch zweifelhaft und sie entspringt m.E. eher dem Wunsch des Beobachters. Tatsächlich lassen sich ideologische Einzelaussagen schon zu konsistenten Ideologien bündeln; die empirisch zu beobachtenden Einstellungsbündel bei konkreten Individuen entsprechen dieser Abstraktion aber wohl nur selten. So scheinen *Cross Pressure* oder logisch inkonsistente Einstellungen der empirisch beobachtete Regelfall zu sein.

Darin sehe ich nicht die Auswüchse der postmodernen Gesellschaft (als quasi devianter Nachfolger der modernen Gesellschaft), sondern das Ergebnis normalen sozialen Lebens, in dem der Einzelne in erster Linie bemüht ist, mit möglichst vielen Menschen gut auszukommen und erst in zweiter Linie nach Konsistenz und Stringenz seiner Aussagen strebt. Empirisch betrachtet sind die Prediger und Dogmatiker die eigentlich Devianten in unserer Gesellschaft, wenngleich sie oft die Einzigen sind, die wahrhaftig konsistent eine Idee vertreten. Zwei der im ersten Kapitel beschriebenen Personen, Margit S. und Rosa E., werden etwa in ihrer Umgebung als Querulantinnen und Fremdkörper betrachtet.

Schließlich ortet Lazarsfeld in der *antizipierten* Klassenlage den letztendlich ausschlaggebenden Einflussfaktor für die Wahlentscheidung. „Die Identifikationen, die die Menschen in ihrem Bewußtsein vornehmen, sind für die schließliche Wahl wichtiger als ihr objektiver Beruf.“ (Lazarsfeld et al 1969, 55)

Noelle-Neumann bestätigt Lazarsfelds Feststellung einer Stabilitätshierarchie der Einstellungen des Individuums, in der „die Parteiorientierung ein besonders stabiles Element im Bereich der politischen Einstellungen bildet (...)“ (Noelle-Neumann 1990, 154) mit ihren Erfahrungen aus der Wahlforschung.

Diese Stabilitätsbeobachtung könnte jedoch auch ein Artefakt sein. Vielleicht beobachten die Wahlforscher eine Auswirkung des *Wunsches* nach Stabilität und nicht „wirkliche“ Stabilität in den Einstellungen. Häufige Meinungsänderung gilt als etwas Verpönte, denn sie widerspricht zumeist der Vorstellung, die das Individuum vom eigenen Selbst hat, dem Gesicht, das jeder zu wahren bemüht ist. Im Streben nach Übereinstimmung mit der eigenen Vorstellung von sich, entsteht mehr oder weniger konsistentes Handeln durch Vermeidungsstrategien oder durch Korrekturen (etwa auch Legitimation) im Nachhinein.

Um nicht das Gesicht zu verlieren, indem man eine veränderte Parteibindung eingestehen müsste, wird die Situation so lange wie möglich gemieden (Hinauszögerung der Wahlentscheidung) oder schließlich gänzlich umgangen, indem Politik als Ganzes für unwichtig erklärt wird (Wahlenthaltung).

Für die Richtigkeit der Beobachtung der Stabilität der Einstellungen spricht allerdings die Anonymität der Interviewsituation. Dadurch bleiben Inkonsistenzen zwischen geäußelter Einstellung und eigentlichem Verhalten großteils unentdeckt, so dass instabile Einstellungen wahrscheinlicher werden müssten.

Resümee

Der Akteur bei Lazarsfeld hat vor allem sozio-ökonomische und soziale Gründe für seine politische Bindung, er wählt generell nach Klassenlage, lässt sich in Gruppen politisch sozialisieren (d.h. seine soziale Position wird in eine ideologische transformiert), leidet unter Konformitätsdruck, wenn er zwei gegensätzlichen Meinungsgruppen angehört, und folgt seinem Kumpel, dem Meinungsführer. Kathexis spielt eine prominente Rolle bei den sozialen Beziehungen des Wählers zu seinen Verwandten, Freunden, Arbeitskollegen usw. Als Basis nonkonformen Verhaltens in einer Gruppe wird sie von Lazarsfeld jedoch nicht beschrieben. Rein zweckrationales Verhalten tritt – im Gegensatz zu den ökonomischen Ansätzen – praktisch nie auf. Generell betont Lazarsfeld die soziale Komponente im politischen Handeln: Menschen unterstützen politische Programme, weil sie ihnen durch Gruppen, Meinungsführer oder Konformitätsdruck vermittelt werden. Das Modell sieht nicht vor, dass jemand *Cross Pressure* in einem bewusst eingegangenen Konflikt überwindet und sich vom Gruppendruck emanzipiert. Wohl auch, weil diese nonkonforme Haltung empirisch selten auftritt.

Bei „The People's Choice“ handelt es sich um eine empirische Studie und so sind die aus den Beobachtungen entwickelten Thesen in ihren Prämissen recht realitätsnah, wodurch sie sich – wohltuend – von jenen der meisten ökonomischen Modelle abheben. In den Voraussagen ist Lazarsfeld jedoch recht unpräzise.

Bei Lazarsfeld bleibt offen, welcher der mindestens zwei widerstrebenden Einflüsse (bei *Cross Pressure*) letztlich die Wahlentscheidung bestimmt oder wie Meinungsführer zu ihrer speziellen Rolle in einer sozialen Gruppe kommen.

Doch viele Daten, die zur Beseitigung dieser Wissenslücken notwendig wären, wurden wohl gar nicht erhoben und so kann die genaue Wirkungsweise der inter-

venierenden Variablen selektive Wahrnehmung, *Cross Pressure* oder politische Sozialisation nicht überprüft oder vorausgesagt werden. Zudem stoßen wir bei komplexen sozialen Prozessen – hier einer großen Zahl von ineinander verwobenen Interaktionen mit verschiedenen informellen Gruppen, etwa der Familie, den Arbeitskollegen, den Nachbarn des Wählers – an die Grenzen der Vorhersagbarkeit in der Soziologie.

Wenn man davon ausgeht, dass Lazarsfeld bei der Interpretation seiner Daten gute Ideen hatte, Inkonsistenzen bei der Wahlentscheidung ad hoc zu erklären, so ist es eigentlich an den darauf aufbauenden Forschungen, diese Ad-hoc-Erklärungen durch die Beobachtung der dadurch neu eingeführten Variablen zu testen. Ich fürchte nur, dass die meisten Wahlforscher sich damit begnügen, sich Lazarsfelds Begriffe anzueignen, statt die Richtigkeit der damit beschriebenen Vorgänge zu überprüfen.

Obwohl „The People's Choice“ das Wahlverhalten untersucht, können die Erkenntnisse der Studie auch auf andere Rollen politischer Akteure – also Sympathisanten, Mitglieder und Funktionäre – angewendet werden. Wesentlich ist bei Lazarsfeld die soziale Interaktion der Akteure, in der politische Meinungen ausgetauscht werden und kristallisieren können. Durch die Interaktion werden dann auch jene Kräfte wirksam, die einen Wechsel herbeiführen können. Wenn Alois K., Felix V., Margit S. oder Rosa E. sich von der SPÖ abwenden sollen, müssen sie *Cross Pressure* ausgesetzt sein; diese Voraussetzung ist bei Alois K. erfüllt, der gerne im Kreise der Weltkriegsveteranen eine von SPÖ-Linie abweichende Meinung vertritt. Insbesondere die öffentliche Diskussion der Kriegsverbrechen von Wehrmachtssoldaten lässt seine latente Sympathie für den Nationalsozialismus wieder hoch kommen. Ein Hinweis für *Cross Pressure* bei Alois K. ist auch die Tatsache, dass er sich aus Gesprächen mit den SPÖ-Funktionären herauswand und sagte: „Ich weiss eh, was ich zu wählen habe!“ Es ist gut möglich, dass Alois aufgrund dieser Dissonanz zwischen seiner langjährigen SPÖ-Mitgliedschaft und der Stimmung im Veteranenzirkel nicht zur Wahl geht und irgendwann auch aus der SPÖ austritt.

Cross Pressure als Bedingung für die Lösung einer politischen Bindung ist jedoch auch bei den anderen drei Akteuren gegeben. Auch hierfür bietet Lazarsfelds Studie Einsichten, denn sie beschreibt auch, wie widerstrebende Einflüsse vom Akteur neutralisiert werden können: Rosa E. z.B. immunisiert ihre politische Haltung durch selektive Wahrnehmung der Medienberichte: sie kann in den Vertretern anderer Parteien nur unsympathische Lügner erkennen. Felix V. kommt die Stabilität der Bindung an die SPÖ, die in seiner Familie seit mehreren Generationen anhält, und sein homogenes Arbeits-, Wohn- und Freizeitumfeld zugute, denn allein seine Konfliktscheu macht ihn prinzipiell anfällig dafür, anderen Einflüssen nachzugeben. So beschränkt sich *Cross Pressure* bei ihm auf innerparteiliche Konflikte (der Bezirksmandatare mit dem Vorsitzenden), bei denen er jedoch Stabilität erhält, indem er dem Vorsitzenden die Treue hält (obwohl er das nicht immer artikuliert). Solange er an dieser Gepflogenheit festhält, muss er sich nicht um die Einwände gegen den Vorsitzenden kümmern, er kann ihnen sogar beipflichten und sie schließlich mit

seinem tief empfundenen Respekt vor dem Vorsitzenden vom Tisch wischen. Während also Felix und Rosa einiges unternehmen, Loyalitätskonflikte zu verringern, bricht für Margit dieser erst auf, als sie mit ihrem Vorgesetzten wegen ihres antifaschistischen Engagements in Streit gerät. Diese Krise bringt für sie *Cross Pressure* ans Tageslicht. Auch sie hält bei der Lösung des Konflikts an stabilen Einstellungen fest, denn sie geht nicht von ihrer linken Haltung ab und riskiert stattdessen berufliche Nachteile.

Die Bedingungen, die zu einem Wechsel der politischen Bindung führen können und die diesen Wechsel verzögern oder vermeiden können, wurden bei Lazarsfeld beschrieben; so kann seine Terminologie auch das Verhalten der vier Akteure schlüssig erklären. Was jedoch fehlt, ist ein Instrumentarium zur Voraussage; denn wir verstehen zwar, dass Rosas Fähigkeit, politische Berichte selektiv wahrzunehmen, stabilisierend auf ihre offene Unterstützung der SPÖ wirkt. Doch wir haben wenig Anhaltspunkte, warum sie sich nicht ihrer Umgebung anpasst und auf diese Weise *Cross Pressure* überwindet.

„Modernisierungsverlierer“ – die Opfer relativer Deprivation

Die Theorie der relativen Deprivation führt politischen Protest auf Frustrationen der Akteure zurück, die diese durch Deprivation erleiden und als ungerechtfertigt empfinden. Entbehrungen nehmen die Deprivierten wahr, weil sie ihre materielle Situation mit jener einer Bezugsgruppe vergleichen. Jedoch kann nicht jede beliebige Gruppe zur Bezugsgruppe werden. Vergleichende Personen wählen aus der Gesamtheit möglicher Vergleichsgruppen sozusagen passende aus. Diese vergleichen sie z.B. hinsichtlich des Wohlstandes, wobei Differenzen des Niveaus dann Deprivation darstellen.² Damit der Akteur protestiert, muss sowohl die Erfahrung der Deprivation als auch das Urteil, dass es sich um ungerechtfertigte Deprivation handelt, gegeben sein – so die strengste Auslegung der Theorie. Doch Social Movement Research und auch politische Soziologie wandten das Konzept der frustrierten weil relativ deprivierten „Modernisierungsverlierer“ großzügig und mitunter auch nicht immer logisch stringent an.

Referenzgruppen

Das Konzept der Relativen Deprivation „wird als interpretierende vermittelnde Variable benutzt.“ (Merton 1995, 221) Aus der aus dem Jahr 1949 stammenden Studie „The American Soldier“ von Stouffer et al. geht hervor, dass die demografischen Variablen wie Familienstand, Bildung, soziale Schicht (als unabhängige Variable), die zur Analyse der Daten über die Einstellung der Soldaten zur Einberufung (i.e. der abhängigen Variable) herangezogen wurden, nur unbefriedigende weil inkonsistente Erklärungen bieten konnten. So wirkten sich diese Status-Attribute durchaus unterschiedlich und teilweise paradox auf die Einstellung zum Militärdienst aus, etwa wenn Männer mit höherer Bildung ihre Aufstiegschancen weniger optimistisch sahen, obwohl sie objektiv die besten Beförderungschancen hatten (ebd. 228). In der Interpretation der Daten konnten die Widersprüchlichkeiten durch Einfügen der intervenierenden Variable relative Deprivation, die sich auf die komparative Funktion der Bezugsgruppe stützt, aufgelöst werden. Da aber von Daten, die empirisch erhoben wurden, auf die Wirkung einer intervenierenden Variable geschlossen wurde, die selbst nicht erhoben wurde, bleibt der Prozess der Evaluation der eigenen Situation in Relation zur Lage anderer eine Annahme. Welche soziale Gruppe gerade als Basis zum Vergleich herangezogen wird, bleibt ebenso ungewiss und vage.

² Ich möchte vorerst der Einfachheit halber unberücksichtigt lassen, dass der Vergleich auch mit der eigenen Biographie angestellt werden kann und dass es bei Deprivationsgefühlen nicht ausschließlich um die materielle Lage geht. Häufig sind Erwartungen, wohlhabend zu sein, geknüpft an den Genuss nicht-materieller Freuden wie Prestige, Beliebtheit, Attraktivität usw.

„Im allgemeinen also zielt die Bezugsgruppentheorie darauf ab, Determinanten und Folgen jener Prozesse der Einschätzung und Selbsteinschätzung zu systematisieren, bei denen eine Person die Werte oder Standards anderer Personen oder Gruppen als Vergleichsrahmen heranzieht.“ (Merton 1995, 225)

Im Versuch, den Rahmen der denkbaren Bezugsgruppen für Vergleiche des Individuums zu definieren, ordnet Merton die einzelnen Gruppen nach dem Kriterium, ob das den Vergleich anstellende Individuum selbst Mitglied der Gruppe ist oder nicht und ob die Vergleichsgruppe denselben sozialen Status hat wie das Individuum (ebd. 224). Die Zahl der Referenzgruppen wird durch die Einbeziehung der Gruppen, denen das Individuum selbst nicht angehört, unübersichtlich groß. Zudem scheint es durchaus denkbar, dass das Individuum Vergleiche mit mehreren Gruppen gleichzeitig anstellt, woraus widersprüchliche Ergebnisse der Evaluation hervorgehen können.

Wenn Referenzgruppen, denen das Individuum *nicht* angehört, für seine Vergleiche relevant sein sollen, muss es Informationen oder Projektionen über diese Gruppen haben. Daraus ergibt sich die zusätzliche Dynamik der Perzeption der Gruppe durch das Individuum, die den Evaluationsvorgang beeinflussen kann.

„Individuelle“ relative Deprivation

Zur Evaluation der eigenen Lage können unterschiedliche Vergleiche gezogen werden. Unter „individueller“ relativer Deprivation ist die Diskrepanz zwischen den Erwartungen des Individuums und seinen Möglichkeiten, diese Erwartungen zu erfüllen, zu verstehen (Gurr 1970 zit. nach Sayles 1984, 451). Die Diskrepanz (also die Deprivationserfahrung) ergibt sich entweder durch gestiegene Erwartungen, durch eine Verringerung der Möglichkeiten zur Erfüllung konstant gebliebener Erwartungen, oder durch die Kombination aus gestiegenen Erwartungen und geringeren Möglichkeiten der Verwirklichung. Stellt das Individuum Vergleiche lediglich innerhalb seiner eigenen Biografie an, spricht man von „individueller relativer Deprivation“.

Ein Beispiel für „individuelle“ relative Deprivation könnte der Stahlarbeiter sein, der 40 Jahre im Werk gearbeitet hat und „als es ans Verdienen ging“³ in die Arbeitslosigkeit bzw. Frühpension geschickt wird. Die Lohn-Erwartungen sind – basierend auf den Aktivbezug – höher gestiegen als die Möglichkeiten, sie – in der Arbeitslosigkeit – zu verwirklichen.

„Egoistische“ relative Deprivation

„Egoistische“ relative Deprivation – die quasi klassische Form der relativen Deprivation – entsteht aus dem Vergleich des Individuums mit einer Referenzgruppe

³ Diese Aussage entstammt einem von mir beobachteten Stammtischgespräch obersteirischer Stahlarbeiter im Jahr 1995.

(Sayles 1984, 452). Auf die theoretischen wie empirischen Schwierigkeiten dieses Konzepts wurde bereits eingangs hingewiesen, die Auswahl der „passenden“ Bezugsgruppe wird im Interesse der Erreichung eines bestimmten Evaluationsziels getroffen und nicht nach objektiven Ähnlichkeits- oder Vergleichbarkeitskriterien.

So kann man etwa die Erkenntnis aus dem Bereich der Arbeitssoziologie übertragen, dass für eine positive Beurteilung des eigenen Arbeitsplatzes oft Vergleiche mit viel schlechter gestellten Bezugsgruppen hergestellt werden. Die Wahl der Bezugsgruppe wird damit zu einem Werkzeug der Reduktion von kognitiver und/oder emotionaler Dissonanz zwischen mehreren widerstrebenden Empfindungen oder Evaluationen. Das Konzept der kognitiven Dissonanzreduktion sieht vor, dass ein Mensch, der unter der Spannung mehrerer widerstrebender Handlungsmotivationen steht, dazu tendiert, Rationalisierungen für die von ihm bevorzugte Handlung zu suchen (Elster 1998, 66). Wenngleich die ursprüngliche Theorie der kognitiven Dissonanz unterschiedliche Empfindungen und Emotionen nicht als Verursacher von Dissonanz und Spannung betrachtet, scheint die Erweiterung des Konzepts um diese Form der Emotionsarbeit plausibel (ebd.). Das eigene Empfinden wird dadurch manipuliert, dass ein triftiger Grund für das gewünschte Gefühl gefunden wird. Der Grund soll die angenehme Empfindung – des günstigen Urteils oder der rechtschaffenen Empörung – hervorrufen, doch dieser Grund wird erst durch die Wahl der „passenden“ Bezugsgruppe erzeugt.⁴

Derartige Eingriffe ins eigene Empfinden setzen Selbstbeobachtung und Reflexion über das eigene Tun voraus. Viele soziale Handlungsmodelle klammern diese Fähigkeit des Individuums aus. Tatsächlich kompliziert sich die Analyse des gesamten Problems dadurch sehr: ist die berichtete Frustration eines Akteurs „authentisches“ Resultat eines Vergleiches mit einer Bezugsgruppe, also direkte Auswirkung relativer Deprivation? Oder wird die moralische Überlegenheit rechtschaffener Empörung gesucht, indem man sich frustriert ob erlittener relativer Deprivation zeigt?⁵ Je nachdem wie großzügig die soziale Umwelt ist, kann der Vergleich mit einer Bezugsgruppe auch sehr weit hergeholt sein. Schließlich ist an der Evaluation durch den Vergleich mit Referenzgruppen wesentlich, ob sie „gute Gründe“ für das Handeln und Empfinden des Vergleichenden gegenüber seiner Umwelt hervorbringt und nicht, ob die Vergleichsgruppe relativ ähnlich ist.

Das Aufgeben einer langdauernden öffentlichen Bindung an eine Partei macht derartige Rechtfertigungen notwendig. Im speziellen Fall einer Familie mit traditioneller SPÖ-Zugehörigkeit konnte ich beobachten, dass Angehörige der jüngsten Generation ihre Unterstützung für den Rechtspopulismus Jörg Haider mit Begründungen untermauerten, die sich keineswegs aus der Selbstevaluation eines relativ Deprivierten ableiten ließen; relative Deprivation im engeren Sinne (Arbeitslosig-

⁴ Letztlich ist Lazarsfelds Konzept der Stabilitätshierarchie und die Beobachtung der selektiven Wahrnehmung im Interesse der Beibehaltung einer einmal eingeschlagenen Denkrichtung eine Form der Reduktion kognitiver Dissonanz.

⁵ Irgendwelche Verluste lassen sich immer beklagen.

keit, Wohnprobleme usw.) erfuhren sie nicht, ganz im Gegenteil, sie profitierten als Patronageklienten von der traditionellen SPÖ-Bindung ihrer Verwandten.

Ein „Gegenbeispiel“ fand ich in einem langzeitarbeitslosen ehemaligen Angestellten eines Stahlwerkes, der als Parteimitglied der SPÖ von „seinem Genossen“ Personalchef gekündigt wurde. Er quittierte zwar die Mitgliedschaft in der Betriebsorganisation, bekannte sich jedoch als SPÖ-Wähler und Sympathisant. Seine materiellen Ansprüche schraubte er zurück, um die Diskrepanz, die sich aus einer weniger bescheidenen Haltung und der Realität, die große Pläne vereiteln würde, zu verringern. Er erwähnte auch einen Vorteil der Arbeitslosigkeit – dass er morgens lange ausschlafen könne.

Die Beispiele illustrieren, wie *relativ* egoistische relative Deprivation sein kann.

„Fraternalistische“ relative Deprivation

Die „fraternalistische relative Deprivation“ schließlich setzt voraus, dass die Individuen über ein Kollektivbewusstsein verfügen, das sie dazu befähigt, die Position ihrer in-group relativ zu anderen Gruppen der Gesellschaft zu erkennen. Das Gefühl der Deprivation bezieht sich dann lediglich auf diesen Gruppenvergleich und nicht auf den Vergleich des Individuums mit einzelnen Mitgliedern der Gruppe (Sayles 1984, 452).

Einstellungen, die auf „kollektives Bewusstsein“ schließen lassen, die also „fraternalistischer“ relativer Deprivation entsprechen, werden wohl eher sozial erzeugt, in dem Sinne, als sie in der direkten Interaktion entstehen oder bestätigt werden.⁶ Dies lässt sich illustrieren durch eine von mir beobachtete Stammtischrunde von ehemaligen Stahlarbeitern, die von der Benachteiligung der Arbeiter (als soziale Gruppe) im Vergleich zu den Angestellten spricht und dabei die Polarisierung zwischen den manuell arbeitenden Industriearbeitern und den nicht-manuell arbeitenden Angestellten in der Verwaltung des Industriebetriebs herausstreicht. Obwohl die Produktivität der Arbeiter den Betrieb letztlich erhalte, so der Tenor der Runde, waren sie die ersten Opfer eines Personalabbaus. Hier schwingt bereits deutlich mit, dass die erwähnten Arbeiter diesen Umstand als ungerecht empfanden und sich daher darüber empörten.

Deprivation durch Politik

Welche Formen von Deprivation sind für das Verlassen einer politischen Bindung von Bedeutung? Durch welche Deprivationserfahrung fühlt sich ein Wähler oder Sympathisant veranlasst, eine andere als die „Stammartei“ zu wählen? Welche De-

⁶ Hier ist jedenfalls auf das Meadsche Konzept des Selbst hinzuweisen, das es ermöglicht, die Wirkung der in-group auf die Handlungen des Individuums zu erkennen, ohne dass die Mitglieder der in-group jeweils direkt interagieren müssen. Einstellungen der „relevanten Anderen“ können so vom Individuum antizipiert werden.

privation erleidet ein Mitglied oder ein Funktionär vor dem Parteiaustritt? Generell kann relative Deprivation das Verhalten politischer Akteure in jeder der vier Rollen – Wähler, Sympathisant, Mitglied und Funktionär – beeinflussen. Dabei gilt, dass die Verantwortung einer Partei für die relative Deprivation von Wählern und Sympathisanten diffus ist. Durch politische Maßnahmen wie Steuererhöhungen für bestimmte Gruppen oder Kürzung von Sozialleistungen oder Subventionen erleiden Wähler und Sympathisanten relative Deprivation. Der Verursacher des individuell wahrnehmbaren Einkommensverlusts lässt sich unter Umständen in der Partei, die die gesetzliche Maßnahme forciert, identifizieren. Dennoch muss dies nicht als ungerechtfertigt empfunden werden, wenn der Betroffene etwa einer höheren Einkommensklasse angehört und gleichzeitig Steuerprogression befürwortet.

Selten ist die Verantwortung für Deprivation allerdings so eindeutig zuzuordnen. Wenn etwa durch wirtschaftliche Umstrukturierungen oder gravierende Krisen Massenarbeitslosigkeit oder Lohnkürzungen auftreten, wenn galoppierende Inflation die Einkommen real verringert oder Migrationsbewegungen den Druck auf den Arbeitsmarkt erhöhen, muss der Wirkungszusammenhang zur individuellen Deprivation erst hergestellt werden; darüberhinaus kommt es auf die Vermittlung durch „theoretische“ Modelle – die oft einfach auch nur Sündenbock-Theorien sind – an, um einen Verursacher für die erlittenen Verluste auszumachen. Generell werden Oppositionsparteien dazu tendieren, auf erlittene Deprivationen der präsumptiven Wählerschaft hinzuweisen und bemüht sein, die Politik der Regierung dafür verantwortlich zu machen. Regierungsparteien hingegen werden zu erwartende Wohlstandsverluste durch Ausgabenkürzungen oder Steuer- oder Gebührenerhöhungen herunterspielen und auf Sachzwänge verweisen, die diese Maßnahmen notwendig machten.

Viel direkter tritt eine politische Partei als Verursacher relativer Deprivation auf, wenn sie ihren Mitgliedern oder Funktionären Patronageleistungen verweigert. Wer Protektion für sich oder seine Verwandten aufgrund der langjährigen Parteimitgliedschaft erwartet, und in dieser Erwartung enttäuscht wird, hat damit einen guten – zweckrationalen – Grund zum Austritt.

Von den bereits erwähnten 243 telefonisch befragten Personen,⁷ die aus der SPÖ ausgetreten waren, nannten insgesamt 51 Personen *misslungene* oder *verweigerter Patronage* durch die Partei oder Gewerkschaftsfraktion als Grund für ihren Austritt: 10% der Befragten gaben an, zu wenig Unterstützung von der Gewerkschaft, dem Betriebsrat oder schlechte Behandlung durch SPÖ-dominierte Personalvertretungen erfahren zu haben und daher die Mitgliedschaft zu kündigen. 6% nannten erfolglose Intervention, um eine Wohnung oder einen Arbeitsplatz für sich oder einen Verwandten zu erhalten, als Austrittsgrund. 1% wurden in ihrer Erwartung als Parteimitglied bei der Ausfolgung von Parkgenehmigungen oder Zufahrtsberechtigungen bevorzugt zu werden, enttäuscht. 7% gaben als Grund an, von Sparmaßnahmen der Regierung im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich selbst betroffen

⁷ Siehe Anhang 2 für eine genauere Beschreibung der empirischen Daten.

zu sein, und daher die Mitgliedschaft gelöst zu haben.⁸ Sie formulierten die Austrittsbegründung häufig mit den Worten „das ist mein persönliches Sparpaket“, was die Interpretation zulässt, dass zumindest bei einigen ein Gefühl der Rache für die erlittene Deprivation mitspielte.

Da Deprivation allein noch keine hinreichende Bedingung für politischen Protest ist – so die Theorie der relativen Deprivation –, sondern als *unrechtmäßig* empfunden werden muss, sollte für diese 51 ausgetretenen um Patronageleistungen deprivierten Parteimitglieder gelten, dass sie die Ungerechtigkeit ihrer Situation mit dem Vokabular der Empörung zum Ausdruck bringen. Empirisch fand ich jedoch nur signifikante Zusammenhänge zwischen Deprivation durch erfolglose oder verweigerte Patronage und den Emotionen Scham (Pearson Korrelationskoeffizient von 0,19 bei $p < 0,01$) und der Nennung von Treue im Interview (Pearson Korrelationskoeffizient von 0,28 bei $p < 0,01$). Das heißt, Personen, die beklagten, dass die Partei ihnen oder ihren Verwandten nicht – wie erhofft – Wohnung oder Arbeitsplatz vermitteln konnte, nannten statistisch signifikant häufiger (allerdings nur um wenig häufiger als andere Befragte), dass sie sich heutzutage für die SPÖ schämen müssten bzw. dass sie der SPÖ lange treu gewesen seien. Ersteres könnte Ausdruck der Haltung sein, dass die Macht eines starken Patron auch den Klienten stolz macht, als Counterfactual formuliert: „früher war man wer als Mitglied, aber heute hilft einem das Parteibuch nichts mehr“. Die Nennung von Treue weist deutlich auf die erwartete gegenseitige Loyalität im Patron-Klient-Pakt hin, die durch die Partei einseitig gebrochen wurde.

Wenn relative Deprivation im Bereich der Parteienpatronage auftritt, besteht offenbar die Tendenz, die Bindung zum Patron unter weitgehender Ausklammerung von Emotionen zu lösen. Protestverhalten, wie es sich etwa durch Empörung in der Wortwahl („Frechheit“, „Sauerei“ usw.) zeigt, ist hier relativ selten, was vielleicht auch darauf hindeutet, dass die Praxis der Patronage nicht als völlig legitime soziale Aufstiegshilfe betrachtet wird.

In der erwähnten Befragung nannten weitere 18 Personen (das sind 8% der Befragten), die Sparmaßnahmen der (SPÖ-dominierten) Bundesregierung sozial ungerecht und begründeten damit ihren Austritt. Sie artikulierten ihr Urteil signifikant häufiger empört (Pearson Korrelationskoeffizient von 0,18 $p < 0,01$), was darauf schließen lässt, dass sie unabhängig von der eigenen Betroffenheit darüber verärgert waren, dass ihre Partei ein anderes Gerechtigkeitsempfinden hat als sie selbst.

Politischer Protest fußt daher also nicht immer auf den eigenen deprivierenden Erfahrungen; auch das Elend anderer kann wahrgenommen und als inhuman und ungerecht interpretiert werden. Politischer Protest richtet sich dann gegen diese Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit, er verfolgt *nicht* die eigenen Interessen. In

⁸ Da die Befragung allerdings zu einem Zeitpunkt durchgeführt wurde, als in den Medien die genannten Sparmaßnahmen heftig diskutiert wurden, kann diese Nennung auch lediglich eine Rechtfertigung gewesen sein.

diesem Sinne ist Protest klassisch wertrational motiviert, denn er erfolgt unabhängig vom eigenen Nutzen und ist ein Versuch, die Welt im Interesse „höherer Werte“ zu verändern.

In der Analyse der Parteiaustritte vermischen sich die Deprivationserfahrungen der Patronageklienten mit jenen der von den politischen Maßnahmen der Partei Betroffenen bzw. der Personen, die sich mit den Deprivierten identifizieren. Ähnliches gilt für die Wirkung relativer Deprivation auf das Verhalten von Funktionären: Sie können selbst direkte Verluste erfahren, wenn sie etwa ihr Mandat verlieren; sie können sich mit den durch die Politik ihrer Partei Geschädigten identifizieren; und sie können schließlich als politische Funktionäre in ihrem Beruf benachteiligt werden.

Zur Deprivation der Funktionäre durch ihre Partei ist der Mandatsverlust durch Nichtnominierung, die verweigerte politische Karriere, die Niederlage in einer innerparteilichen Abstimmung⁹ zu zählen. Wer gegen dieses „Abgesägtwerden“ protestiert, versucht als Politiker Sympathien in der Öffentlichkeit via Medienarbeit (Presseaussendungen und –konferenzen) zu gewinnen und so die Parteientscheidung zu beeinflussen. Das Zurücklegen aller Funktionen oder gar der empörte Austritt sind ebenfalls denkbar, allerdings eher selten;¹⁰ sie bedeuten dann aber den Endpunkt der Karriere¹¹ – zumindest in dieser Partei, was den Wechsel zu einer anderen nicht ausschließt.

Im Fall der Funktionäre ergibt sich eine ganz komplexe Verknüpfung eigennütziger und altruistischer Motive in der Reaktion auf Deprivation: Zum einen bemänteln Funktionäre ihren Protest gegen den Verlust ihrer Funktion oder ihres Mandates (also der materiellen Einnahmen und des Prestiges) gerne mit „höheren ideologischen“ Gründen, da es legitimer ist, als gescheiterter Ideologe den Rückzug anzutreten denn als arbeitsloser Politiker. Zum anderen kann der Rücktritt eines Funktionärs auf der Erkenntnis fußen, dass man sich mit inhaltlichen ideologischen Ansprüchen nicht (mehr) durchsetzen kann und daher auch mit der baldigen Abwahl rechnen muss.

Deprivation von Funktionären kann auch aus der Repression gegen politisch Aktive entstehen: Gewerkschaftsfunktionäre, die an ihrem Arbeitsplatz benachteiligt werden, Mandatare, denen die Berufsausübung schwer gemacht wird, Politiker, die bei öffentlichen Personalauswahlverfahren besonders genau und streng geprüft werden etc.. Meist führen solche Repressalien bei den betroffenen Deprivierten jedoch nicht zur Aufgabe ihrer politischen Tätigkeit, weil sie als ungerecht empfunden werden und daher in Form weiteren politischen Engagements bekämpft werden.

⁹ Natürlich erfährt ein Kandidat einer Wahlpartei auch Deprivation, wenn er nicht (wieder)gewählt wird. Doch richtet sich die Reaktion der Funktionäre nach einer Wahlniederlage letztlich wieder gegen die Partei, für die sie kandidiert haben. Sie verlieren durch die Wählerstimmen die Legitimation für ihre Position innerhalb der Partei. Häufig werden solche Rücktritte aus der Antizipation innerparteilicher Angriffe resultieren, man kommt der Abwahl durch die Partei sozusagen zuvor.

¹⁰ Zumindest in der SPÖ; die drastischen Parteifehden in der FPÖ unter Jörg Haider sind allerdings fast Legion.

¹¹ Ein hochrangiger Ex-SPÖ-Minister-Sekretär, der im Bankwesen „untergebracht“ wurde, beging 1997 Selbstmord und erklärte in einem Abschiedsbrief, dass er dies aus Kränkung über die erlittene Deprivation tat.

Protest

Relative Deprivation muss nicht notwendigerweise zu (kollektivem) Protest führen, da ohne das Gefühl eines kollektiven Bewusstseins und die Empfindung der Illegitimität des Zustandes keine politischen Aktivitäten zum Abbau der Frustration gesetzt werden. Relative Deprivation in Form befürchteter Arbeitslosigkeit war bei von Klandermans untersuchten Werft- und Fabrikarbeitern nur dann Ursache für die Teilnahme an Protestmaßnahmen, wenn die Reaktion auf die drohende Kündigung Zorn und Ärger war. Wer mit Selbstvorwürfen, Angst, Trauer und Schuldgefühlen reagierte, empfand die Deprivation nicht als ungerechtfertigt und von außen oktroyiert, wodurch sich die weitere Handlungsfähigkeit drastisch verringerte (Klandermans 1997, 38 ff.).

Gemeinsame Handlungsrahmen kanalisieren die individuell erfahrene Frustration in den Protest sozialer Bewegungen. Sie werden im öffentlichen Diskurs über Medien oder in der direkten Kommunikation (Überzeugungsarbeit) erzeugt, oder sie entstehen als Folge gemeinsamen Handelns in einer (Protest-)Bewegung (ebd. 45). Einzelne Teilnehmer an Protestbewegungen übernehmen schlussendlich die in den gemeinsamen Handlungsrahmen vermittelten Bedeutungen für sich und ihre Welt-sicht (ebd. 63).

Relative Deprivation muss einem als Wähler, Sympathisanten, Mitglied oder Funktionär an die SPÖ gebundenen Individuum zuerst als Missstand aufgezeigt werden bzw. die persönlich erfahrene Unzufriedenheit muss durch einen in Medien und persönlichen Gesprächen vermittelten Handlungsrahmen erst als ungerecht und abwendbar dargestellt werden. Der Verursacher muss genannt werden und Wege, wie der Einzelne seinem Ärger Luft machen kann.

Besonders mobilisierend wirkt das Argument der Ungerechtigkeit von Deprivation, wenn so genannte „wohlerworbene Rechte“ abgeschafft zu werden drohen. Sozialleistungen, deren Einführung historisch weit zurückliegt (wie etwa Invalidenrenten, die die versehrte Bevölkerung nach Kriegen unterstützen sollten), gehören dazu ebenso wie Aufwendungen für Gruppen, deren Beitrag zum Gesamtwohl – der natürlich eine politische Bewertung darstellt – dies besonders rechtfertigt. So gilt die Witwenrente in Österreich etwa als unantastbar. Ein weiteres Beispiel sind Sonderrechte einer Gruppe, die nicht mehr finanziert werden können und daher abgeschafft werden müssen. Zu letzterem gehört etwa die Beamtenpension, die in Österreich viel höher als der Ruhebezug der nach Allgemeinem Sozialversicherungsgesetz Versicherten ist.¹²

Der Status quo wird mit dem Begriff der „wohlerworbenen Rechte“ zur quasi un-veräußerlichen Ausstattung des Menschen mit Sozialleistungen erhoben, wodurch ein objektiver Vergleich von Einkommen, Transferleistungen, Rechten und Pflichten quer über mehrere Bevölkerungs- bzw. Berufsgruppen verhindert wird. Deprivation

¹² Der Median bei der Beamtenpension liegt 1997 bei ATS 27.530,- (BAK 1999, 391), während er bei den Pensionistinnen und Pensionisten der Angestellten und Arbeiter bei ATS 12.303,- liegt (ebd. 384).

ist damit *individuelle* relative Deprivation ausschließlich relativ zu den eigenen Erwartungen (die auf die „wohlerworbenen Rechte“ gründen). Insbesondere um Pensionsreformpläne wird deshalb heftig gestritten, denn sie betreffen die Erwartungen der Erwerbstätigen auf eine gesicherte Existenz im Alter.

Klandermans nennt als ein Beispiel höchst erfolgreichen politischen Protests den von den Gewerkschaften getragenen Widerstand gegen die Abschaffung der Invalidenrente in den Niederlanden (Klandermans 1997, 53–56). Es sei, so Klandermans, generell leichter, Anhänger für Proteste gegen die Abschaffung eines bestehenden Rechtes zu mobilisieren als für die Einführung eines neuen. Schliesslich muss die deprivierende Regierung ausführlich begründen, warum sie ein Recht, das sie zuvor als legitim anerkannt hat, nun nicht mehr einräumen will.

Die österreichische Beamten-gewerkschaft verstand sich gut auf die Strategie der Wahrung „wohlerworbener Rechte“, wengleich die öffentliche Meinung, die diese Rechte zunehmend als Privilegien titulierte, die Legitimität des Protestes in Zweifel zog. So bemühte sich die Beamten-gewerkschaft in vielen Bereichen, den Vergleich zwischen den Sonderrechten von Beamten und der Situation anderer Arbeitnehmer herzustellen; die Pragmatisierung der Beamten etwa sei durch den Verzicht auf eine Abfertigung gerechtfertigt, die Gehaltszulagen wegen des niedrigeren Grundgehalts der öffentlich Bediensteten verglichen mit Privatangestellten gleicher Qualifikation. Dabei beruhte die Schlagkraft der Beamten-gewerkschaft weniger darauf, dass sie ihren Protest gegen die Abschaffung „wohlerworbener Rechte“ in der Öffentlichkeit erfolgreich legitimieren konnte, als vielmehr auf ihren hohen Organisationsgrad, der jedoch vor allem auf Parteienpatronage beruht.¹³

Relative Deprivation kann also zu politischem Protest führen, wenn sie von den Betroffenen als illegitim empfunden wird. Der Protest ist umso erfolgreicher, wenn sich eine breitere Öffentlichkeit der Legitimitätsvorstellung der Protestierenden anschließt.

Der Vorstellung, dass politische Protestmaßnahmen von relativ deprivierten Akteuren, die ihre Lage als ungerecht empfinden, gesetzt werden, liegt eigentlich ein wert-trational motivierter Akteur zugrunde. Prinzipiell können diese Akteure in jeder der vier beschriebenen Rollen – als Wähler, Sympathisant, Mitglied oder Funktionär – protestieren. Wesentlich ist dabei jedoch, dass sie kathektisch handeln, denn sie streiten letztlich um eine Wertordnung, in die sie intellektuell und emotional investiert haben, indem sie von deren Gerechtigkeit überzeugt sind. Ihr Protest ist auch nur dann erfolgreich, wenn es ihnen gelingt, andere davon zu überzeugen, dass die bekämpfte Situation ungerecht ist. D.h. weiters, dass Protest nur an jene appellieren kann, die ebenfalls bereit sind, Kathexis in eine rationale Vorstellung von Legitimität einzubringen.

¹³ Die österreichische Gewerkschaft öffentlicher Dienst (die Landes- und Bundesbeamte vertritt) und die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten zählten mit 31.12.1998 gemeinsam 406.401 Mitglieder, das sind 30% aller ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund) Mitglieder. Zählt man auch noch die Mitglieder der Eisenbahner- und der Postgewerkschaft zu den Beamten, dann sind 40% aller ÖGB Mitglieder im öffentlichen Bereich beschäftigt.

ratistischer – Entscheidungsmechanismen über erhebliche Macht verfügte. Erst in den 1980er Jahren erweiterte sich die Gelegenheit zum Protestwählen gegen die Regierungspartei(en). Die in Österreich in den 1970er Jahren aus der Anti-Atom-Bewegung entstandene Opposition zu SPÖ und ÖVP in Umweltfragen wurde in der Grünbewegung und später in der Grünen Partei kanalisiert. Dadurch vergrößerte sich das Angebot – oder die Gelegenheit – für Wähler, ihre Unzufriedenheit mit Abwendung auszudrücken. Die Grünen profitierten als soziale Bewegung von einem zentralistischen Staat und einem Wahlrecht, das kleinen Parteien über das Erreichen eines Grundmandates den Zugang ins Parlament ermöglicht. Damit verbunden sind staatliche Subventionen, die den Aufbau einer stabilen Organisationsstruktur und damit die Überlebensfähigkeit der Bewegung gewährleisten. Doch für weniger umweltbewusste, bürgerliche Wähler waren die Grünen eher nicht die adäquate Gelegenheit, ihren Protest gegen die SPÖ-dominierte Regierung zu artikulieren. Ihre Stimmen wanderten zur, nach der Wahl Jörg Haiders zum Parteiobmann stark nach rechts gedrifteten, FPÖ. Der FPÖ-Populismus profitierte von öffentlich gewordenen Korruptionsskandalen in SPÖ und ÖVP, später von der Angst vor dem Zustrom von Migranten aus Osteuropa und nicht zuletzt von der rigiden Ausgrenzung durch die anderen Parteien.¹⁴ Mit Beginn der 1980er Jahre wurden also echte Alternativen für unzufriedene Patronageklienten oder generell relativ Deprivierte wahrnehmbar. Die steigende Popularität (siehe Tabelle 1) dieser „neuen“ Oppositionsparteien bei Nationalratswahlen lässt sich aber wohl nur damit erklären, dass sich die Gelegenheit allmählich zur attraktiven Gelegenheit, oder gar zu einer Art Mainstream der Kritik an der Regierung wandelte.

Die FPÖ unter Jörg Haider gewann seit 1983 bei jeder Nationalratswahl durchschnittlich eine Viertel Million Stimmen. Die Grünen legten in den 1980er Jahren pro Wahl etwa 80.000 Stimmen zu, und das Liberale Forum konnte bereits ein Jahr nach seiner Gründung als Abspaltung der FPÖ im Nationalrat mehr Stimmen gewinnen, als die Grünen bei ihrem ersten Antreten. 1999 erreichte das Liberale Forum jedoch nur mehr 60% der Stimmen, die 1994 für es abgegeben wurden. Dadurch verlor das Liberale Forum seine Nationalratssitze und konnte sich nur noch auf einige wenige Mandate in Landtagen und Gemeinderäten stützen.

Parallel dazu verlor die KPÖ kontinuierlich, sodass sie 1995 nicht einmal mehr 10% der Wählerstimmen gewinnen konnte, die sie 1945 errang. Doch 1999 hatte sie plötzlich wieder doppelt so viele Wähler wie 1994.

Die relativ hohe Zahl der Stimmen für „andere“ Listen ab 1986, die zum Teil nur regional antraten, fällt ebenfalls auf.¹⁵

¹⁴ Womit ich keinesfalls andeuten will, dass es zu dieser Strategie irgendeine Alternative gegeben hätte. Denn die verfassungsmäßige Integration der FPÖ in Länder- und Stadtregierungen hat ihrer Popularität als Opposition auch keinen Abbruch getan.

¹⁵ Bezeichnenderweise heißt eine der größten „anderen“ Listen „NEIN“, womit sie vermutlich attraktiv für ein Protestpotential ist, das sich nicht mit den politischen Zielen der Gruppe auseinandersetzen möchte (ursprünglich entstand „NEIN“ aus der Ablehnung eines Beitrittes Österreichs zur Europäischen Union).

Tabelle 1: Ergebnisse der Nationalratswahlen in Österreich 1945–99: Absolute Zahl der Stimmen der FPÖ, KPÖ, Grünen (inkl. VGÖ), des Liberalen Forums und anderer Listen

Jahr	FPÖ	KPÖ	Grüne	Liberale	Andere
1945	–	174,257	–	–	5,972
1949	489,273	213,066	–	–	21,289
1953	472,866	228,159	–	–	17,369
1956	283,749	192,438	–	–	2,440
1959	336,110	142,578	–	–	2,190
1962	313,859	135,520	–	–	21,530
1966	242,570	18,636	–	–	148,528
1970	253,425	44,750	–	–	14,925
1971	248,473	61,762	–	–	1,874
1975	249,444	55,032	–	–	1,464
1979	286,743	45,280	–	–	2,261
1983	241,789	31,912	159,614	–	9,765
1986	472,205	35,104	240,033	–	9,159
1990	782,648	25,685	317,358	–	57,816
1994	1,042,322	11,919	344,314	276,580	58,319
1995	1,060,175	13,939	233,232	267,078	55,648
1999	1,244,087	22,016	342,260	168,612	69,259

Quelle: Plasser et al 1996, 344; BMI 1999

Die Geschwindigkeit und das Ausmaß der Stimmengewinne Jörg Haiders lassen sich wohl kaum als Folge relativer Deprivation deuten, eine derartige Massierung von so genannten „Modernisierungsverlierern“ hätte sich auch in der Sozialstruktur des Landes bemerkbar machen müssen. Die Rahmendaten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung weisen in Österreich für die 1980er und 1990er Jahre jedoch ein Ansteigen des Bruttoinlandsprodukts aus, obwohl sich die weltweite Rezession auch auf die österreichische Wirtschaft auswirkte: Für 1981 errechnete die OECD ein Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner von 8.804 \$ (Fischer Weltalmanach 1983, 542), diese Zahl war 1985 auf 12.470 \$ gestiegen (Fischer Weltalmanach 1988, 433), erreichte neun Jahre später 24.670 \$ (Fischer Weltalmanach 1997, 485) und 1997 schließlich 27.920 \$ (Fischer Weltalmanach 2000, 579). Dabei stieg der aus unselbständiger Arbeit stammende Anteil des Volkseinkommens¹⁶ von 578 Milliarden Schilling im Jahr 1981 (Fischer Weltalmanach 1983, 542) auf 1311,2 Milliarden Schilling im Jahr 1997 (Fischer Weltalmanach 2000, 587).

Insbesondere das Nationalratswahlergebnis 1999 stellte internationale Kommentatoren vor das Rätsel, dass trotz der günstigen Wirtschaftsdaten eine große Zahl der

¹⁶ das ist die Lohn- und Gehaltssumme einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Wähler nicht die Regierung gewählt hat, sondern die FPÖ Haider zur zweitstärksten Partei (mit nur geringfügigem Vorsprung vor der Regierungspartei ÖVP) machte. Der von der SPÖ gestellte noch amtierende Bundeskanzler Klima bemühte sich in einer Pressekonferenz vor internationalen Journalisten, die 27% der Wähler, die für die FPÖ gestimmt hatten, als Protestwähler zu rechtfertigen. Keineswegs seien sie alle Rassisten oder Rechtsextreme, wie dies von ausländischen Journalisten unterstellt worden sei. Klima spezifizierte bedauerlicherweise nicht, was diesen massiven Protest gegen die Regierung in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität ausgelöst hat. Wir können wohl eher von einem Mitläufereffekt ausgehen, bei dem sich die Masse die Empörung von einigen Deprivierten quasi leiht und sie in ihrem Protest unterstützt. Schließlich erhöhte sich über die Medienberichterstattung der „neuen“ Protestierer auf der politischen Bühne (und wie viele Nachrichtenmagazin-Covers zierte wohl das Porträt Jörg Haider seit 1984?) der Informationsstand über diese Oppositionsparteien in der Bevölkerung. Je mehr man allerdings über eine Bewegung weiß, vor allem, wie sie von anderen eingeschätzt wird, desto größer ist der Einfluss des Urteils der „anderen“ für die eigene Entscheidung. Das heißt, dass einerseits diffus vorhandene Unzufriedenheit so in eine kollektive einheitliche Bahn gelenkt werden kann. Andererseits wird die eigene Loyalität zu einer öffentlich stark kritisierten Partei damit unattraktiver bzw. die Möglichkeit, einer anderen Partei zu folgen, verlockender. Der Konformitätsdruck, der von einer erfolgreichen Protestbewegung oder Opposition ausgeht, perpetuiert ihre Popularität. Die Struktur dieser Protestbewegung FPÖ zeigt einen bemerkenswerten Mangel an stärker und verbindlicher engagierten Akteuren: „Der – gemessen an den Regierungsparteien – ohnehin geringe Mitgliederstand der FPÖ stieg in der Ära Haider nur bescheiden, von 36.683 (1986) auf 44.541 (1996), an, wobei die Mitgliederdichte sogar von 7,8 auf 4,2 Prozent zurückging.“ (Bailer-Galanda/Neugebauer 1997, 43) Die SPÖ führte 1997 444.361 Mitglieder, die in Relation zu ihren Wählerinnen und Wählern bei der Nationalratswahl 1999 nicht ganz 30% der Stimmen ausmachten. Die schlechte Mobilisierungsfähigkeit der FPÖ und ihr Mangel an Funktionären deuten darauf hin, dass den Wählern und Sympathisanten kein dauerhaft wirksames ideologisches Gerüst vermittelt werden kann, das zur Interpretation selbst erlittener Deprivation dient und die bestehende illegitime Ordnung mit einer eigenen legitimeren zu bekämpfen versucht. Die Empörung über die Ungerechtigkeit der politischen Zustände ist nicht Auslöser des Handelns Deprivierter, sondern wird zum Selbstzweck. In diesem Lichte stellt relative Deprivation vermutlich nicht die dauernde treibende Kraft einer Protestbewegung, sondern eher nur deren Initialzündung dar. Die Interessen, die sich rasch dazugesellen, sind vielfältig und wären als Ausfluss relativer Deprivation völlig fehlgedeutet.¹⁷

¹⁷ So spielen für Funktionärinnen und Funktionäre kleiner (Oppositions-)Parteien oft die Überlegungen, rascher zu einer Mandatarkarriere aufsteigen zu können als in den Großparteien, eine nicht zu vernachlässigende Rolle für ihr Engagement. Die steirische FPÖ etwa warb für die Gemeinderatswahl 2000 per Inseratenkampagne um Mandatare, weil sie erwartete, mehr Mandate zu erringen, als sie Mitarbeiter zur Verfügung hat.

Resümee

Die Theorie der relativen Deprivation bietet quasi die Vorgeschichte des Handelns rationaler politischer Akteure, die aus der Evaluation ihrer Situation den Schluss ziehen, die sie deprivierende Situation zu ändern.

Der Mangel an systematischer empirischer Evidenz im Konzept der relativen Deprivation wird allgemein als seine größte Schwäche anerkannt. Eine exakte Beschreibung der Wirkungsweisen des Gefühls der relativen Deprivation fehlt. Nicht auf der theoretisch-konzeptiven Ebene ist dieser Mangel festzustellen – aus relativer Deprivation kann Frustration, der Eindruck der Unrechtmäßigkeit des Zustandes und daraus die Unterstützung kollektiven Protests gegen diesen Zustand der Unrechtmäßigkeit folgen – sondern in den empirischen Studien dazu.

Bedauerlicherweise vernachlässigen die theoretischen Beiträge zur relativen Deprivation den Aspekt der Selbstreflexion der Akteure und die Möglichkeit des „Missbrauchs“ der Legitimationswirkung von Deprivation. Schließlich kann die Teilnahme an einer Protestbewegung allein ein Anreiz für das Individuum sein, die Evaluation durch den Vergleich mit anderen zu manipulieren.

Die vordergründige Plausibilität der intervenierenden Variable relative Deprivation für die Abwendung von einer Partei müsste in empirischen Studien jedenfalls durch objektive Angaben über die materielle Situation der beschriebenen Wählergruppe (aus der dann auf relative Deprivation geschlossen werden kann) untermauert werden. Das häufig benutzte Bild des Modernisierungsverlierers, der sich rechtsextremen und nationalistischen Bewegungen bzw. der FPÖ zuwendet, weil er Deprivation als Folge industrieller Rationalisierung erfahren musste, scheint angesichts der FPÖ-Stimmengewinne von einer Million Wähler zwischen 1986 und 1999 empirisch nicht plausibel zu sein.

Es ist nicht bekannt, ob die Gruppe der jungen Arbeiter, die in den letzten Jahren von der SPÖ zu Jörg Haider gewandert sind, tatsächlich Einkommensverluste verzeichnen musste, ob diese mit Rationalisierung also Modernisierung zusammenhängen und ob diese Arbeiter selbst ihre Lage genauso sehen, sich also als Modernisierungsverlierer betrachten.

Schließlich ist relative Deprivation nur dann handlungswirksam, wenn sie wahrgenommen wird. Aber sie kann auch wahrgenommen werden, wenn keine reale Verarmung besteht. Gerade weil die Evaluation der eigenen materiellen Lage sehr schwer und unexakt sein muss, ist das Feld für Manipulationen weit. Wenn die eigene Empfindung unsicher ist, wird das Urteil anderer wichtiger.

Und schließlich bietet relative Deprivation eine effektive Form der Rhetorik (wie ich sie im ersten Kapitel näher beschrieben habe), d.h. sie kann einfach auch nur behauptet werden und muss nicht real erlebt werden. Da Protest der Deprivierten ein Infragestellen der Legitimität der herrschenden Situation einschließt, kann er auch die nicht Deprivierten ansprechen, die an der kollektiven Veranstaltung der Empörung über die herrschende Ungerechtigkeit teilnehmen (wollen).

Schlussendlich vermindert sich die Aussagekraft der Theorie der relativen Deprivation zur Erklärung der Abwendung von der SPÖ (und gleichzeitiger Hinwendung zur FPÖ), wenn wir die unterschiedlichen Qualitäten der Bindungen beachten. Der Einsatz an Kathexis, die Bedeutung der Bindung für das Selbst des Akteurs bestimmt das Niveau der Frustrationstoleranz. Wähler, Sympathisanten, Mitglieder und Funktionäre, die Kathexis in die Bindung zur Partei eingebracht haben, dulden weit größere materielle Deprivation, bevor sie protestieren oder ihrer Partei den Rücken kehren. Wertrational motivierte Bindungspartner der SPÖ sind andererseits unter Umständen so sensibel auf die Verletzung ihrer Vorstellung von Gerechtigkeit durch die Politik der SPÖ, dass sie dieser auch dann den Rücken kehren, wenn sie selbst gar nicht von Deprivation betroffen sind. Für diese politisch anspruchsvollen Sympathisanten, Wähler, Mitglieder und Funktionäre genügt der Verdacht, dass ein Repräsentant der SPÖ oder der Gewerkschaft selbst noch nie nennenswerte Deprivation erlitten hat, also kein authentischer Vertreter der Arbeiter und sozial Schwachen ist, um Kritik und Protest aufkommen zu lassen.

Als Bedingung für einen Parteiwechsel der vier im ersten Kapitel vorgestellten Personen sind letztlich weder die Tatsache der Deprivation, noch das Gerechtigkeitsempfinden des Akteurs, noch des Weiteren die günstige Gelegenheit für Protest hinreichend: Wenn die Akteure emotional und intellektuell in ihre Parteibindung investiert haben, wenn sie eine auskristallisierte politische Identität haben, beharren sie auf der Richtigkeit der von ihnen gewählten Weltdeutung und werfen sie nicht aus Enttäuschung über erlittene materielle Einbußen über Bord. Der Vergleich des Verhaltens von Rosa E. und Margit S., die beide konkrete Deprivation erfahren haben, mit jenem von Alois K., dessen Wohlstand im Alter nicht zuletzt durch die mit Patronage erreichte Beamtenposition gesichert ist, zeigt dies deutlich: Während Rosa und Margit nicht in die Nähe der Unterstützung der „günstigen Protestgelegenheit“ Haider kommen, hegt Alois deutliche Sympathien für Haider, der endlich den „rot-schwarzen Postenschacher“ abstellen will.

Ohne die Berücksichtigung zusätzlicher Informationen über die Entscheidung, die zur Trennung einer politischen Bindung führt, kaschiert der Begriff relativer Deprivation nur unsere „relative“ Unwissenheit.

Political Man im Prozess der Individualisierung

Ich möchte im Folgenden Seymour Martin Lipsets Thesen zur Soziologie der Demokratie (1962) darstellen, auch wenn ihr Wert vermutlich darin besteht, verschiedene Systeme oder Länder miteinander zu vergleichen und wenn sie daher weniger geeignet sind, innerhalb eines Systems (eines Landes) Varianzen zu erklären.

Kapitalismus, Bildung und Demokratie

Vereinfacht ausgedrückt ist Lipsets zentrales Argument, dass Demokratie nur in kapitalistischen Gesellschaften funktionieren kann, in denen nicht zu große soziale Spannungen aufgrund von Ungleichheit herrschen und deren durchschnittliches Bildungsniveau relativ hoch ist. Armut, Analphabetismus und große soziale Ungleichheit führten zu politischen Extremismen (Lipset 1962, 34 ff.). Höhere Bildung vergrößert nach Lipset die Bereitschaft zur Toleranz und zur rationalen Wahlentscheidung (ebd. 45).

Daraus müsste dann also geschlossen werden, dass alle gebildeten, wohlhabenden Wähler eher rational und die Angehörigen der niedrigeren sozialen Schichten eher irrational handeln. Gegenbeispiele dazu drängen sich geradezu auf, z.B. kann der Judenhass der Nationalsozialisten kaum als ein besonders rationaler Zug bezeichnet werden.

Der Autoritarismus der Arbeiterklasse und der Faschismus des Mittelstandes

Für Lipset deuten verschiedene Befunde darauf hin, dass untere soziale Schichten zu Extremismus und Autoritarismus neigen. Das politische Verhalten der Unterschicht sei davon geprägt, „daß ein Mensch aus niederen Klassen wahrscheinlich seit seiner frühesten Kindheit Bestrafungen, Mangel an Liebe und eine allgemeine Atmosphäre der Spannung und Aggressivität ertragen muß – alles Erlebnisse, die geeignet sind, tiefwurzelnde Feindgefühle zu erzeugen, die dann in Rassenvorurteilen, politischem Autoritarismus und chiliastischer diesseitswertiger Religion ihren Ausdruck findet.“ (ebd. 118) Schlechter Bildungsstand und die Erfahrung relativer Deprivation begünstigen letztlich die Ausbildung extremistischer Haltungen bei den Angehörigen der Unterschicht.

Empirisch belegt Lipset dies einerseits mit Umfragedaten über die Akzeptanz demokratischer Mehrparteiensysteme bei männlichen Arbeitern und Angestellten in West-Deutschland 1953, andererseits mit Studien aus England, Schweden, den USA etc., die sich u.a. der F-Scale und Rorschach-Tests als Indikatoren für Autoritarismus bedienten (Lipset 1959).

Eine Ausnahme von dieser Extremismus-Tendenz der Unterschichten sieht Lipset, wenn die extremistische Partei klein und schwach ist und nicht „mit dem Versprechen locken [kann], die Lage der Ärmsten sofort zu ändern.“ (Lipset 1962, 121) Dann nämlich würden auch die Unterschichten sich reformistischen und weniger extremen Bewegungen zuwenden, weil diese aufgrund größerer Unterstützung durch die Wähler mehr Macht haben, Verbesserungen durchzusetzen. Lipsets Behauptung des Autoritarismus der Arbeiterklasse geht letztlich auf die bekannte These der relativen Deprivation zurück, wobei Lipset den Begriff auf nicht-materielle Aspekte der Deprivation ausdehnt:

„Die extremistischen Bewegungen haben vieles gemeinsam. Sie sprechen die Unzufriedenen und die psychologisch Entwurzelten an, die persönlich Erfolglosen und die gesellschaftlich Isolierten, die wirtschaftlich Unsicheren, die Ungebildeten, die Unintelligenten und die Autoritären einer jeden einzelnen gesellschaftlichen Schicht.“ (Lipset 1962, 187)

Im Gegensatz zur Theorie der relativen Deprivation, die Protest nicht klassenspezifisch analysiert, erwartet Lipset von der deprivierten Arbeiterklasse die Unterstützung der extremen Linken, während der Verarmung des unteren Mittelstandes die Zuwendung zum Faschismus folge (ebd. 137).

Faschismus wird sowohl als Protest gegen die Großindustrie wie gegen die Gewerkschaften, gegen den Kapitalismus wie gegen den Sozialismus verstanden. Er spreche die Interessen und Frustrationen der verarmten Kleineigentümer, Händler, Mechaniker und Bauern an. Die Analyse der Wahlergebnisse in der Weimarer Republik zwischen 1928 und 1932 verdeutlicht, dass die NSDAP von den Parteien der Mitte und den Liberalen die meisten Stimmen abzog (ebda. 154). Neuere Untersuchungen der NSDAP-Wählerschaft weisen zwar 40% als Mittelschichtangehörige aus, doch bildeten auch die Arbeiter eine sehr bedeutsame Untergruppe, sodass die NSDAP nicht mehr als Mittelschichtpartei gesehen werden könne (Falter 1991, 288). „Stärker als jede andere Partei der Weimarer Republik näherte sich die NSDAP von der Sozialstruktur ihrer Anhänger her dem Idealtypus der Massenintegrations- und Volkspartei, in der über die traditionellen Spannungslinien der deutschen Parteienlandschaft hinweg Angehörige aller Berufsgruppen und Schichten versammelt waren.“ (Falter 1991, 284)

Soziale Mobilität und die abnehmende Bedeutung der Klassenlage

Prinzipiell ist bei Lipset (ebenso wie in den Thesen Lazarsfelds) politisches Verhalten an die soziale Klassenlage gebunden, Deprivation führt zu Extremismen und eine Zunahme des Wohlstandes zu gemäßigerem Wahlverhalten bzw. überhaupt zur Auflösung der Klassenbindung im politischen Verhalten. Wohlstandsgesellschaften bieten dem Einzelnen generell größere Mobilitätschancen, die wiederum im Individuum „*Cross Pressure*“ (also Druck aufgrund wider-

strebender sozio-ökonomischer Einflüsse, siehe die Darstellung der Thesen Lazarsfelds weiter vorne) auslösen. *Cross Pressure* ist eine der Hauptursachen für Wahlenthaltung und Rückzug aus dem politischen Geschehen. Eine Möglichkeit, die Dissonanz der verschiedenen Einflüsse im Zustand von *Cross Pressure* zu reduzieren, beschreibt Merton mit dem Konzept der „antizipatorischen Sozialisation“¹⁸ (Merton 1968, 319 ff.) Dabei vergleicht sich das Individuum mit der sozialen Gruppe, in die es „aufsteigen“ möchte, deren Mitglied es aber noch nicht ist. Es versucht also, Konformität zwischen seinen eigenen Werten und jenen der Referenzgruppe herzustellen und antizipiert sie so.

Lipset und seine Koautoren beobachten, dass der Einfluss linker Parteien und der Gewerkschaften in der Gegenwart abnimmt und sehen dies durch die soziale Mobilität verursacht, die zur Zunahme der Zahl der Mittelstandsangehörigen geführt hat, denen Klassenbewusstsein fehlt. Durch Mobilität tritt häufiger *Cross Pressure* auf, die Klassenbindungen generell aufbrechen lässt, wodurch die Zahl der politisch inkonsistenten – weil keinem klaren Klasseninteresse – entsprechenden Einstellungen sich vergrößert (Clark et al 1993).

Zahlreiche empirische Untersuchungen diskutieren den Einfluss der Klassenlage auf die Wahlentscheidung (vgl. Clark et al 1993; Manza et al 1995) und kommen dabei zu widersprüchlichen Ergebnissen. Langzeitanalysen zur Frage der Individualisierung – also der Abnahme des Einflusses der sozialen Position auf die politischen Präferenzen des Individuums – werden von den verschiedenen Autoren ganz unterschiedlich interpretiert (Müller, Walter 1997, 1998; Jagodzinski/Quandt 1997; Schnell/Kohler 1997). Exemplarisch will ich kurz eine Studie darstellen, die zum Schluss kommt, dass die politische Bedeutung der Klassenposition abnimmt und eine andere, die die klassenstrukturelle Basis des Wahlverhaltens weiter bestehen sieht.

Lipset und seine Koautoren vertreten in einem Aufsatz aus dem Jahr 1993 die These, dass Klassenbindungen zu politischen Parteien in westlichen Gesellschaften immer weniger stabil bestehen und dass die politischen Lager aufbrechen (Clark et al 1993). Diese Veränderung betrifft vor allem die linken oder sozialistischen Parteien, deren Wähler durch die im Folgenden dargestellten Änderungen konservativer wählen.

Die Gründe lägen darin, dass (1) der Wohlfahrtsstaat den Klassenkonflikt entschärft habe und (2) die Tertiärisierung des Arbeitsmarktes zu einer Diversifikation der Arbeiterklasse führe. (3) Durch den steigenden Wohlstand der westlichen Gesellschaften würden postmaterialistische Bewegungen und Inhalte an Bedeutung gewinnen, was sich etwa anhand der Ökologiebewegung und der Frauenbewegung in den 80er Jahren und anhand nationalistischer und fremdenfeindlicher Parteien in den 90er Jahren zeigen ließe. (4) Der duale Arbeitsmarkt verringere die Schlagkraft der Arbeiterbewegung und (5) die gegenwärtige Sozialstruktur sei heute stark geprägt durch Merkmale wie z.B. Wohnort-Lage usw.

18 Im deutschsprachigen Raum scheint die geläufigste – aber zynische – Beschreibung dieses Konzeptes „vorausseilender Gehorsam“ zu sein.

Die empirische Analyse dieser Hypothesen erfolgt mit m.E. unzureichenden Daten: Einstellungsbündel U.S.-amerikanischer, französischer, japanischer, australischer und kanadischer Bürgermeister zeigen große ideologische Inkonsistenzen der jüngeren Befragten (Clark et al 1993, 307f.), was wohl eher etwas über kohortenspezifische politische Sozialisation einer Gruppe von Politikern aussagt als über den sinkenden Einfluss der Klassenposition auf das politische Verhalten.

Die These von der Individualisierung der Lebenslagen stößt im Prinzip in dasselbe Horn¹⁹ wie die Behauptung, dass sich der Einfluss der Klassenspaltung auf das politische Verhalten verringert. Klasse und Stand bestimmen demnach nicht (mehr?) unmittelbar die Lebenslage des Einzelnen – so wie sie von ihm perzipiert wird. Durch die Ausdehnung der unselbständigen Erwerbstätigkeit zur quasi Standardform der Arbeit und aufgrund der Bildungsexpansion sei es – so Beck – zu einer Vereinheitlichung der vorher nach Klasse und Stand differenzierten Gesellschaft gekommen.

Zudem begünstige der von Beck (1983) so genannte Fahrstuhleffekt, der bei gleichbleibender oder sich vergrößernder sozialer Ungleichheit einen relativen Wohlstand selbst unterer sozialer Schichten – verglichen mit ihrer historischen Situation – mit sich gebracht habe, die Auffassung, dass „jeder seines Glückes Schmied“ sei. „Diese größere Gleichartigkeit der Voraussetzungen und Chancen im Zugang zu den Berufspositionen setzte eine leistungsgeprägte Individualisierung der Wahrnehmung sozialer Chancen frei. Als Determinanten für diese gelten weniger die Bedingungen der Herkunft, sondern die eigenen Leistungen.“ (Mooser 1983, 292)

Tatsächlich lässt sich der materielle Aufstieg der Arbeiter in Deutschland von der Jahrhundertwende bis etwa 1970 eindrucksvoll darstellen (Mooser 1983): die Absicherung durch Kranken-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung, verbreitetes Wohnungs- und vor allem Hauseigentum, Fernseher und Urlaubsreisen sind nur einige der vielen heute selbstverständlichen Annehmlichkeiten der Arbeiter.

Die Beobachtung der kontinuierlichen Wohlstandszunahme, der Erhöhung des Bildungsniveaus und des Rückgangs der Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft (im Sinne einer Homogenisierung der Arbeiterklasse) ist jedoch zu ergänzen um Prozesse der Heterogenisierung: „Neben der neuen Ausprägung der Unterschicht der Arbeiterschaft durch den Zustrom der ausländischen Arbeiter hat sich auch ein bedeutender Unterschied zwischen groß- und ländlich-kleinstädtischen Arbeitern erhalten bzw. neu gebildet.“ (Mooser 1983, 278)

Die soziale Ungleichheit ist also nicht verschwunden, sie wird nur nicht oder weniger deutlich wahrgenommen.

So liegt die Crux an der Behauptung, dass die moderne Wohlstandsgesellschaft keine politisch wirksame Klassenspaltung mehr kenne, darin dass die materiellen

¹⁹ Es ist nicht meine Absicht, hier eine ausführliche und erschöpfende Darstellung der Thesen Ulrich Becks (1983) zu geben, zumal sie als überaus umstritten gelten und daher auch ihre Kritiker ausreichend Berücksichtigung finden müssten. Die Erwähnung der Individualisierungsthese erscheint mir aber unumgänglich, da einige Ansätze, die sich mit der Veränderung des politischen Verhaltens befassen, dies u.a. als Auswirkung der Individualisierung betrachten (Heitmeyer 1992, 1993; Goldmann 1992).

Veränderungen auch tatsächlich von allen politischen Akteuren als materielle Verbesserungen perzipiert werden müssen (Tarrow 1991, 650). Vor allem im Zusammenhang mit der Theorie der relativen Deprivation ist zu beachten, dass für die Einschätzung der eigenen Situation der Vergleich mit der Bezugsgruppe relevant ist. Vergleicht sich ein in den Mittelstand aufgestiegener Arbeiter mit seinen Vorfahren (die vielleicht Arbeiter oder kleine Landwirte waren) und erfreut sich daher seines Wohlstandes? Oder benutzt er die Situation der Reichen der Oberschicht als Messlatte zur Beurteilung seines dann bescheiden erscheinenden Wohlstandes? Beck deutet an, die individualisierte Gesellschaft lege dem Einzelnen ersteren Vergleich nahe.

Walter Müller (1998) kann mit seiner Studie zeigen, dass der empirische Nachweis der Individualisierung bzw. des Abbaus der Klassenspaltung im politischen Verhalten eine Frage der Operationalisierung der Begriffe ist. Der Befund, dass wenig auf ein Klassenbewusstsein der Mittelklasse hindeute, das kollektives Handeln im Klasseninteresse bedingen würde (Clark et al 1993, 309), lässt sich dann als statistische Einebnung gegebener Unterschiede erklären. Wenn zu heterogene Gruppen für die Datenanalyse zusammengefasst wurden, heben sich die positiven und negativen Abweichungen vom Mittel auf.

Seine Analyse differenziert den Mittelstand feiner in eine administrative Dienstklasse der Manager und höheren Beschäftigten in Verwaltungsfunktionen, in die Dienstklasse der professionalisierten und semi-professionalisierten Experten der Techniker, Ingenieure und Natur- und Wirtschaftswissenschaftler und schließlich die soziale und kulturelle Dienstklasse, die Berufstätige im medizinischen Bereich, der Bildung, Sozialarbeit, der Kunst und der Medien zusammenfasst (Walter Müller 1998, 8–9). Die Daten aus jährlichen Bevölkerungsumfragen in Deutschland von 1980 bis 1994 werden darauf untersucht, „wie sich der Zusammenhang zwischen sozialstruktureller Lage und Parteipräferenzen im historischen Zeitverlauf und in der Kohortenfolge gewandelt hat. Dabei zeigt sich, dass die alten Konfliktfronten der Klassenspaltung weitgehend erhalten geblieben sind und daß darüber hinaus auch die sog. Neue Politik [im Sinne postmaterialistischer Wertvorstellungen] in einem erheblichen Ausmaß eine klassenstrukturelle Grundlage besitzt.“ (ebd. 3)

Der Zusammenhang ist allerdings bei verschiedenen Klassen unterschiedlich stark ausgeprägt und oft an die Kombination mit vermittelnden Einflussgrößen wie Religionsbekenntnis (gekoppelt mit Kirchengangshäufigkeit), Kohortenzugehörigkeit, Gewerkschaftsmitgliedschaft und Bildung geknüpft (ebd. 24).

Eine genauere Analyse zeigt also, dass einerseits die Interessenslagen des neuen Mittelstandes sehr verschieden sind und sich durchaus in ein links-rechts-Schema ordnen lassen. Andererseits wird herausgestrichen, wie wichtig soziale Zusammenhänge sind, die bestimmte politische Haltungen erst vermitteln; etwa wenn höher Gebildete der Vorkriegskohorte ihre politischen Interessen am stärksten in der CDU vertreten sehen, während dieselbe Gruppe der jüngeren Generation sich der SPD und den Grünen zuwendet (ebd. 29). Ein wesentlicher Teil politischer Sozialisation besteht darin, eine Vorstellung von einer legitimen sozialen Ordnung zu

vermitteln und dem Individuum damit den moralischen Rahmen zu bieten, in den es die Evaluation aus dem Vergleich mit Referenzgruppen einbetten kann. Die höhere oder akademische Bildung bringt offenbar sehr verschiedene Referenzrahmen hervor – was nicht unplausibel erscheint – und bringt damit für Menschen derselben objektiven Klassenposition unterschiedliche Ergebnisse der Evaluation der eigenen Lage. Daraus folgt dann die unterschiedliche Parteipräferenz der beiden Kohorten.

Problematisch ist an Müllers Analyse vielleicht die relativ kurze Zeitspanne, für die sozialstruktureller Wandel und sein Einfluss auf politisches Verhalten untersucht wird, wenngleich die Berücksichtigung der Unterschiede in Vor- und Nachkriegskohorten diesen Mangel auszugleichen scheint. Kaum jemand verfügt allerdings über Daten zu längerfristigeren Vergleichen, sodass die These des Einflusses der Individualisierung auf das politische Verhalten weitgehend spekulativ sein muss. Es klingt nicht unplausibel, dass *Cross Pressure* und Konformitätsdruck gemeinsam mit einer durch relativen Wohlstand veränderten Interessenslage die Bereitschaft des Einzelnen vermindert, die Polarisierung politischer Interessen wahrzunehmen und in einem politischen Konflikt Partei zu ergreifen. Dennoch zeigen empirische Studien, dass soziale Ungleichheit und (relative) Unzufriedenheit nach wie vor bestehen und geeignete Institutionen (wie Gewerkschaften) die Betroffenen in politische Entscheidungsprozesse einbinden und dabei ihr Klassenbewusstsein wecken können.

Resümee

Lipsets *Political Man* handelt generell rational seinen Klasseninteressen entsprechend. Irrationalität entspringt materieller Not und niedriger Bildung und manifestiert sich im „Autoritarismus der Arbeiterklasse“ und der Neigung des Mittelstandes zur Unterstützung faschistischer Bewegungen. Autoritarismus stellt damit eine durch materielle und immaterielle Deprivation erworbene Charaktereigenschaft dar, die den Einzelnen empfänglich für extremistische politische Botschaften macht. Nationalistischer und rassistischer Extremismus in einer Wohlstandsgesellschaft bleibt unter Annahme dieses Akteursmodells rätselhaft. Lipsets Akteur scheint seine Situation und sein Handeln wenig zu reflektieren, er scheint den Handlungszwängen und -begrenzungen seiner Klassenlage ausgeliefert. Er ist nicht in der Lage, kathektische Bindungen oder Einstellungen aufrechtzuerhalten, die seinen ökonomischen bzw. Klasseninteressen widersprechen. Konformitätsdruck führt dazu, dass er sich im Regelfall den Interessen höherer Klassen anpasst, in die er im Begriff ist aufzusteigen.²⁰

Umgekehrt haben nach dieser Auffassung linke Parteien in Wohlstandsgesellschaften ihre Funktion und Attraktivität verloren, denn Wohlstand und soziale Mobilität

²⁰ Doch generell lässt Lipsets Makro-Analyse nur wenige Rückschlüsse auf die Eigenschaften und Handlungsweisen des Individuums zu.

bringen – nach Überwindung der Klassenwidersprüche – die Auseinandersetzung um postmaterialistische Werte hervor.

Diese Sicht ignoriert das Aufbrechen neuer Klassenspaltungen (innerhalb der Dienstleistungsberufe bzw. zwischen Arbeitsmigranten und Ansässigen) und die Tatsache, dass der in ihnen zweifellos bestehende Konfliktstoff durch den Katalysator von Interessensgruppen zur politischen Dynamik entlang der „klassischen“ links-rechts-Polarisierung beitragen kann. Makrosoziologische Theorien zeichnen leider häufig ein recht deterministisches Bild des Akteurs; die beobachteten politischen Systeme werden in ihnen als Ausdruck des politischen Willen einer gesamten Gesellschaft betrachtet, nicht als Gelegenheitsstruktur für das individuelle politische Verhalten.

Wenngleich Lipset seine Analysen in seiner Soziologie der Demokratie auf Wähler und Sympathisanten bezog, sind seine Thesen auch auf das Verhalten der Mitglieder und Funktionäre widerspruchsfrei anzuwenden. In einer anderen Studie – „Union Democracy“ – untersucht Lipset explizit das politische Verhalten von Mitgliedern und Funktionären. Dabei stellt er fest, dass die politische Partizipation der Mitglieder der Schriftsetzergewerkschaft, die zuerst der Patronage der Gewerkschaft bedürfen, um überhaupt in den „closed shop“-Betrieb eintreten zu können, unter anderem von der Häufigkeit des informellen Treffens der Mitglieder in ihrer Freizeit abhängt (Lipset et al 1977). Die von Lipset beschriebenen Schriftsetzer bildeten aus mehreren Gründen ein stabiles Milieu (sie waren als Schichtarbeiter häufiger gezwungen, untereinander die Freizeit zu verbringen) und erfuhren durch die Gewerkschaftsversammlungen und zahlreichen Referenden politische Sozialisation, die ihre Identifikation mit der Gewerkschaft enorm erhöhte. Die demokratische Struktur der Gewerkschaft, in der Lipset Michels' „ehernes Gesetz der Oligarchie“ nicht bestätigt sah, erhöhte bei den Mitgliedern das Interesse an der politischen Teilnahme.

Verknüpft mit den Befunden zur Individualisierung lässt sich aus Lipsets Arbeiten schließen, dass *eine* Bedingung für die Zunahme von wechselnden politischen Bindungen das Aufbrechen der Milieus und Klassenlagen und das Zurückdrängen der Organisationen ist, die zwischen der sozio-ökonomischen Lage des Einzelnen und seinen politischen Interessen vermitteln können. Je weniger Einfluss Interessensorganisationen wie Gewerkschaften auf die Wahrnehmung der politischen und sozialen Situation der Einzelnen haben, desto mehr „individualisierte“, politisch orientierungslose Akteure, die womöglich zudem noch *Cross Pressure* ausgesetzt sind, werden die Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen verweigern. Sie wissen schließlich nicht, für wen sie Partei ergreifen sollten und lehnen daher generell Politik als „unnütze Streiterei“ ab. Ohne Vermittlung von politischen Sozialisationsmedien verlieren sie auch die Fähigkeit oder das Wissen, sich kompetent in politische Diskussionen einschalten zu können.

Gerade die rechtspopulistische Rhetorik leistet gute Dienste bei der Integration der „schweigenden“ Mehrheit, die sich aus Mangel an bewussten politischen Interessen oder an Kompetenz vom politischen Geschehen ausgeschlossen fühlt. Populi-

stische Parteien und Rhetoriken suggerieren die Einheit der Interessen des gesamten Volkes, es ist nicht mehr notwendig, zu wissen, auf wessen Seite man steht. Die nationalistischen und rassistischen Elemente der populistischen Rhetorik können Identifikationspunkte für Individualisierte bieten, die das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gruppe vermissen. Und schließlich schafft die Rhetorik des Dementis eine scheinbare Harmonie der ausgeglichenen Interessenlagen.

Dieser Argumentation folgend entsteht der „Neue Extremismus“ der Populisten nicht trotz des relativen Wohlstandes moderner Gesellschaften (wie wir aus Lipsets These des Autoritarismus der Arbeiterklasse schließen müssten), sondern gerade wegen dieses Wohlstandes und die durch ihn ausgelöste Individualisierung.

Individualisierung könnte so als gesamtgesellschaftlicher Prozess das Auftreten populistischer Bewegungen und Parteien in nahezu allen westeuropäischen Demokratien seit den 1980er Jahren erklären.

Dem Prozess der Individualisierung sind prinzipiell alle Mitglieder einer Gesellschaft ausgesetzt, so wäre auch die Grundbedingung für den Wechsel der politischen Bindungen bei jeder der beschriebenen Personen (Alois, Felix, Rosa und Margit) erfüllt; doch die Milieus der vier sind unterschiedlich homogen: Während Felix in einer „roten“ Umwelt lebt, mit der er auch die Freizeit verbringt, erfährt Alois durch seinen sozialen Aufstieg zum Beamten Inhomogenität. Seine Nichtteilnahme an Aktivitäten der Gewerkschaft und Partei trägt dazu bei, dass ihm ein Katalysator zur Herstellung politischer Präferenzen fehlt, die seiner sozialen Lage entsprechen. Der von ihm freiwillig gewählte Kontakt zu seinen Veteranen verstärkt die der Parteimitgliedschaft bei der SPÖ entgegengesetzte politische Orientierung. Alois muss für sich zum Schluss kommen, dass die Links-Rechts-Polarisierung in der Gesellschaft der Gegenwart bedeutungslos geworden ist. In diesem politischen Umfeld bildet er keine politischen Eigenschaften aus.

Doch auch für Margit und Rosa hat soziale (und örtliche) Mobilität einen Wandel der Milieus bewirkt: für Margit, deren unpolitisches Elternhaus nichts zur Entwicklung ihrer politischen Identität beitrug, war die Identifikation mit der SPÖ ebenso wie für Rosa ein freiwilliger, selbst gesteuerter Akt, der sich nicht quasi zwangsläufig aus der unmittelbaren Erfahrung einer Klassenposition ableitete.²¹ Rosa ist zudem mit Sozialisierungsinstanzen wie Gewerkschaften oder Parteien nicht in Kontakt getreten, dennoch hält sie an ihrer Bindung zur SPÖ fest.

Soweit nun die Annahme von Auswirkungen des Individualisierungsprozesses auf die kurzen Zeitspannen der politischen Biografien der vier Akteure überhaupt legitim ist, bleiben wieder einige Unterschiede im Verhalten der einzelnen Personen ungeklärt: wie kann sich Rosa ihre politische Einstellung über Jahrzehnte im Milieu der politischen Gegner bewahren? Welche Prozesse führten dazu, dass Margit sich – vordergründig – ohne äußeren Einfluss den Linken anschloss, als sie etwa im VSSTÖ tätig wurde? Offenbar kann man sich über die Prägung eines Milieus auch hinweg-

²¹ Am ehesten kann Rosa die politische Prägung durch die schlechten Erfahrungen in ihrer Kindheit geltend machen.

setzen, wenngleich das nicht jeder tut; Felix etwa bemüht sich, den Erwartungen seiner Umwelt so zu entsprechen, dass er möglichst spannungsfrei in seine „rote“ Welt integriert bleibt. Schließlich ist rätselhaft, warum sich Alois der Beeinflussung durch eine politische Sozialisierungsinstanz (die Organisationen der SPÖ) gänzlich entzieht, während Margit sie ohne berufliche „Notwendigkeit“ selbständig aufsucht.

Die Einsicht, dass der Handlungsspielraum des Einzelnen durch große soziale Prozesse wie soziale Mobilität oder Individualisierung nicht vollkommen determiniert wird, lässt nach den Ursachen für die Varianzen im Handeln der vier porträtierten Personen weitersuchen.

Der Autoritäre Charakter

Das unter Titeln wie der Autoritären Persönlichkeit oder des Autoritären Charakters bekannte Konzept der sozialpsychologischen Persönlichkeitsforschung basiert auf der Annahme, dass frühkindliche Erfahrungen und Erlebnisse einen Menschen derart prägen, dass er später geneigt ist, innere Konflikte und Frustrationen auf äußere Konflikte zu projizieren. In einem von Sigmund Freud als Übertragung oder Projektion bezeichneten Prozess überträgt das Individuum die Gefühle, die ursprünglich seinen Eltern galten, auf eine andere Person (meist den Therapeuten). Ähnlich sei das intolerante und aggressive Verhalten der Autoritären gegenüber Randgruppen zu verstehen: sie hassen die Angehörigen dieser Randgruppen stellvertretend für die Autorität, der sie sich als Kind beugen mussten. Sie feinden Randgruppen an und antizipieren sie, da sie die Aggression nicht gegen die ursprünglichen Auslöser (die Eltern) richten dürfen. Im Grunde ist dieser Projektionsvorgang nicht empirisch zu beobachten, womit eine Einschränkung der Validität von Operationalisierungen dieses Konzeptes gegeben ist.

In der Absicht, die individuelle Prädisposition für Faschismus zu finden, wurde die ursprünglich von Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson und Sanford entwickelte F-Scale mehrmals methodologisch verbessert und aktualisiert und so ein Messinstrument erstellt, mit dem die Stärke von – präsumptiv – autoritären Persönlichkeitsmerkmalen nachgewiesen werden soll.

Autoritarismus – oder wie Adorno genauer sagt „Right-Wing-Authoritarianism“ – ist geprägt von 1. Unterwerfung unter perzipierte Autoritäten, 2. Aggression gegen

Kapitel 4

Autoritäre und der „Therapeut“ Haider

Die im Folgenden dargestellten psychologischen Erklärungen politischen Verhaltens versuchen die Akteure nach Charaktereigenschaften zu typisieren und so das beobachtete Verhalten zu deuten und vorauszusagen. Die Kategorisierung von Menschen nach verschiedenen Typen (autoritär oder nicht autoritär) ist zwangsläufig recht statisch und unflexibel. Im Versuch, möglichst konsistente Deutungsmuster für – mitunter höchst unlogisches – politisches Verhalten anzubieten, vergessen diese Ansätze daher auf die adäquate Beantwortung der Frage der Entstehung solcher Charaktertypen und der eindeutigen Abgrenzung von der „normalen“ Persönlichkeit. Die Bandbreite der vorgestellten Thesen reicht von der Auffassung, dass Autoritarismus eine dominante Handlungsdisposition darstellt (Altemeyer) bis zur de facto Pathologisierung der Akteure (Ottomeyers Theorie des Szenischen Verstehens).

Der Autoritäre Charakter

Das unter Titeln wie der Autoritären Persönlichkeit oder des Autoritären Charakters bekannte Konzept der sozialpsychologischen Persönlichkeitsforschung basiert auf der Annahme, dass frühkindliche Erfahrungen und Erlebnisse einen Menschen derart prägen, dass er später geneigt ist, innere Konflikte und Frustrationen auf äußere Konflikte zu projizieren. In einem von Sigmund Freud als Übertragung oder Projektion bezeichneten Prozess überträgt das Individuum die Gefühle, die ursprünglich seinen Eltern galten, auf eine andere Person (meist den Therapeuten). Ähnlich sei das intolerante und aggressive Verhalten der Autoritären gegenüber Randgruppen zu verstehen: sie hassen die Angehörigen dieser Randgruppen stellvertretend für die Autorität, der sie sich als Kind beugen mussten. Sie feinden Randgruppen an und attackieren sie, da sie die Aggression nicht gegen die ursprünglichen Auslöser (die Eltern) richten durften. Im Grunde ist dieser Projektionsvorgang nicht empirisch zu beobachten, womit eine Einschränkung der Validität von Operationalisierungen dieses Konzeptes gegeben ist.

In der Absicht, die individuelle Prädisposition für Faschismus zu finden, wurde die ursprünglich von Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson und Sanford entwickelte F-Scale mehrmals methodologisch verbessert und aktualisiert und so ein Messinstrument erstellt, mit dem die Stärke von – präsumptiv – autoritären Persönlichkeitsmerkmalen nachgewiesen werden soll.

Autoritarismus – oder wie Altemeyer genauer sagt „Right-Wing-Authoritarianism“ – ist geprägt von 1. Unterwerfung unter perzipierte Autoritäten, 2. Aggression gegen

„andere“ und 3. Konventionalismus im Sinne von strikter Befolgung traditioneller Normen (etwa im Sexualverhalten). Der Zusammenhang zwischen den drei Elementen ergibt sich nach Altemeyer aus der Tatsache, dass submissive Menschen viel in den sozialen status quo investiert haben, sodass sie diesen aggressiv verteidigen und die etablierte Ordnung aufrechterhalten müssen (Altemeyer 1996, 40). Der Charakterzug des Autoritarismus wird gemessen, indem Probanden¹ verschiedenste Einstellungsfragen vorgelegt bekommen, bei denen sie angeben müssen, wie sehr sie diesen zustimmen: die Statements operationalisieren Dogmatismus, Fundamentalismus, Doppelmoral, Religiosität, rigide Sexualmoral, Ablehnung von Homosexualität, von Drogen, von Abtreibung, Antisemitismus, Antifeminismus u.a.m. (Altemeyer 1996; 1988; 1981).

Autoritarismus scheint in erster Linie mit der Rechten verknüpft (Altemeyer 1996, 9–10, 216–217). Dennoch wandten sich Forscher (Edward Shils, Milton Rokeach) in den 1950er und 1960er Jahren auch dem linken Autoritarismus zu, indem sie ihn als Dogmatismus operationalisierten.

Es ist allerdings bislang umstritten, ob diese Befunde zweifelsfrei eine Ähnlichkeit zwischen Kommunisten und Faschisten im Hinblick auf deren Autoritarismus nachweisen können. Linker Autoritarismus entspricht nach Altemeyer der bedingungslosen Unterordnung unter eine linke, die Gesellschaftsordnung revolutionierende Autorität, ihre Normen und Regeln und die Aggression gegen „Konterrevolutionäre“. Er wurde jedoch viel seltener und in niedrigerer Ausprägung gemessen als rechter.

Autoritarismus und Demokratie

Die Autoritarismus-Forschung bemüht sich, die aktuelle politische Relevanz ihrer Ergebnisse zu demonstrieren, indem sie Autoritarismus als Gefahr für die Demokratie versteht. So ließe sich der Autoritarismus der Massen, d.h. die autoritäre Persönlichkeitsdisposition einzelner Wählerinnen und Wähler, durch populistische Agitation wecken und instrumentalisieren (Pfahl-Traughber 1994, 162; Löwenthal 1982). Unter nicht sehr exakt definierten gesellschaftlichen Umständen,² könnten echte tatsächlich vorhandene Ängste des Publikums von einem populistischen Agitator so manipuliert werden, dass es ihm bedingungslos folgt. Der historische Analogieschluss zu Deutschland und Österreich in den 1930er Jahren wird so nahe gelegt. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Popularität von Rechtspopulisten wie Haider oder Le Pen eine Bedrohung für das bestehende demokratische System. Es scheint jedoch überzogen, allen Anhängern der Haider-FPÖ zu unterstellen, dass sie Merkmale des Autoritären Charakters in sich tragen müssten.

¹ Hauptsächlich handelt es sich dabei um Altemeyers Studierende, deren Eltern und um Alumni der Universität Manitoba. Einige Befragungen führte Altemeyer auch mit Lokalpolitikern in Kanada sowie mit Abgeordneten der Repräsentantenhäuser einiger U.S. Bundesstaaten durch.
² „[D]as soziale Unbehagen, das sowohl Keimboden als auch Ursache erfolgreicher Wirkung sei.“ (Pfahl-Traughber 1994, 162) oder ökonomische Krisen, wie in den 1920er und 1930er Jahren (Altemeyer 1996, 91).

Zudem ist dies eine zu simple Erklärung kollektiven Verhaltens; die Interessen und Motive der Anhänger der Nationalsozialisten etwa waren vielfältig. Es gab glühende Rassisten, aber auch viele Opportunisten, die instrumentelle Gründe hatten, antisemitische Maßnahmen zu unterstützen. Die vereinfachte Sicht psychologischer Theorien (siehe auch Scheff 1994), die aus jedem Nazi einen von Ängsten gepeinigten neurotischen Rassisten macht, trägt wenig zum Verständnis des komplexen Ineinandergreifens vieler verschiedener Motive bei, die schließlich Faschismus und Holocaust als kollektives Phänomen herbeiführten.

Die peniblen Studien Altemeyers können die Transformation der von ihm in unzähligen Befragungen gemessenen autoritären Dispositionen zu antidemokratischen Handlungen oder zur Gewalttätigkeit nicht klären.

Es wird angenommen, dass die Menschen so handeln wie sie reden (Steinert 1984, 17), auch wenn es dafür wenig Hinweise gibt.

„Bei der bekannten Diskrepanz zwischen Reden und Tun ist es aber mit der Kenntnis der Diskurse und ihrer Verteilung nicht getan. Bei dieser Lage der Dinge bräuchte man zusätzliche Information über die Handlungsrelevanz der Gespräche in den verschiedenen Situationen. Wenn zwei Angeheiterte im Wirtshaus sich darauf einigen, daß ‚alle Verbrecher aufhängt gehören‘, ist daraus zu schließen, daß man die Todesstrafe wieder einführen soll oder kann?“ (Steinert 1984, 52)

Da die Charaktereigenschaften des Autoritären sich etwa auch bei Angehörigen liberaler oder linker Parteien (Altemeyer 1988, 239 ff.) finden, ist es schwer, Prognosen darüber zu erstellen, wie sich der Autoritarismus letztlich auswirken wird. Wenn die einen Autoritären klare Faschisten sind und die anderen aufrechte Demokraten, stellt sich die Frage, ob nicht wichtige zusätzliche Bedingungen gegeben sein müssen, damit vom Antwortverhalten in einer Befragung auf das tatsächliche politische Handeln – oft auch in Extremsituationen³ – geschlossen werden darf.

Rationalisierungen, Law-and-Order und Inkonsistenzen

Die Autoritäre Persönlichkeit entsteht durch persönliche Erfahrungen und durch soziales Lernen von Familie, Lehrern, Gleichaltrigen, Filmen und Informationsmedien etc., so Altemeyer. Der Autoritarismus-Skalenwert der Leute, die in Altemeyers Befragungen angaben, über persönliche Erfahrungen mit Homosexuellen, Drogen, „Rebellen“ und Autoritäten wie Lehrern oder Vätern (Altemeyer 1988, 76) zu verfügen, konnte am besten vorausgesagt werden. Bekanntschaft mit Homosexuellen oder Drogen gemacht zu haben, lässt die Befragten etwa tendenziell toleranter antworten.

³ So beschreibt etwa Joe Heydecker in seiner Fotodokumentation über das Warschauer Getto die Erschießung verwundeter russischer Kriegsgefangener durch Soldaten seiner Einheit: „Ich sah, wie die Kameraden auf die hilflosen Menschen, die dort im Gras hockten, anlegten, ich hörte Schüsse. Befehl ausgeführt. Ich höre sie noch, und immer die quälende Frage, was ich getan haben würde, wenn der Finger des Kompaniechefs auf mich gedeutet hätte. Es ist an mir vorbeigegangen. Aber wenn? Wenn? Ich weiß nur, daß dann eine Entscheidung hätte fallen müssen, die zu treffen mir allein durch zufällige Umstände erspart blieb.“ (Heydecker 1983, 24)

Die statistisch hohe positive Korrelation zwischen Berichten über persönliche Erfahrungen und Autoritarismus weist hier m.E. auf ein Artefakt hin: Zum einen haben Autoritäre größeren Druck, ihre extremen Ansichten zu legitimieren, indem sie mit entsprechenden Geschichten aufwarten. Zum anderen müsste jemand, der Kontakt mit Drogen und Homosexuellen hat und gleichzeitig einer strikten autoritären Werthaltung folgt, enorme kognitive Dissonanz empfinden. Schon allein deshalb wird er daher eher eine liberale Einstellung gegenüber Drogen und Homosexualität einnehmen. Ob sich an den berichteten persönlichen Erfahrungen nun die Ursache für Autoritarismus festmachen lässt oder ob das Wahrnehmen und Berichten von Erfahrungen mit Randgruppen mehr dem Streben nach Stabilität der Einstellungen entspricht, kann aufgrund einer statistischen Analyse nicht geklärt werden.

Ein Faktor, der laut Altemeyer sehr viel zur Erklärung des Auftretens des Right-Wing-Authoritarianism beiträgt, ist das generelle Gefühl der Unsicherheit der Betroffenen. Diese Angst oder Unsicherheit bezieht sich auf Veränderungen jeglicher Art, soziale Veränderungen, aber auch Ortsveränderungen bei Reisen.

Aus dieser generellen Unsicherheit über das drohende gesellschaftliche Chaos folgt die Befürwortung restriktiver Gesetze, Intoleranz gegenüber Randgruppen und Aggression gegenüber Devianten – kurz: die Law-and-Order-Mentalität.

In Experimenten, in denen Altemeyer seinen Probanden fiktive Situationsschilderungen über ein vom Terrorismus bedrohtes Kanada vorlegte, zeigte sich zudem, dass sowohl der (fiktive) Terror von linken politischen Kräften als auch der von rechtsextremen Gruppen zu einer Erhöhung der autoritären Einstellungen führte (ebd. 296 ff.).

Bei der Interpretation dieses Befunds muss auf die zweifelhafte Validität solcher fiktiver Situationsschilderungen für das tatsächliche Verhalten der Menschen im Falle des Eintretens der geschilderten Situationen Bedacht genommen werden. Er liefert jedoch Hinweise für die Beobachtungen der österreichischen oder auch bundesdeutschen Innenpolitik. Brandanschläge auf Asylantenheime, Briefbombenterror und Bombenterror gegen ethnische Randgruppen wie die Sinti und Roma werden von der Öffentlichkeit zwar als rechtsextreme Übergriffe perzipiert, was jedoch die Zustimmung der Bevölkerung zu Law-and-Order-Maßnahmen der Rechten nicht schmälert.

Ähnlich die politische Wirkung der so genannten Sicherheitsdebatte: Je mehr über Kriminalität geredet wird, desto mehr Ängste entstehen in der Bevölkerung und damit desto mehr Unterstützung lässt sich für rechte Law-and-Order Politik erreichen. Ein Zusammenhang, der Politikerinnen und Politikern bekannt sein dürfte und daher in die alltägliche politische Strategie Eingang finden wird.

Altemeyer machte in seinen Studien die interessante Entdeckung, dass autoritäre Personen einen Hang zu inkonsistentem Antwortverhalten haben. Sie neigen auch generell dazu, Informationen ungeprüft und unkritisch zu akzeptieren und logisch falsche Schlüsse zu ziehen. Ihre Bereitschaft, ein Problem als das größte der heutigen Gesellschaft zu bezeichnen, ist signifikant höher: „High RWAs [Right Wing Authoritarians] stand about ten steps closer to the panic button than the rest of the population.“ (Altemeyer 1996, 100) Dabei erwähnen Autoritäre nicht nur Themen, die für

ihre politische Richtung typisch sind, sondern auch solche, die eher zu den Sorgen der politischen Linken gehören. Hier manifestiert sich die Ja-Sager-Tendenz der Autoritären, die auch aus ihren Antworten zu anderen Fragen abgelesen werden kann.

Resümee

Autoritär kann sich ein politischer Akteur in jeder der vier Rollen – als Wähler, Sympathisant, Mitglied und Funktionär verhalten; er kann für rassistische Parteien stimmen, sich in seinem Alltag an der Hetze gegen Randgruppen beteiligen. Als gehorames Mitglied einer Führerpartei kann der Autoritäre seine autoritären Aggressionen gegen Fremde richten und im Rahmen der Funktionärstätigkeit einer solchen Führerpartei kann er gegenüber den ihm untergeordneten Parteifunktionären intolerante, Angst schürende und undemokratische Handlungen setzen. Jedoch lässt sich an keiner der in den Porträts in Kapitel 1 geschilderten Personen Autoritarismus dieser Ausprägung beobachten.

Vielleicht bildet das Konzept des Autoritarismus aber auch nur eine bestimmte Form des Konformismus – nämlich zu rechten politischen Einstellungen – ab. Schließlich scheint Autoritarismus den *bewussten* Einsatz von Kathexis auszuschließen. Denn nach dem Konzept der Autoritären Persönlichkeit kann man sich nicht bewusst entschließen, dogmatisch und autoritär zu sein, man ist quasi Spielball der eigenen unterdrückten Emotionen, die in einem inneren Projektionsvorgang die Affinität zu autoritären Werten und Agitatoren herstellen. Autoritäre handeln – dem Konzept nach – auch nicht ökonomisch rational, was die Tauglichkeit des Konzeptes zur Erklärung der vielen Opportunisten und Patronage-Spekulanten in autoritären Systemen stark einschränkt. Damit bleibt auch die Frage unbeantwortet, ob nur Autoritäre sich materieller Abhängigkeit oder Befehlsgewalt zu beugen bereit sind, oder ob auch Nicht-Autoritäre durch größere Abhängigkeit und Bedrohung gezwungen werden können, autoritär zu handeln. Altemeyer zieht aus allen seinen Untersuchungen den Schluss, dass Autoritäre ganz gewöhnliche Leute sind: „... people as you and I, and our friends and neighbors, might bring democracy down if the going got tough enough.“ (Altemeyer 1996, 305) Daraus wiederum muss man schließen, Autoritarismus sei universell, was das Konzept einer Autoritären Persönlichkeit eigentlich ad absurdum führt. So lässt sich aus der Theorie des Autoritären Charakters keine Bedingung ableiten, die zu einem Wandel der politischen Bindung führt; das Konzept ist zu statisch für Veränderungen in einer politischen Biografie: einmal autoritär – immer autoritär.

Über diese konzeptionellen Schwächen des Autoritarismusbegriffes hinaus, muss methodische Kritik angebracht werden: Die Korrelationen, die zwischen Einstellungen bestehen, die als Bündel Autoritarismus messen sollen, und solchen die Auskunft über politisches Verhalten geben, müssen nicht notwendigerweise auf eine Ursache-Wirkung-Beziehung zurückgehen.

Ebenso zweifelhaft ist, ob vom Antwortverhalten des Gros' der Probanden – nämlich von Studenten – Rückschlüsse auf die Gesamtbevölkerung zulässig sind. Beide

Kritikpunkte betreffen allerdings typische Probleme gegenwärtiger psychologischer Forschung in den verschiedensten Gebieten.

Autoritarismus im Psychodrama

Der Sozialpsychologe Klaus Ottomeyer beschreibt die Faszination populistischer Rhetorik mit Begriffen aus der therapeutischen Methode des Psychodrama. Dabei werden Interaktionen als Szenen aufgefasst und die „szenischen Muster“ (Goldmann et al 1992, 196) durch die Einfühlung des Therapeuten in die Emotions-, Affekt- und Beziehungsqualität einer Lebensäußerung hervorgehoben. Diese „bildhaft-präsentativen Symbolisierungen der Lebensprozesse“ (ebd. 198) geben – nach Ottomeyer – Aufschluss über Prozesse im Unbewussten des Akteurs. Die ursprünglich in der Gruppenpsychotherapie angewandte Methode des Psychodramas wird heute auch häufig im außerklinischen Bereich der Kulturanalyse eingesetzt. Das Argument, das Ottomeyer und seine Koautoren ins Treffen führen, ist im Grunde eine Sonderform der These, dass der populistische Agitator die Gefühle seiner Anhänger in politischen Erfolg umzuwandeln verstehe (Löwenthal 1982). Die Anhänger litten unter einem generellen Gefühl der Unsicherheit, das durch die Aufsplitterung der Identitäten des Menschen im Alltag der westlich-kapitalistischen Gesellschaften verursacht werde.

Haider therapiert en gros

Die Individuen empfänden sich als „zusammengestückelt“ und hingen sehnsuchtsvoll dem Entwurf „des Individuums aus einem Guß“ nach, der jedoch überholt und in der Gegenwart nicht lebbar sei (ebd. 190). „Wer die falsche Teilidentität am falschen Ort zeigt, ist existenzgefährdet. Die sozialen ‚Freßfeinde‘ [vermutlich die Konkurrenten] schlagen sofort zu – so wie bei einem Chamäleon, das aufgrund einer Fehlfunktion am falschen Ort die falsche Farbe zeigt.“ (ebd. 186) Nun scheint es unbestritten, dass jedes Individuum in verschiedenen Teilöffentlichkeiten je verschiedene Rollen spielt und damit jeweils unterschiedliche Aspekte seiner Identität verkörpert. Als ebenso evident gilt, dass das Aus-der-Rolle-Fallen eines Individuums von seinen Interaktionspartnern bemerkt und je nach Bedeutung des Fehlers auch sanktioniert wird. Da diese kleinen Friktionen im Alltag überaus häufig auftreten, fällt es schwer, darin die Ursache für eine quasi pathologische Reaktion des Individuums auf den modernen Kapitalismus und seine Produktionsbedingungen zu sehen.

„Haider führt (oder führte) die Teil-Identitäten des Alt-Nazis, des loyalen Sohnes, des wilden Rebellen, des Volkstribunen, des antifeudalen Bonzenbekämpfers, gefährlichen Diktators und zuverlässig-jovialen Freundes, des Landesvaters und des Oppositionellen, des Sexidols und Saubermannes in einer solchen Geschwindigkeit und scheinbaren Bruchlosigkeit vor, daß er für viele die Hoffnung auf eine endlich vereinheitlichte Identität verkörpert.“ (ebd. 190).

Im Einzelnen werden dann Jörg Haiders Inszenierungen anhand von Zitaten aus Medien und von Beobachtungen der Auftritte Haiders dargestellt. So präsentiert sich Haider etwa einerseits als Aufständischer gegenüber etablierten und – ungerichten – Ordnungen, z.B. gegen die nach dem Parteien-Proporz besetzten Institutionen. Andererseits zeige er in seiner Affinität für die „Kriegsgeneration“ und für die Wortwahl des Nationalsozialismus eine deutliche Würdigung der Autorität der Vätergeneration.

„In der Inszenierung des autoritären Charakters ist die Rebellion gegen einen strengen, als kritikwürdig empfundenen Vater nicht zu Ende geführt; sie wurde abgebrochen und von einer auffälligen Idealisierung des Vaters überdeckt. (...) Der autoritäre Charakter tritt zwar gern als Dauerrebell auf, ist aber in bezug auf den eigenen Vater ängstlich und unterwürfig. (...) Haiders Idealisierung der Väter-Generation ist auffällig. Andererseits statet er seine politischen Gegner regelmäßig mit elterlichen Attributen aus. Er inszeniert sich als junger Rebell gegen die ‚Altparteien‘ (...)“ (ebd. 30, 31)

Die Wirkung auf das Publikum sei nun, dass jeder Einzelne, bei dem die „amibivalenzverleugnende Unterwerfung unter die Väter bei gleichzeitiger haßvoller Verfolgung von Ersatzvätern“ (ebd. 31) auftrete, in Haiders Inszenierung Erlösung aus dem eigenen Spannungszustand empfinde. „Eine Rebellion, die psychisch riskant wäre, wird auf einer politischen Ersatzbühne aufgeführt.“ (ebd.)

Die anhaltende Popularität Haiders, obwohl er keine sichtbaren Erfolge in seinem Kampf gegen die Altparteien präsentieren könne, sei – so Ottomeyer und seine Koautoren – erklärbar durch Haiders Fähigkeit, als Sexsymbol die sinnlichen und erotischen Gefühle der Menschen zu aktivieren. Haider selbst bemühe sich, den potenten, körperlich fitten und jugendlich-attraktiven Helden zu verkörpern, wofür „oben-ohne Fotos“ und Beurteilungen anderer Politiker als „feige, rückgratlos und lendenlahm“⁴ (ebd. 172) als Indizien gelten könnten. Das Zurschaustellen körperlicher Fitness greift aber auch unter Politikerinnen und Politikern anderer Parteien um sich: Der deutsche Grüne Joschka Fischer inszenierte 1997/98 die Konversion vom dicklichen Politiker zum um 40 kg. abgespeckten dynamischen Marathonmann. Im Herbst 1999 nahmen gar Spitzenpolitiker von SPÖ, ÖVP und FPÖ am New York City Marathon teil, um die Öffentlichkeit an ihrer sportlichen Leistungsfähigkeit teilhaben zu lassen.⁵

Die Sorgen über ökologische, ökonomische oder persönliche Krisen können – so Ottomeyer – im Rausch dieser Verliebtheit vergessen werden. Dabei muss jedoch unterschieden werden zwischen einer vermeintlichen erotischen Wirkung Haiders auf Frauen, die jedoch den geringeren Anteil seiner Wähler ausmachen, und einer

4 Um den Ausdruck „lendenlahm“ entspann sich in Österreich im Sommer 1999 – also vor der Nationalratswahl – einige Aufregung: Der Bundeskanzler und SPÖ-Spitzenkandidat Klima wurde in einem deutschen Magazin damit zitiert, die Zuwanderung von Ausländern gleiche die geringen Geburtenraten der „lendenlahmen“ Österreicher aus. Bemerkenswert war, dass diese – übrigens sofort von Klima demontierte Äußerung – von der FPÖ als Verunglimpfung der Österreicher und von Liberalen und Grünen als ausländerfeindlich interpretiert und heftig kritisiert wurde.

5 Jörg Haider von der FPÖ; der ÖVP-Familienminister Martin Bartenstein und der SPÖ-Innenminister Karl Schlögl.

Begeisterung der männlichen Haider-Fans, denen wohl nicht generell homoerotische Züge unterstellt werden können.

Problematisch am geschilderten Ansatz des „Szenischen Verstehens“ scheint mir, dass er keine hinreichende Erklärung für den behaupteten Zusammenhang zwischen zersplitterter Identität im modernen Kapitalismus und Unterstützung des Rechtspopulisten Haider bietet. Schließlich finden wohl auch die Unterstützer anderer Parteien (der SPÖ, der Grünen, der ÖVP usw.) dieselben Lebensbedingungen im Kapitalismus vor, wie die Haider-Anhänger. Wie lösen SPÖ-Anhänger den Spannungszustand, der sich aus der Ambivalenz zwischen Hass und Liebe des Vaters ergibt? Schwärmen Unterstützerinnen und Unterstützer der ÖVP niemals für Kandidatinnen und Kandidaten ihrer Partei? Und warum heilt Haider seine Anhängerinnen und Anhänger nicht durch seine Inszenierungen?⁶

Resümee

Das Konzept des Autoritarismus scheint wenig tauglich für eine Analyse politischen Verhaltens. Dennoch findet es hier Erwähnung, weil es – ungeachtet seiner geringen Erklärungskraft – im alltäglichen und politischen Diskurs populär ist. Der Grund für diese Beliebtheit ist für sich interessant und scheint in der Bereitschaft der Menschen zu liegen, unerklärliches, unvorhergesehenes Verhalten zu pathologisieren. Obwohl die Grenzen zwischen normal und pathologisch dann nicht mehr so klar gezogen werden können, scheint es einfacher, nicht danach zu fragen, in welchem Zusammenhang eine deviante Handlung sinnvoll erscheinen kann. Man sucht nicht nach einzelnen (guten) Gründen für das Handeln, sondern beurteilt den rätselhaft handelnden Menschen als Ganzes. Howard Becker plädiert in seinen „Tricks of the Trade“ dafür, das Verhalten, das von Außenstehenden als verrückt bezeichnet wird, weil es scheinbar keinem einsichtigen Zweck dient, unter der Annahme zu untersuchen, dass es sehr wohl sinnvoll ist, wenngleich dem Forscher dieser Sinn noch nicht zugänglich ist (Becker 1998, 25).

„You might say, in a variant of an expression that was very popular in my high school as a way of explaining something stupid you had done, ‚it seemed like a good idea at the time.‘ In fact, it’s probably a very good hypothesis about seemingly unintelligible acts that they seemed like a good idea at the time to the people who did them. This makes the analytic task the discovery of the circumstances which made the actor think it was a good idea.“ (Becker 1998, 25)

Sucht man nach den Umständen, die die einzelnen als autoritär beurteilten Handlungen sinnvoll erscheinen lassen, ohne dass von einer Persönlichkeitsstörung des Akteurs ausgegangen werden muss, vermeidet man die zirkuläre Betrachtung der psychologisierenden Analyse politischen Verhaltens. Denn auf der Suche nach weiteren Merkmalen des Verhaltens von Personen, denen man unterstellt, autoritäre

⁶ Es wäre überaus boshaft, psychotherapeutischen Bemühungen aus diesem Grund generell die Heilungswirkung abzusprechen.

Charaktere zu haben, werden Conclusio und Prämisse eins: die Haider-Anhänger leiden an innerpsychischen Spannungen, die sie in der Interaktion mit dem Politiker auflösen, und sie suchen deshalb die Bindung zu Haider, weil sie unter diesen Spannungen leiden.

„Treating a person as though he were generally rather than specifically deviant produces a self-fulfilling prophecy. It sets in motion several mechanisms which conspire to shape the person in the image people have of him.“ (Becker 1991, 34)

Die hier präsentierte Ich-Theorie, die politische Bindungen und deren Auswirkung auf die Handlung des Akteurs erklären soll, ist in der Tat ein Hinweis auf die entsprechende Motive der Akteure. Diese hängt von der ökonomischen, sozialen oder psychischen Situation des Akteurs abgeteilt. In solchen Modellen finden sozial erzeugte Bedeutungen von Situationen, in denen die Handlungen stattfinden, keine Berücksichtigung. Häufig fungieren Gruppenzugehörigkeiten der Akteure als Prädiktorvariablen für deren Verhalten; die Klassenstruktur bestimmt größtenteils die politischen Bindungen. Der Aspekt der Interaktion der einzelnen Menschen miteinander, durch die letztlich erst so etwas wie ein Milieu mit seiner typischen Kultur entstehen kann, bleibt fast völlig ausgeblendet. Obwohl z.B. Lazarus' Akteur in seinem Handeln auf das seiner Mitmenschen reagiert, indem er Cross-Pressure scheut und diesen Loyalitäts- oder Gewissenskonflikten deshalb so lange wie möglich ausweicht, fehlt ihm die Fähigkeit, zwischen persönlich wichtigen – kathektischen – und weniger wichtigen Bindungen zu differenzieren. Cross-Pressure ist bei Lazarus' Akteur immer gleich unangenehm, hat immer die gleiche Bedeutung. Dem widersprechen empirische Befunde, wie schon mit den im ersten Kapitel vorgestellten Fällen von politischen Bindungen gezeigt werden kann.

Ein gewisses Bekenntnis der Rationalität gar liegt in der These von der Individualisierung der Lebenslagen; da laut Individualisierungsthese Klassenbindungen mit zunehmender sozialer Mobilität schwächer würden (Was genau wird da schwächer? Wer genau verliert da an Einfluss?), ließe sich kein Muster mehr im Chaos der Lebenslagen und der Verhaltensweisen erkennen. So als wären die Menschen alle plötzlich losgelassen und müssten daher zwangsläufig völlig arbiträre Handlungen setzen, die sich nicht mehr antizipieren oder von Forschern prognostizieren lassen. Haben die beobachteten politisch Handelnden plötzlich ganz andere Vorstellungen von ihrer Umwelt? Ist jede dieser Vorstellungen vollkommen einzigartig? Sind die Erwartungen der Individualisierten an ihre Interaktionspartner nicht mehr logisch nachvollziehbar? Wie können die Menschen im Chaos der Individualisierung ihre Zukunft antizipieren, wenn die Wissenschaft keine klaren Handlungsmuster mehr erkennen kann?

Die ökonomische Theorie wiederum zeichnet einen Akteur, der völlig berechenbar ist. Die Monade homo oeconomicus: ein mit Präferenzordnungen ausgestattetes Wesen, das seine Welt ausschließlich nach Kosten-Nutzenkriterien evaluiert. Ein solcher Akteur scheint sich um die Gesellschaft wenig zu kümmern, braucht keinen Interaktionspartner – außer wenn dieser (maximalen) Gewinn verleiht – und bedient sich der sozialen Gruppen (wie z.B. Parteien) nur zum eigenen Vorteil. Wie

TEIL 2

Kapitel 5

Bis jetzt präsentierte ich Theorien, die politische Bindungen und deren Änderung unter Hinweis auf die entsprechende Motivlage der Akteure erklären. Diese häufig von der ökonomischen, sozialen oder psychischen Situation des Akteurs abgeleiteten Motive bedingen demnach als Stimuli das politische Handeln. In solchen Modellen finden sozial erzeugte Bedeutungen von Situationen, in denen die Handlungen stattfinden, keine Berücksichtigung. Häufig fungieren Gruppenzugehörigkeiten der Akteure als Prädiktorvariablen für deren Verhalten; die Klassenstruktur bestimmt größtenteils die politischen Bindungen. Der Aspekt der Interaktion der einzelnen Menschen miteinander, durch die letztlich erst so etwas wie ein Milieu mit seiner typischen Kultur entstehen kann, bleibt fast völlig ausgeblendet. Obwohl z.B. Lazarsfelds Akteur in seinem Handeln auf das seiner Mitmenschen reagiert, indem er Cross-Pressure scheut und diesen Loyalitäts- oder Gewissenskonflikten deshalb so lange wie möglich ausweicht, fehlt ihm die Fähigkeit, zwischen persönlich wichtigen – kathektischen – und weniger wichtigen Bindungen zu differenzieren. Cross-Pressure ist bei Lazarsfeld immer gleich unangenehm, hat immer die gleiche Bedeutung. Dem widersprechen empirische Befunde, wie schon mit den im ersten Kapitel vorgestellten Fällen von politischen Bindungen gezeigt werden kann.

Ein gewisses Bekenntnis der Ratlosigkeit gar liegt in der These von der Individualisierung der Lebenslagen: da laut Individualisierungsthese Klassenbindungen mit zunehmender sozialer Mobilität schwächer würden (Was genau wird da schwächer? Wer genau verliert da an Einfluss?), ließe sich kein Muster mehr im Chaos der Lebenslagen und der Verhaltensweisen erkennen. So als wären die Menschen alle plötzlich losgelassen und müssten daher zwangsläufig völlig arbiträre Handlungen setzen, die sich nicht mehr antizipieren oder von Forschern prognostizieren lassen. Haben die beobachteten politisch Handelnden plötzlich ganz andere Vorstellungen von ihrer Umwelt? Ist jede dieser Vorstellungen vollkommen einzigartig? Sind die Erwartungen der Individualisierten an ihre Interaktionspartner nicht mehr logisch nachvollziehbar? Wie können die Menschen im Chaos der Individualisierung ihre Zukunft antizipieren, wenn die Wissenschaft keine klaren Handlungsmuster mehr erkennen kann?

Die ökonomische Theorie wiederum zeichnet einen Akteur, der völlig berechenbar ist. Die Monade *homo oeconomicus*: ein mit Präferenzordnungen ausgestattetes Wesen, das seine Welt ausschließlich nach Kosten-Nutzenkriterien evaluiert. Ein solcher Akteur scheint sich um die Gesellschaft wenig zu kümmern, braucht keinen Interaktionspartner – außer wenn dieser (materiellen) Gewinn verheißt – und bedient sich der sozialen Gruppen (wie z.B. Parteien) nur zum eigenen Vorteil. Wie

sich teilweise altruistische und idealistische Gemeinschaften formieren, bleibt in der Welt der nutzenmaximierenden Geizhalse ein Rätsel.

Psychologische Erklärungen politischen Verhaltens stützen sich häufig auf normative Aussagen über die gesunde, reife, „nicht autoritäre“ oder „nicht entfremdete“ Psyche. Wie sehr sie damit den Konventionen ihrer Zeit verhaftet bleiben, ist diesen wohlmeinenden Analytikern nur selten bewusst. Damit schränken sie ihre Wahrnehmung des Untersuchungsgegenstandes jedoch stark ein und begeben sich der Chance, die Beobachteten als Teil einer Gesellschaft erst einmal zu verstehen – und nicht gleich zu therapieren.

Symbolischer Interaktionismus

Mit einer symbolisch interaktionistischen Sicht der Fragestellung, wie politische Bindungen und ihr Wechsel zustandekommen, können die Lücken der in Teil I vorgestellten Konzepte geschlossen werden.

Subjektive und kulturelle oder soziale Bedeutung von Situationen

Blumer (1981, 80ff.) nennt als erste Prämisse des Symbolischen Interaktionismus, dass Menschen in Bezug auf Dinge entsprechend der Bedeutungen handeln, die die Dinge für sie haben. Als „Dinge“ sind die verschiedensten Gegenstände, Personen, sozialen Rollen und Ideen zu verstehen. Die Bedeutungen der Dinge sind Ergebnis sozialer Interaktion und damit vom Individuum in der interpretativen Auseinandersetzung mit den Gegenständen und/oder den Interaktionspartnern veränderbar (ebda. 81).

Daraus lässt sich unschwer erkennen, dass Forscher, die die Bedeutung der „Dinge“ im Leben der Beobachteten entsprechend einer Theorie a priori festlegen, sich irren können.¹

Die unter Anwendung der Deprivationsthese entstandenen ad hoc Erklärungen der Attraktivität von rechtspopulistischen Parteien behaupten, der Modernisierungsverlierer wende sich aus Gram von den linken Parteien ab. Sie irren sich mit großer Wahrscheinlichkeit, wenn sie die vorgebrachten Gründe für z.B. Parteiaustritte aus der SPÖ für etwas Anderes als Rechtfertigungen halten. Denn auch in der Politik gilt die Konvention,² dass wer die Erwartungen seiner Umwelt nicht erfüllt, gute Gründe dafür angeben können muss. Dabei ist wesentlich, dass der Handelnde glaubhaft machen kann, dass der Regelbruch – hier das Aufgeben einer langdauernden politischen Bindung – nicht als Ausdruck seines moralischen Charakters gelesen wird. Er muss einen guten Grund im Sinne eines sozial legitimen Grundes an-

¹ Man könnte zur Verteidigung der Mainstream-Soziologie sagen, dass sie davon ausgeht, dass sich die vielen verschiedenen Bedeutungen der Akteure gegenseitig aufheben und daher nicht a priori definiert werden müssen.

² i.e. in der Interaktion ausgehandelte Regel, welche Bedeutung ein bestimmtes Verhalten haben soll

geben. Dabei gilt, dass ein guter Grund nicht wahr sein muss, sondern die Schuld des Akteurs verringern können muss. (Goffman 1971, 112)

Das Beispiel der Rechtfertigungen illustriert, dass die subjektiven Bedeutungen von Situationen meist keine Idiosynkrasien sind; häufig folgen die Individuen sozialen Regeln, deren Gültigkeit im Bereich der Politik einfach übersehen wurde.

Die Wirkung von Humor in der Politik wäre ein anderes Beispiel der symbolhaften Bedeutungen von Aussagen. Politische Witze können etwa Respektlosigkeit gegen Mächtige maskieren oder Ausdruck der Aggression und Ressentiments gegenüber Andersartigen und/oder Machtlosen sein. Die solidarisierende Wirkung von Humor ist ein weiterer Aspekt des Einsatzes von Witz im Feld der Politik (Speier 1998, 1352–1401). Politische Witze sind als erzählte fiktive Handlungen deshalb so unterhaltsam, weil man aus ihnen Schlüsse ziehen kann (die Pointe), die in realen politischen Situationen Unausgesprochenes treffend beschreiben und aufdecken. Klassische Theorien zur Politik befassen sich nicht einmal am Rande mit diesem Phänomen, dessen Relevanz im Alltag nicht unterschätzt werden soll.

In der symbolisch interaktionistischen Analyse steht der Prozess des Aushandelns der Bedeutungen im Zentrum. Wie kommt es dazu, dass mehrere Menschen dieselben Bedeutungen an „Dinge“ knüpfen (wodurch diese dann Symbole genannt werden)? Ein solcher Prozess des Aushandelns und einander Vermittelns lässt Individuum und Gesellschaft als untrennbare Einheiten erscheinen, die zwar in der Analyse getrennt betrachtet werden können, deren interdependente Beziehung zueinander jedoch alle einseitig deterministischen Theorien als unplausible und unzulässige Simplifikationen ausschließt (Meltzer et al. 1975, 2). Weder ist es zulässig vom Individuum zu sprechen, dessen Einzelne unbeeinflusste Entscheidung gemeinsam mit denen anderer dann Institutionen schafft; noch ist der Gesellschaftsstruktur zuzuschreiben, dass die Menschen so handeln wie sie handeln.

Reflektieren – Antizipieren – Täuschen

Die Menschen, die in ihrem Alltag eine Vielzahl von Bedeutungen jonglieren müssen, gemäß derer sie handeln, müssen in der Lage sein, aus dem Jetzt einer Situation zu extrapolieren; sie müssen sich vorstellen können, was die Interaktionspartner demnächst tun werden, welche Erwartungen die anderen vermutlich an sie haben und was passiert, wenn sie ihr Vorhaben, diesen Erwartungen nicht zu entsprechen, verwirklichen. Die Menschen reflektieren über das, was sie tun, wie sie in den Augen anderer erscheinen müssen und wie sie es schaffen können, sich besonders vorteilhaft zu präsentieren – wobei Irrtümer nicht ausgeschlossen sind. Politikerinnen und Politiker sind dauernd gefordert, die Erwartungen ihrer Wählerschaft zu antizipieren, die Genauigkeit, mit der sie diese Kalkulation³ durchführen, macht letztlich ihren Erfolg bei den Wählerinnen und Wählern aus.

³ In Teil III werde ich zeigen, wie wenig dieser Vorgang der Antizipation von „Stimmungen im Volk“ mit der traditionellen Vorstellung von einem rationalen Kalkül gemein hat.

Strategien des „Impression Management“ spielen – nicht nur zu Wahlkampfzeiten, aber da besonders – eine große Rolle in der politischen Arbeit. Verhandlungen erfordern geschickte Strategien, die letztlich nichts Anderes als kleine Täuschungsmanöver und Manipulationen der Wirklichkeit darstellen. Die Tatsache, dass Politik sich gegenüber den Bürgern rechtfertigen muss, führt zu zeremoniellen Inszenierungen der einzelnen Entscheidungsabläufe. Sitzungen gleichen so etwa einem Schauspiel.

Konstruktivismus

Oft mag der Eindruck der Verspieltheit entstehen, wenn Politik mit dem Begriffsinventar banaler Alltagssituationen oder des Theaters beschrieben wird. Dieser Nebeneffekt der oft erheiternden Befunde⁴ soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Interaktionisten das ehrgeizige Projekt verfolgen, in den kleinen scheinbar unwichtigen Details das Funktionieren des sozialen Lebens erkennen zu können.⁵

„We find that our little inhibitions are carefully tied into a network, that the waste products of our serious activities are worked into a pattern, and that this network and this pattern are made to carry important social functions. Surely this is a credit to the thoroughness with which our lives are pressed into the service of society.“ (Goffman 1966, 247)

Im Bereich der Politik begegnen wir vielen ritualisierten Handlungen, bei denen der eigentliche Sinn der Situation nicht aus einem naiven Verständnis des beobachteten Geschehens erschlossen werden kann. So läuft etwa im Zuge einer Wahlhandlung eine Reihe von Ritualen ab, die von den Beteiligten mit viel Geschick unauffällig und mit relativ wenig Feierlichkeit ausgeübt werden. Tatsächlich stellt die demokratische Wahl ein besonders ernsthaftes Unternehmen dar. Sie setzt die politische Grundlage des Gemeinwesens in Szene. Nahezu jede Handlung ist daher symbolisch beladen: das Ankreuzen des Kandidaten auf dem Stimmzettel, der Sichtschutz in der Wahlzelle (in gewisser Hinsicht entsteht allein dadurch schon Spannung, dass man letztlich in aller Öffentlichkeit etwas heimlich macht – nämlich Stimmzettelausfüllen), die für die Wahlkommission unzugänglichen Stimmzettel in der versiegelten Urne usw. Für den Bürger entsteht Spannung, wenn er plötzlich „so ein Theater“ machen muss. Durch Witzchen verringert sich der Realitätsbezug der Vorgänge und die Spannung kann sich lösen. So fragte etwa bei den U.S.-Kongress-Wahlen 1998 ein Wähler die Wahlkommission scherzhaft mit einem Blick auf seinen Hund, ob dieser auch wählen dürfe. Der Wahlleiter scherzte zurück „Well, if he can say his name it's alright with us, we let him vote.“ (Alle lachten.)

⁴ Auch im Witz besteht die Pointe oft aus einem Spiel mit Mehrdeutigkeiten. Für manche Kollegen und manche Kollegin scheint der Umstand, dass man über eine Analyse zuweilen lachen kann, allerdings die Wissenschaftlichkeit der Arbeit in Zweifel zu ziehen.

⁵ Was umgekehrt heißt, dass die Gesellschaft mit ihren Normen, Rollen und Strukturen letztlich nur von den Akteuren sozial konstruiert wird.

Da eine automatische Wählerevidenz wie in Europa in den USA nicht existiert, sind die Wahlbesitzer klassische „Gatekeepers“, die die heikle Aufgabe haben, zu entscheiden, ob jemand Wahlrecht zugestanden werden kann oder nicht. Häufig sind Wählerinnen und Wähler nach Wohnortwechseln nicht in der Liste erfasst, was sich erst im Wahllokal herausstellt, während etwa in Österreich die Wählerevidenzliste fristgerecht publik gemacht wird und Einspruch bei Nichterfassung erhoben werden kann.

Andere Wähler wiederum begegnen der Anforderung, in den sehr engen Wahlrahmen einzutauchen, mit besonderer Feierlichkeit und weisen etwa in Bemerkungen zur Wahlkommission darauf hin, wie hoch sie die Ausübung ihres Rechtes achten.⁶

Diese Handlungen des politischen Alltags tragen so viele Symbole in sich, die von Forschern genauso selbstverständlich hingenommen und ignoriert werden, wie von den Bürgern. Doch in der Analyse dieser kleinsten, scheinbar nebensächlichen Gesten tritt ihre Symbolhaftigkeit hervor, und es kann letztlich tatsächlich gezeigt werden, wie die Strukturen in der sozialen Welt entstehen.

Politisches Handeln des Individuums drückt seine Teilnahme an der Gesellschaft aus und es gehört zum sozialen Leben nicht nur aus offensichtlichen verfassungsrechtlichen Gründen, sondern auch, um das Gefühl der Beteiligung und des Dabeiseins zu vermitteln bzw. den Anspruch des Einzelnen zu befriedigen, mitmachen zu wollen.

Beim Erforschen verschiedener Organisationen – wie etwa Parteien oder politischer Bewegungen – kann so etwa die Frage untersucht werden, welche Vorstellungen der Angemessenheit einer Bindung des Individuums an die Organisation bestehen. Diese Bindungen definieren in gewisser Hinsicht das Individuum; seine Zugehörigkeit zu den sozialen Einheiten wird Teil seiner Identität. Es hat Verpflichtungen gegenüber Organisationen, an denen sich die Stärke der Bindung ablesen lässt. Insofern kann man eine soziale Zusammenkunft als kleine Gesellschaft verstehen und die Höflichkeiten im sozialen Verhalten als institutionalisierte Bindungen. So kann man von einer Interaktionsperspektive auf eine Perspektive wechseln, die sich ursprünglich von der Erforschung grundlegender sozialer Strukturen ableitet. (vgl. Goffman 1966, 244)

„More than to any family or club, more than to any class or sex, more than to any nation, the individual belongs to gatherings, and he had best show that he is a member in good standing.“ (Goffman 1966, 248)

Somit ist die konkrete Aktivität des Individuums im politischen Bereich signifikant für die Rolle, die dieses Individuum bzw. andere Individuen seiner sozialen Kate-

⁶ Ich beobachtete eine Wählerin in den USA, wie sie zur Wahlkommission sagte: „It's such a privilege!“ Häufig zu beobachten ist auch der Austausch von Dankesworten – der Wahlkommission an die Wähler und umgekehrt. Mit dieser Höflichkeit will man vermutlich zeigen, dass man die Ausübung des Wahlrechtes als ein besonderes Bürgerrecht betrachtet: die Kommission symbolisiert damit Respekt vor dem Wähler; der Wähler würdigt die Mühen der nur geringfügig bezahlten Wahlhelfer, ohne deren Selbstlosigkeit die reibungslose Durchführung der Wahl unmöglich wäre.

gorie in der gesamten Gesellschaft spielt. So spiegelt z.B. politische Partizipation in den U.S.A. – gemessen an der Wahlbeteiligung – Rassenunterschiede wider, die die unterprivilegierte Position von Schwarzen oder Latinos in der amerikanischen Gesellschaft verdeutlichen.⁷

Face to Face

Eine Eigenheit des Symbolischen Interaktionismus, die häufig als Schwachpunkt für die Analyse so genannter makrosoziologischer Fragestellungen betrachtet wird, ist die Konzentration der Beobachtung von direkter Interaktion. Tatsächlich scheint dies etwa die Untersuchung der Bindung eines Individuums an eine Organisation wie eine Partei auszuschließen. Doch das Verhältnis des Einzelnen zu abstrakten Entitäten manifestiert sich letztlich im konkreten Handeln des Menschen, sodass die konkrete Interaktion eines z.B. Parteimitglieds mit einem Mitarbeiter der Organisation über sein Verhältnis zur Organisation Aufschluss geben kann, denn ebenso wie bei anderen Alltagsrollen – wie etwa der des Polizisten – wird ein konkretes Individuum als Vertreter einer Institution behandelt. Häufig kommt es nur auf die Art der Datenerhebung und verständigen Analyse an, ob solche versteckten Details ans Licht gebracht werden können oder nicht.

Auch in dem bislang einzigen mir bekannten Versuch, das Programm einer symbolisch-interaktionistischen Analyse von Politik zu definieren, betrachtet Peter M. Hall (1972) selbst wieder nur das Handeln der politischen Eliten. Es ist zwar ungleich schwieriger, dem Zustandekommen der „öffentlichen Meinung“ auf die Spur zu kommen, doch fehlen in der politischen Soziologie insbesondere Erkenntnisse über das Verhalten der einzelnen Bürger.

Rahmen-Analyse

Die Rahmen-Analyse befasst sich nun genau damit, die Bedeutungen, die für das Symbolisch-Interaktionistische Verständnis des Handelns so wichtig sind, zu untersuchen. Situationen werden danach betrachtet, welche Sinnzusammenhänge oder Rahmen darin wirksam werden. Damit sollte es möglich sein, das für uns rätselhafte Handeln eines Individuums im richtigen Zusammenhang als vollkommen sinnvoll und stimmig zu erkennen.

Grundlegend für Goffmans Rahmen-Analyse ist die Feststellung, dass konkrete wirkliche Vorgänge, die für sich bereits sinnvoll sind – also eine Bedeutung haben – das Ausgangsmaterial für Transformationen bilden können. Transformieren von

⁷ In einer kalifornischen Kleinstadt war das Ritual des Grüßens Unbekannter, denen man auf dem Rad- und Spazierweg begegnet, zu beobachten. Dieses Ritual schloss allerdings ein Viertel der Bevölkerung aus, denn es beschränkte sich auf Weiße. In der scheinbar unbewussten Gewohnheit der Menschen spiegelte sich deutlich die Vorstellung der Weißen, wer als Person zur Gemeinschaft gezählt wird und wer ignoriert werden kann/soll.

Bedeutungen verringert den Wirklichkeitsbezug der Bedeutung der neu gerahmten Vorgänge. Die konkreten wirklichen Vorgänge befinden sich in einem „primären Rahmen“, womit der Sinnzusammenhang dieser Handlung und ihre Einbettung in die Wirklichkeit bezeichnet ist. Ein Beispiel für einen primären Rahmen wäre etwa „Krieg“: er macht aus bewaffneten Männern⁸ in einheitlicher Kleidung eine Armee, verleiht dem Schießen dieser Uniformierten, ihrem Bivakieren im unwegsamen Gelände, dem Bedienen von Explosionsmaterial einen Sinn.⁹ Dieser primäre Rahmen Krieg erklärt die einzelnen Handlungen als koordinierten Angriff eines Staates gegen einen anderen, um etwa Territorialansprüche zu entscheiden.

Die Transformation des Rahmens Krieg lässt sich am Beispiel eines Kriegsfilms oder der Berichterstattung in einer Zeitung illustrieren. Die einzelnen Handlungen werden unter der Annahme der Gültigkeit des primären Rahmens „Krieg“ weitererzählt oder abgebildet. Die dargestellten Handlungen sind aber eben weniger real als die wirklichen. Die Dramaturgie des Filmes, der Schall der Explosionen im Filmsetting mag zwar darauf abzielen, dass im Zuschauer der Eindruck der realen Lebensgefahr entsteht, doch für die Teilnehmer am transformierten Rahmen der Berichterstattung oder Verfilmung von Krieg besteht im Gegensatz zu den Teilnehmern am primären Rahmen Krieg keine reale Bedrohung.

Die Relevanz von Rahmen ergibt sich aus der Tatsache, dass sie kulturabhängige Interpretationsraster der Menschen für die Wahrnehmung der verschiedensten Vorgänge bieten. „[I]n unserer Gesellschaft wird allgemein die sehr bedeutsame Annahme gemacht, daß alle Ereignisse – ohne jede Ausnahme – in das herkömmliche Vorstellungssystem hineinpassen und mit seinen Mitteln bewältigt werden können. Man nimmt das Unerklärte hin, aber nicht das Unerklärliche.“ (Goffman 1993, 40)¹⁰

Jeder Beobachter oder Mitwirkende muss das Geschehen strukturieren und rahmen, um zu verstehen, was Ursache und Wirkung einer Handlung ist oder sein kann und vor allem um festzustellen, inwieweit er selbst davon betroffen sein könnte.

Meist wird die Tatsache, dass wir im Beobachten das eigene Bezugssystem (im Sinne von Rahmen) in die Umwelt hineinragen, nicht erkannt, weil die eigene Hypothese über die Art des Vorganges, den wir beobachten, von den nachfolgenden Beobachtungen bestätigt wird und damit in Vergessenheit gerät. Die Rahmen-Ana-

⁸ und in geringerem Ausmaß Frauen.

⁹ Wenngleich dieser Sinn von Pazifisten bestritten wird. Damit stellen sie die soziale Übereinkunft, dass das Schießen auf andere Menschen unter bestimmten Bedingungen legitim und sinnvoll sein kann, in Frage. Ein Soldat des österreichischen Heeres, der freiwillig über den verpflichtenden Milizdienst hinaus beim Heer blieb, beschrieb mir den Sinneswandel, der schließlich zu seinem Ausscheiden aus der Armee führte, mit den Worten: „Irgendwann habe ich dann gesehen, dass das auch nur eine Art Indianerspielen ist.“ Er drückte damit aus, dass er den Rahmen „militärisches Training für den Ernstfall“ nicht mehr teilen konnte, und ihm die Vorgänge stattdessen lächerlich wie Kinderspiele vorkamen, an denen er sich nicht mehr beteiligen mochte.

¹⁰ In der Regel genügt es uns, eine Hypothese über den Sinn rätselhafter Vorgänge zu haben; wir bestehen nicht auf eine Prüfung der Gültigkeit dieser Hypothese. Die Popularität der Astrologie beruht genau darauf, dass sie Aussagen über das unerklärliche Zusammentreffen von Ereignissen macht, die nicht überprüft werden müssen.

lyse fördert diese verschütteten Annahmen über das Wesen und die Art der Vorgänge, also die uns selbstverständlichen Bedeutungen eines Geschehens, zu Tage. Dabei gilt es zu beachten, dass im Augenblick einer Tätigkeit meist mehrere Rahmen angewendet werden.

Modulationen und Täuschungen

Handeln, das sich innerhalb des sozialen oder des natürlichen Rahmen befindet, kann transformiert oder moduliert¹¹ werden. Modulationen geben den Handlungen eine neue Bedeutung, was die Beteiligten wissen. Wenn nicht alle Beteiligten davon Kenntnis haben, dass die Vorgänge Transformationen des wirklichen Handelns sind, liegen Täuschungsmanöver vor. Bei einem Witz wissen Erzähler und Zuhörer, dass die erzählte Handlung fiktiv ist, es handelt sich also um eine Modulation. Bei einem Streich herrscht Wissensasymmetrie zwischen dem Gefoppten und den Foppenden, womit der Tatbestand einer wohlwollenden Täuschung gegeben ist.

Wechselseitiges Wissen über die gültigen Spielregeln in einer Kommunikationssituation ist als alltägliches Phänomen auch Gegenstand sprachphilosophischer Überlegungen (Zilian 1996, 1465). Denn die Bedeutung des Gesagten ist auch davon geprägt, dass der Sprecher weiss, dass sein Zuhörer weiss, was der korrekte Rahmen ist, innerhalb dessen das Gesagte zu verstehen ist.

Zeitliche und räumliche Klammern begrenzen deutlich den Wirkungsbereich der Modulation. Schließlich bestimmt die Art der Modulation stärker den Eindruck, den die Beteiligten davon haben, was sie tun, als die Handlung selbst. So ist etwa ein auf der Bühne gespielter Mord eine Modulation und damit einer auf der Bühne gespielten Kartenpartie aus der Sicht der Schauspieler und Zuseher viel ähnlicher als der wirkliche Mord der wirklichen Kartenpartie. Der Modulationsrahmen gibt dem Betrachter oder dem Beteiligten Hinweise dafür, was vor sich geht und vor allem, wie sehr das den Betrachter betrifft.

Nehmen wir Wahlen und Abstimmungen in einer Demokratie als eine Form, den Willen „des Volkes“ zu erheben, und Meinungsumfragen als eine andere Möglichkeit. Beide Vorgänge bieten Modulationsrahmen für das Artikulieren einer Meinung, doch sie sind in ihrer Bedeutung verschieden; eine Umfrage ist z.B. nur eine Stichprobe, eine Wahl versucht eine Totalerhebung, und eine Wahl hat generell ein höheres Maß an Verbindlichkeit als eine Umfrage. Nehmen wir nun an, ein Akteur wird im Rahmen einer Meinungsumfrage einmal um seine Parteipräferenz für die Europawahlen gefragt, und ein anderes Mal nach seiner Meinung zur Errichtung eines Kulturbaues. Nehmen wir weiters an, demselben Akteur wird die Entscheidung

über den Kulturbau in einer Volksabstimmung zur Entscheidung vorgelegt und er geht zur Wahl des Europäischen Parlaments. Nun ist für ihn und andere die Europawahl und die Volksabstimmung ähnlicher als die Europawahl und die Meinungsumfrage zur Europawahl. Obwohl also der *Inhalt* der Modulation Wahl oder Meinungsumfrage derselbe ist – nämlich die Parteipräferenz bei der Europawahl – bestimmt die Verschiedenheit der Modulationsformen die Interpretation der Vorgänge.¹² Für das Agieren von Parteien ist relevant, dass ähnliche Modulationen unterschiedliche Handlungen oder Aussagen als ähnlich wahrnehmbar machen. Je mehr z.B. in der Modulation der Plakat-Ankündigung politischer Programme die Inhalte hinter die Form zurücktreten, bzw. auch je weniger Wissen dem Betrachter für die korrekte Interpretation der Inhalte zur Verfügung steht, desto verwechselbarer werden ihm die Parteien, die sich in diesen Modulationen mitzuteilen versuchen. Die Tatsache, dass eine Transformation des Handelns vorliegt, wird durch einen „Tonartwechsel“ angezeigt: „Darunter verstehe ich das System von Konventionen, durch das eine bestimmte Tätigkeit, die bereits im Rahmen eines primären Rahmens sinnvoll ist, in etwas transformiert wird, das dieser Tätigkeit nachgebildet ist, von den Beteiligten aber als etwas ganz anderes gesehen wird.“ (Goffman 1993, 55)

Goffman betont immer wieder, dass die verschiedenen Modulationen die Beteiligten oder Betrachter „fesseln“ können, also dazu verleiten, so zu handeln, als wäre die Transformation wirklicher als sie dem Wesen nach sein kann. Besser gesagt, ist es nicht die Eigenschaft der Transformation, die Beteiligten oder Beobachtenden gefangen zu nehmen, sondern die Fähigkeit und Bereitschaft der Handelnden, sich fesseln zu lassen. Als Beispiel für eine Transformation, die den Betrachter fesselt, sei ein spannender Film – bei dem man mitzittert – oder eine Oper, die das Publikum zu Tränen rührt, genannt. Die Tränen sind wirklich, die Opernhandlung nur eine aufgeführte Geschichte.

Im Unterschied zu Modulationen liegt ein Täuschungsmanöver nur vor, wenn ein Teil der Beteiligten nicht weiß, welche Bedeutung die Situation hat, bzw. welche Art des Rahmens vorliegt. Nur die Eingeweihten (die Täuscher) kennen die eigentliche Sicht der Dinge, die Opfer halten das ihnen Gebotene für echt, bis das Täuschungsmanöver aufgedeckt wird.

Daraus folgt, dass Täuschungsmanöver anfällig sind für Zerstörungen des Rahmens und dass ihre Zerstörung irreversibel ist. Wenn der Täuscher entlarvt ist, kann das Opfer nicht noch einmal wirklich unwissend sein.

Während bei Modulationen erwünscht ist, dass wirkliche Handlung und Modulation sich ähneln aber unterscheidbar sind (etwa bei ironischen Aussagen, der Parodie oder der Satire), müssen Täuschungen den Anschein der Authentizität erwecken. Eine verunglückte Satire ist eine, bei der das Publikum nicht erkennt, dass eine Modulation

¹¹ Goffman verwendet für den Vorgang der Transformation die Ausdrücke „modulation“ und „keys“ (die die Transformation anzeigen), womit eine Anlehnung der Metapher an die Musik gegeben ist. Der Übersetzer geht mit dem Begriff des Moduls – gemeint ist der *Módul*, nicht das *Modúl* – (für „key“) von dieser Metapher ab, was eher zur Verwirrung beiträgt. Daher möchte ich unabhängig von der vorliegenden Übersetzung von „key“ als „Tonart“ sprechen. Schließlich bezeichnet in der Musik die Modulation einer Melodie den Wechsel der Melodie in eine andere Tonart, etwa von Dur nach moll oder von C-Dur nach G-Dur.

¹² Und offenbar bestimmt die Interpretation der Vorgänge innerhalb eines der beiden Modulationsrahmen auch das Verhalten, denn bei der Umfrage entscheidet sich der Akteur vielleicht für eine andere Partei als bei der Wahl, weil das Kriterium für die Entscheidung eben ein anderes ist. Eine Folge dieser unterschiedlichen Interpretation der Angabe der Parteipräferenz in einer Umfrage und in einer Wahl ist die Lücke, die oft zwischen den Umfragedaten und den Wahlergebnissen klappt.

der Realität vorliegt, also die Aussagen nicht „ernst gemeint“ sind. Eine verunglückte Täuschung, eine, bei der nie ein Zweifel darüber besteht, dass sie nicht wahr ist. Wie stark ein Individuum sich von einer Modulation fesseln lässt, und damit wie weit es sich von der Realität entfernen will, ist Entscheidung des Individuums. Wie sehr ein Getäuschter in den falschen Rahmen involviert ist, wie sehr er ihn für wahr hält, hängt von der Absicht und dem Geschick des Täuschers ab. Das Erkennen des Rahmens eines Geschehens ist wesentlich für den Handelnden, da ein unbemerkter Irrtum oder eine Täuschung falsches (im Sinne von den wirklichen Anforderungen nicht entsprechendes) Handeln nach sich zieht. So kann Schaden für den Einzelnen daraus entstehen, dass er etwas für wahr gehalten hat, das es letztlich nicht ist – z.B. bei Falschgeld. Ein sinnvolles Kriterium zur Unterscheidung von Täuschungen besteht im Schaden, den das Opfer durch die Täuschung erleidet.

Durch das gemeinsame Deuten einer Situation entstehen Bindungen zwischen den Individuen, die den Rahmen teilen. Diese Bindungen zerbrechen, wenn sich im Laufe der Aufdeckung eines Täuschungsmanövers herausstellt, dass offenbar nicht eine gemeinsame Deutung der Situation vorlag, sondern der Getäuschte nur glaubte, dass er einen Rahmen – eine Deutung – mit dem Täuscher teilte. Diese Auffassung von Bindungen als geteilte Situationsdeutungen macht den Wert einer Symbolisch-Interaktionistischen Analyse von Politik deutlich. Der Parteiaustritt eines Patronageklienten bei der Pensionierung ist dann der Zeitpunkt, zu dem der Klient sich gefahrlos aus dem Täuschungsmanöver der Parteimitgliedschaft zurückziehen kann. Die Bindung, von der die Partei (bzw. ihre Mitarbeiter) angenommen hatte, dass sie auf einer gemeinsamen politisch-ideologischen Deutung der Welt beruht, zerbricht durch das Bekenntnis des Austretenden „Ich habe eh lange genug dabei sein müssen.“¹³ Er legt damit offen, dass er immer eine andere Auffassung, eine andere Deutung seines Verhaltens hatte als die Partei. Frei assoziierend¹⁴ könnte man eine solcherart gelöste Bindung mit einer Ehe vergleichen, die von einem der Partner mit den Worten „ich habe dich nie geliebt“ beendet wird. Täuschungen können wohlwollend sein, wie das scherzhafte „Aufziehen“ einer Person, das in der alltäglichen Kommunikation sehr häufig auftritt. Der Schaden für das Opfer ist minimal, wenngleich nicht unbedeutend. Bekommt es doch so vorgeführt, wie wenig es in der Lage ist, die Interaktionen in Begegnungen selbst zu kontrollieren, weil ihm z.B. das entsprechende Wissen fehlt.¹⁵

¹³ Diese Aussage wurde in der erwähnten Studie zu Parteiaustritten aus der SPÖ erhoben (siehe Anhang 2). Und auch ein SPÖ-Funktionär beschrieb die ihm bekannten Parteimitglieder, die mit der Pensionierung austreten, als erleichtert.

¹⁴ Everett Hughes spricht von „free sweeping comparisons“, in denen der Forscher das Wissen aus einer spezifischen sozialen Situation abstrahiert und ohne auf soziale Konventionen zu achten, auf ganz andere Bereiche des sozialen Lebens anwendet (Hughes 1994, 168; Raith 1999).

¹⁵ Oft werden Aprilscherze mit Neulingen in einer Organisation gemacht, was einerseits mit dem vermeintlichen Lerneffekt für die Opfer verbrämt werden kann. Ich vermute allerdings, dass diese Streiche auch Hinweise auf die Machtverhältnisse in einer Organisation geben sollen; schließlich verweist der Streich, der das Opfer jeglicher Kontrolle über die Situation beraubt, den Neuling auf den untergeordneten Platz in der Organisation. Zudem erlaubt die Rahmung als Scherz die ungehemmte (Schaden-)Freude der Täter und verpflichtet gleichzeitig das Opfer, kein Spielverderber zu sein und gute Miene zum bösen Spiel zu machen.

Anders die strategische Täuschung: Politik oder politisches Handeln ohne Strategie ist schließlich schlecht vorstellbar und zur Entschlüsselung von Informationen, die etwa über die Medien vermittelt werden, ist es ein wichtiges Kriterium, ob man sich für einen Eingeweihten in die politische Strategie hält. Gerade in Personaldebatten spielt es für Eingeweihte eine erhebliche Rolle, welche Namen lanciert werden. Wird die in der politischen Berichterstattung veröffentlichte Kritik an einem Funktionär damit verknüpft, dass ein anderer eine wünschenswerte Alternative darstelle, so kann der Eingeweihte, der die genannten Personen kennt und sie zu bestimmten Lagern einer Partei zuordnet, daraus auf die Urheber der Kritik schließen. Oft bekennt der lancierte alternative Kandidat für die Funktion erst viel später sein Interesse an der Position des öffentlich Kritisierten.¹⁶

Die offiziellen Gründe für Rücktritte sind häufig strategische Täuschungen. So gilt es als ungeschriebenes Gesetz unter Politikern, dass ein Rücktritt „aus gesundheitlichen Gründen“ eigentlich ein unfreiwilliges Abdanken des Betroffenen maskiert, weshalb man im Falle des Vorliegens tatsächlicher gesundheitlicher Rücktrittsgründe bemüht ist, durch die Angabe weiterer Informationen die Glaubhaftigkeit der Entschuldigung zu untermauern.

Wenn ein Funktionär bei Antritt einer neuen Position die Arbeit seines Vorgängers besonders würdigt und für ihn ausführliche Worte des Dankes findet, werden Beobachter, die hinter die Kulisse des üblichen höflichen Umganges blicken können, darin die Verbundenheit des Nachfolgers mit seinem Vorgänger in einer Seilschaft sehen.¹⁷ Deutlicher könnte man kaum zeigen, wie sehr eine simple, unverdächtige Interaktion Ausdruck konkreter sozialer Strukturen einer Organisation – hier Seilschaften, Allianzen und Antagonismen – sein kann.

Die paternalistische Täuschung wird häufig und recht selbstverständlich in der Politik angewandt, um etwa Bürger nicht zu „beunruhigen“. Informationen werden den Betroffenen vorenthalten, ohne dass dadurch ein Schaden entsteht. Im Militär- und Sicherheitsbereich sowie in Gesundheitsangelegenheiten scheinen die paternalistischen Täuschungen besonders häufig. Auch bei Industrieunfällen (einschließlich Störfällen in Atomkraftwerken) wird über die Nachrichtensendungen die stereotype Information lanciert, dass „zu keiner Zeit eine Gefährdung der Bevölkerung bestanden hat“, offenbar in der Absicht, die Menschen zu beruhigen.

Die Aufdeckung paternalistischer Täuschungen ist dazu geeignet, das Vertrauen in die täuschenden Politiker nachhaltig zu unterminieren, d.h. also eine Bindung zu

¹⁶ Der SPÖ-Vorsitzende und Bürgermeister von Graz etwa wurde erstmals 1996, nach dem schlechten Abschneiden der SPÖ bei der Europawahl, öffentlich kritisiert; die Urheber der Kritik wurden diffus der Steirischen Landespartei zugeordnet. Nach weiteren innerparteilichen Angriffswellen exponierte sich schließlich erst im Herbst 1999 der ehemalige Sekretär des Bürgermeisters und nunmehrige steirische Landesrat Dörflinger mit seiner Kandidatur für die Nachfolge.

¹⁷ In einem Gremium einer SPÖ-Jugendorganisation wurde eifersüchtig auf ein Kräftegleichgewicht zwischen verschiedenen Lagern geachtet; als es dann zur Neubesetzung der (bezahlten) Position des Sekretärs kam, stellte der die Entscheidung fällende Vorstand den Bewerbern die Frage, wer ihr politischer Mentor sei. Die harmlos scheinende Frage stellte sich für einzelne Bewerber als „Killerargument“ heraus, enthüllten sie doch in ihrer Antwort die Allianzen zwischen sich und Funktionären, die eine Bedrohung des Machtgleichgewichtes darstellen konnten.

diesen Politikern zu zerstören. Sehr häufig geht mit der Entdeckung von Täuschungen von politischen Verantwortungsträgern ein Identitätswandel bei den Opfern einher, der sich als Ergebnis einer Art „Erleuchtung“ erklären lässt. Mit Zerstörung des alten falschen und schädigenden Rahmens der Täuschung wird Kontrolle zurückgewonnen und das getäuschte Subjekt emanzipiert sich. Doch gerade in modernen Gesellschaften muss die Vorstellung der gänzlichen Emanzipation von jeder Art von Täuschern eine Illusion bleiben. Konsumenten, die möglichst naturnahe Lebensmittel kaufen wollen, stehen etwa vor dem Problem zum einen nicht über die nötigen Informationen zur Beurteilung der angebotenen Nahrungsmittel und zum anderen nicht über das Fachwissen zur korrekten Interpretation relevanter Angaben zu verfügen. Oft ist es nicht einmal den formell verantwortlichen Politikern möglich, Kontrolle über große Konzerne und deren hochspezialisierte Experten auszuüben. Das gilt insbesondere für die Gentechnik. Die Opfer der allgegenwärtigen Täuschungen beschleicht so das Gefühl der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins. Rahmenanalytisch lässt sich diese Entfremdung gut erklären als die Folge zerstörter Bindungen, die nach Aufdeckung der Täuschungen nicht mehr aufrechterhalten werden konnten.

Ähnliches gilt für die Unterstellung der Täuschungsabsicht bei antagonistischen Bindungen: Wenn etwa die Gewerkschaft mit den Unternehmern über Arbeitszeitflexibilisierung verhandelt, erkennt sie auch die Absicht der Unternehmer, Kosten (etwa Überstundenzuschläge) zu sparen. Sie begegnet der Aussage der Unternehmer, durch Flexibilisierung Arbeitsplätze schaffen zu wollen, mit Skepsis und unterstellt dem Verhandlungspartner weniger lautere Absichten. Das notwendige Vertrauen für Verhandlungen und Kompromisse lässt sich so nur schwer aufbauen. Politische Bindungen, die auf enger Zusammenarbeit beruhen, sind besonders anfällig für die Störung durch aufgedeckte Täuschungen. Politische Koalitionen etwa leiden deutlich unter der „Untreue“ eines der Koalitionspartner, die in Karikaturen nicht zufällig als Ehen dargestellt werden.

Die Patron-Klient-Beziehung basiert auf einem Tauschhandel (politische Loyalität im Gegenzug für Patronage) und ist somit lukrativ für Täuscher. Vor allem weil der Klient gegenüber dem Patron insofern im Vorteil ist, als er für bezogene Patronage erst nach und nach mit Loyalität „bezahlen“ muss und daher den Patron um die Tilgung der Schuld für die Patronage betrügen kann.

Als indirektes Täuschungsmanöver ist die Verbreitung falscher Behauptungen, die Diffamierung, die Intrige zu verstehen. Kurz, Vorgänge und Handlungen werden von einem nicht direkt Beteiligten so umgedeutet und Beweise so manipuliert, dass der Eindruck entsteht, ein Handelnder wollte dem Opfer der Intrige schaden. Tatsächlich ist der Außenstehende der Täuscher und beide Interaktionspartner sind die Geschädigten, da sie vom Täuscher solcherart manipuliert werden, dass die zwischen ihnen bestehende Bindung leidet.

Hinzu kommt die Intrige, die darin besteht, Informationen an Personen weiterzugeben, die diesen etwa im Rahmen eines paternalistischen Täuschungsmanövers vorenthalten wurden oder dem Opfer dramatisch die bösen Absichten seiner Inter-

aktionspartner (je enger mit dem Opfer verbunden desto wirkungsvoller!) zu schildern.

Die indirekten Formen des Täuschungsmanövers sind in der Politik häufig anzutreffen – wenn auch nicht so häufig, wie von vielen unterstellt wird.¹⁸ Für sie gilt: „... es kommt nicht darauf an, daß dem Opfer eine diskreditierende Handlung nachgewiesen wird, sondern nur, daß die Manipulatoren dafür sorgen können, daß von der diskreditierenden Behauptung etwas hängenbleibt.“ (Goffman 1993, 125)

Folgen der Täuschung

Täuschungsmanöver sind Ausdruck der Asymmetrie des Wissens über den adäquaten Rahmen einer Situation, sie schließen den Getäuschten vom gemeinsamen Deuten einer Situation aus. Damit gefährden sie die Bindung zwischen dem Täuscher und seinem Opfer, und wenn die Täuschung enthüllt wird, zerbricht die Bindung. Eine andere Folge der Täuschung auf Seiten des Täuschenden besteht darin, dass fälschlicherweise von einer erfolgreichen Manipulation anderer in einem Täuschungsmanöver extrapoliert wird und sich ein nicht aufgedeckter Täuscher für sehr schlau hält. Niemand ist anfälliger, selbst Opfer einer Täuschung zu werden, als jemand, der sich für unbesiegbar hält und sich selbst gegenüber unkritisch ist. So können dann mehrstufige Täuschungsmanöver entstehen; die vermeintlichen Opfer werden selbst zu Täuschern und Manipulatoren, wobei auch diese Tatsache dem ursprünglichen Täuscher bekannt sein kann, was wiederum die ursprünglichen Opfer auf einer höheren Ebene zu Opfern macht usw. „Zwar besteht die theoretische Möglichkeit, solche Verschränkungen auf beliebig hoher Stufe zu beschreiben, doch können wir dann nicht mehr angeben, welche psychologischen und soziologischen Unterschiede etwa zwischen Stufe 15 und Stufe 17 bestehen sollen.“ (Zilian 1996, 1465).

Eine Episode aus dem 1999 stattfindenden Kosovokrieg, in dem die NATO die Bundesrepublik Jugoslawien bombadierte, illustriert die Absurdität mehrschichtiger Täuschungsmanöver: Die NATO bzw. das Pentagon berichtete während des Bombardements täglich von der erfolgreichen Zerstörung diverser militärischer Geräte der jugoslawischen Bundesarmee. Als infolge des Einlenkens der jugoslawischen Führung das Bombardement beendet wurde, informierte Jugoslawien die internationale Presse, dass viele der von der NATO als Treffer gezählten Ziele eigentlich militärische Attrappen waren. Militärexperten führten der internationalen Öffentlichkeit die Kuriositäten von aufblasbaren Panzern und Geschützen aus Pappe vor. Doch das Pentagon konterte bei seiner nachträglichen Evaluation des Bombardements damit, dass die U.S.-Luftwaffe in vollem Wissen, dass es sich um Attrappen handelte, diese beschossen hätte. Dies sollte verhindern, dass sich Heckenschützen in den Attrappen verschanzten.

¹⁸ etwa durch Sprüche wie „Wer in der Politik einen Freund sucht, soll sich einen Hund halten.“ (Robert Graf, ehemaliger ÖVP-Politiker und Wirtschaftsminister, gestorben 1996)

Eine in alltäglicher Interaktion häufig anzutreffende Konstellation ist die wohlwollende Täuschung des Täuschers durch seine vermeintlichen Opfer: Person X hält sich für sehr schlau und meint, ihrer Umwelt etwas vormachen zu können (sie veruscht etwa eine sexuelle Affäre oder ihre sexuelle Orientierung; „schneidet auf“, erfindet also eine vorteilhaftere eigene Biografie etc.). Die vermeintlich Getäuschten wissen die Anzeichen richtig zu deuten und erkennen den Versuch des Täuschers, sie hinter das Licht zu führen. Da sie allerdings einen Gesichtsverlust des Täuschers vermeiden wollen, der sich zwangsläufig aus der Aufdeckung der Täuschung ergeben würde, tun sie so als ob sie dem Täuscher Glauben schenken. Sie verhalten sich seiner Erwartung gemäß wie Opfer einer Täuschung und opfern großzügig ihr Ansehen in den Augen des Täuschers für die Aufrechterhaltung einer Bindung zu ihm. Oft wird eine solche Entscheidung damit begründet, dass man in einer Abwägung der Kosten (Reibungsverlust in der Interaktion) und des Nutzens (Etablierung der Wahrheit) zum Schluss kommt, um des „lieben Friedens willen“ nichts zu sagen, was den vom Täuscher etablierten Rahmen zerstören könnte.

Diese taktvolle Duldung von durchschauten Interaktionspartnern mit Täuschungsabsicht ist eine zentrale Umgangsform in internationaler Diplomatie.

Eine erfolgreiche Täuschung kann jedoch auch zu Schuldgefühlen im Täuschenden führen: wenn Personen, zu denen ein enges Vertrauensverhältnis besteht (Freunde, Lebenspartner, enge Verwandte etc.) erfolgreich getäuscht werden, kann eine derartige Asymmetrie in der Bindung entstehen, dass der Täuschende es vorzieht, „reinen Tisch“ zu machen und eine Bindung ganz neu wiederherzustellen. Denn schließlich hat der Täuschende das Gefühl der Macht über seine Opfer, sie verlieren durch seine Manipulationen auch tatsächlich die Kontrolle über die Interaktion mit dem Täuschenden. Nicht selten werden gefürchtete Sanktionen im Falle des Bekennnisses den von Gewissensbissen gepeinigten Täuschenden in ein Dilemma stürzen, aus dem er Zuflucht im religiösen, psychologischen oder moralischen Rat sucht. Dieser empfiehlt dann entweder bedingungslose Ehrlichkeit und Offenheit (mit dem Bonus der ritualisierten Gewissenserleichterung in Form der Beichte oder der psychotherapeutischen Sitzung), oder pragmatisches Verschweigen der Täuschung und heimliche Rückkehr zu ehrlichen Verhältnissen. Im ersten Fall wird der Interaktionszusammenhang empfindlich gestört – vielleicht kommt es sogar zum ultimativen Bruch zwischen Menschen – und die Zerrüttung der Bindungen wird nach außen getragen. Im zweiten Fall hat der *Täuschende* die Last zu tragen, seine Bindungen zu seinen Interaktionspartnern wieder in Ordnung zu bringen.¹⁹

Je stärker sich ein Individuum gegenüber der Partei als Bindungspartner persönlich verpflichtet fühlt, je mehr Kathexis also in die Bindung investiert wird, desto eher können Schuldgefühle auch in einer politischen Bindung eine Rolle spielen. Hieran

¹⁹ Wenngleich der Stehsatz der Priester und Moralisten, dass jede Täuschung immer aufgedeckt wird, nicht gelten kann, stimmt doch, dass die Last der Schuld für die Zerrüttung von Verhältnissen beim Verursacher also dem Täuschenden bleibt. Sofern der Täuschende empfänglich ist für dieses Schuldbewusstsein – weil er etwa eine enge (kathetische) Bindung zu den Opfern unterhält – folgt die Strafe für den Verstoß gegen die Norm der Ehrlichkeit tatsächlich auf dem Fuß. Er wird von Gewissensbissen geplagt.

zeigt sich, dass die wirksamste Form sozialer Kontrolle im Individuum angelegt ist: in dem dieses die Perspektive der getäuschten Interaktionspartner einnimmt, beginnt es sich selbst moralisch zu beurteilen und dementsprechend zu handeln.

„So Tun als ob“, Zeremonien, Rituale

Im „So Tun als ob“ transformieren alle Beteiligten einer Situation den Rahmen von real und wirklichkeitsnahe auf fiktiv, verspielt, unterhaltsam, ironisch usw. Alle Beteiligten wissen über die Bedeutung der Situation und dass die gemachten „unernsten“ Aussagen keine praktischen Folgen haben werden,²⁰ es handelt sich also um eine Modulation und nicht um eine Täuschung. Theater, literarische Fiktion, Tagträumen, Scherze und Streiche basieren auf „so Tun als ob“.

Es ist schwer zu sagen, warum sich Menschen dem „so Tun als ob“ hingeben; zur Unterhaltung und zum Zeitvertreib (Goffman 1993, 60) ist zwar nahe liegend aber nicht wirklich sehr erhellend. Mit Sicherheit schaffen gemeinsame „so Tun als ob“ Aktivitäten (wie Scherze) einen Zusammenhalt unter den Beteiligten, der auf dem gemeinsam hergestellten Vergnügen beruht. Sich von einer dramaturgischen Handlung als Leser oder Betrachter fesseln zu lassen – also so zu tun als ob man selbst dabei wäre – ist andererseits meist ein einsames Vergnügen, das gerade deshalb als Fluchtweg aus unangenehmer oder langweiliger Gesellschaft geschätzt wird.

Alltägliche Rituale²¹ und vielmehr noch Zeremonien sind mehr oder weniger formalisierte und konventionelle Formen der Modulation: in Zeremonien existiert meist ein klares Protokoll, das vorschreibt, welche Handlungen der sich selbst in einer bestimmten sozialen Rolle darstellende Akteur auszuführen hat und was sie bedeuten – der Ringwechsel in einer Trauung etwa hat eine sozial fixierte klare Bedeutung, die die innere Einstellung des Akteurs widerspiegeln soll. Alltägliche Rituale der Höflichkeit wiederum sind den meisten Handelnden so gängig, dass sie sich kaum noch bewusst sind, inwieweit damit soziale Beziehungen gestaltet wer-

²⁰ Viele metaphorische Redewendungen sind quasi transformiert in ihrer Bedeutung, so bezeichnet z.B. Lampen- oder Reisefieber bildhaft die nervöse Aufregung, nicht jedoch eine wirkliche signifikante Erhöhung der Körpertemperatur.

²¹ Etwa das Höflichkeitsritual der bescheidenen Ablehnung als Antwort auf Großzügigkeit: zwei Freunde gehen miteinander essen und einer der beiden bietet an, die gesamte Zeche zu bezahlen. In der Regel wird ein Scheinkampf aufgeführt, wo der Eingeladene das Angebot mit scheinbarer Entrüstung zurückweist und selbst mit einem Angebot kontert, bis sich dann auf irgendeiner Stufe eine Vereinbarung finden lässt. Wie bedeutsam diese kleinen Höflichkeitsrituale für die Bindung zwischen den beiden Freunden ist, zeigt sich, wenn etwa die Erwartung des zuerst Einladenden, der eigentlich damit rechnet, dass der Eingeladene das Geschenk ablehnen wird, nicht erfüllt wird. Das eben noch scheinbar bereitwillig gegebene Geschenk lässt im Gebenden das Gefühl, ausgebeutet zu werden, entstehen. Wichtig für die Klarheit dieser rituellen Situation ist, dass beide Beteiligten im Prinzip eine ähnliche Vorstellung von angemessenem Verhalten innerhalb des Rahmens haben, sie tun dann zwar so als ob es nicht eine Frage der Höflichkeit wäre, zuerst abzulehnen, sondern Ausdruck der authentischen Wünsche der Beteiligten, aber letztlich besteht kein Zweifel über den Hintergrund der „Meinungsverschiedenheit“. Je sorgfältiger dieses „So Tun als ob“ in Szene gesetzt wird, desto mehr Gelegenheit bietet es, den eigenen moralischen Charakter zur Schau zu stellen. Denn letztlich ist die Höflichkeit ein Weg, dem anderen und sich klar zu machen, wie gut er zogen man ist, was für ein bescheidener und großzügiger Mensch man ist und wie sehr einen Geschenke des anderen beschämen bzw. wie sehr man sich dem anderen verpflichtet fühlt.

den. Wer im alltäglichen Handeln Konventionen berücksichtigt, denkt nicht daran, wie sehr dies die soziale Ordnung aufrechterhält (Goffman 1994, 54–123).²² Wem gegenüber welche ritualisierten Alltagshöflichkeiten vorgeführt werden, sagt einiges über das bestehende Bindungsnetzwerk zwischen den Handelnden aus. So benutzte einmal ein Grazer SPÖ-Gemeinderat im Ritual der öffentlichen Anfrage an den Bürgermeister (das in der Geschäftsordnung des Gemeinderates genau geregelt ist) die formelle Anrede „Sie“, wonach ihn sein Parteifreund der Bürgermeister scherzhaft rüffelte: „Wir sind aber schon noch per du, oder?!“ Die formelle höfliche Anrede suggerierte für den Angesprochenen ein viel zu distanzierendes Verhältnis, als dass er sie unwiderrufen hätte stehen lassen wollen. Da riskierte er schon lieber den Rahmenbruch, indem er klar stellte, dass ein Naheverhältnis zwischen *diesem bestimmten* Gemeinderat und ihm bestand.

Bei Höflichkeitsritualen tun die Beteiligten so, als ginge es gar nicht um ihre Beziehung zueinander sondern lediglich um die Sicherstellung guten Benehmens. Dieses ritualisierte Handeln ist dann sozusagen verwandt mit dem „So Tun als ob“, obwohl es charakteristischerweise um das Bemühen um Höflichkeitsnormen kreist und nicht um den Unterhaltungswert oder die Qualität der Inszenierung. In der politischen Praxis findet sich eine Form des „So Tun als ob“ in der Inszenierung politischer Debatten in Arenen mit Zusehern (Bailey 1983): alle Beteiligten tun so, als ob hier die Entscheidungen fielen, doch letztlich haben Verhandlungen im Vorlauf der Debatte sowie Absprachen in Fraktionen bereits das Ergebnis der Debatte fixiert. Für die Zuseher und die journalistischen Vertreter des Publikums kann diese Aufführung eine Täuschung darstellen, wenn sie meinen, die Diskussion in der Arena sei quasi „authentisch“. Manche Politiker verstoßen auch gegen die Komplizenschaft in der öffentlichen politischen Debatte, indem sie ihre Kollegen des Mäuschelns im Hinterzimmer bezichtigen. Der Rahmen des „So Tun als ob“ wird dadurch natürlich empfindlich gestört und dementsprechend verärgert sind die anderen „Schauspieler“; der Verstoß ist etwa damit vergleichbar, dass ein Darsteller in einer Theateraufführung sich plötzlich mit einer Bemerkung über die Proben zur Aufführung (oder die Direktiven des Regisseurs) ans Publikum wendet. Die fiktive Handlung wird abrupt in die Realität zurückgeholt, die Zuseher stürzen aus ihren Luftschlössern und landen unsanft in der Wirklichkeit der geprobt Theaterstücke und abgesprochenen Debatten und Abstimmungen. Tatsächlich sprechen Angehörige von Fraktionen nie in öffentlichen Sitzungen über ihre innerfraktionelle

Vorbereitung der Debatte. Klubzwang, oder wie es feiner heißt, Klubdisziplin verpflichtet auch zum Verschweigen der Vorgänge, die innerfraktionelle Konformität herstellen.²³

Das Vorliegen einer Modulation im Sinne des „so Tun als ob“ kann auch einen Widerspruch im Wählerverhalten erklären, der die österreichischen Meinungsforscher im Herbst 1995 beschäftigte: Im Zuge der verschiedenen Wahlkampfauftritte des FPÖ-Führers Jörg Haider erzählte dieser immer wieder „wahre“ Geschichten, die seine Kritik an den Sozialversicherungen und Kammern und seinen ausländerfeindlichen Standpunkt untermauern sollten. Zum Teil wurde im Rahmen von Gerichtsverfahren bestätigt, dass die in diesen Geschichten diffamierten Personen völlig zu unrecht in ein schlechtes Licht gerückt wurden, dass also die Behauptungen erlogen waren. Dessen ungeachtet verwendete Haider im Nationalratswahlkampf 1995 den Slogan „Er hat Euch nicht belogen“, um seine Glaubwürdigkeit zu unterstreichen.²⁴ Neben diesem bemerkenswerten Widerspruch – zu lügen und sich gleichzeitig als Nicht-Lügner zu plakatieren – ergibt sich ein noch viel interessanterer weil größerer:

„Die überwältigende Mehrheit der Österreicher glaubt nicht an den Slogan, wonach sie Haider nie belogen hätte – viele stört das aber nicht. Als etwa das Ifes vor drei Wochen erhob, ob Haider immer die Wahrheit sage, verneinten dies rund 80 Prozent der Befragten und selbst 60 Prozent der deklarierten FPÖ-Sympathisanten.“ (Profil Nr. 48, 27.11.1995, S. 30–32)

Ganz offensichtlich handelt es sich hier um eine Modulation von der Realität in einen „So Tun als ob“-Rahmen. Das Vergnügen, einem „Aufdecker“ von Ungeheuerlichkeiten zuzujubeln ist offenbar größer als der Lustgewinn aus der Bloßstellung der Unwahrheiten dieses „Helden“. Schließlich würde man sich in letzterem Fall jeder „Hoffnungsträger“ und damit jeder Unterhaltung durch das Spektakel, das Haider bietet, berauben. Natürlich kann aus der Inkonsistenz der FPÖ-Wähler nicht geschlossen werden, dass sie sich *generell* von der Überführung von Politikern als Lügner nicht beeindruckt ließen. Das Verhalten der Haider-Anhänger lässt viel-

²³ Auch in ganz anderen politischen Arenen, wie etwa der Mitbestimmungsuniversität, finden sich Beispiele für die Verschwiegenheit über fraktionelle Besprechungen – bzw. die Störung des „So Tun als ob“-Rahmens, wenn gegen das Verschwiegenheitsgebot verstoßen wird: Ein Professor erwähnte in einer an die Aufsichtsbehörde gerichteten Stellungnahme zu einem Personalfall, dass das Abstimmungsverhalten der Professoren-Kurie in ihrer – natürlich informellen – Sitzung auf Ablehnung des Antrags eines Assistenten auf Weiterbestellung festgelegt wurde. Nun ist ein derartiges Geständnis in einer eigentlich überparteilichkeit erfordernden Qualifikationsprüfung in einer Personalfrage nicht gerade Ausdruck geschickten Taktierens. Vermutlich gilt hier, was ich vorhin für die Einhaltung von Anstandsregeln vorbrachte: manche Wesen (hier Assistenten in den Augen ihrer Vorgesetzten) sind „Unpersonen“, denen nicht der Respekt der – auch nur scheinbaren – Einhaltung von Umgangsformen (in diesem Fall der fairen Beurteilung) geschuldet wird. Das Beispiel demonstriert auch, wie ein Individuum an den Rollenforderungen des Mächtigen, der so tun muss als ob er sich an demokratische Spielregeln hielte, scheitern kann.

²⁴ Wobei hier die Tatsache, dass die Aussage in der dritten Person steht, zu denken gibt: Warum sprach Haider nicht „Ich habe Euch nicht belogen“ von den Plakatwänden? Vielleicht deshalb, weil – im Zuge des „So Tun als ob“ – die Wähler diese Aussage von Haider selbst als noch unglaubwürdiger empfunden hätten und daher eine anonyme dritte Person scheinbare Objektivität und Distanzierung vom „Lügner“ Haider herstellen musste.

²² Die soziale Funktion von Verlegenheit beschreibt Goffman etwa damit, dass sie der Ausdruck der Würdigung der Beziehungsregeln auf Kosten des individuellen Images ist (Goffman, 1994, 123). Wer einen Fremden versehentlich berührt (auf der Straße, in einem Lokal, im öffentlichen Verkehrsmittel) beginnt sich sofort zu entschuldigen und selbst zu bezichtigen. Damit steht der Täter zwar für kurze Zeit als Tollpatsch da, zeigt aber gleichzeitig, dass er die Konvention der Wahrung der Privatsphäre und Souveränität eines anderen Erwachsenen voll respektiert und daher bereit ist, für den eigenen – unabsichtlichen – Verstoß zu büßen. Dort, wo solche Konventionen nicht gelten, wird rasch erkennbar, dass ein anderes Verhältnis zwischen den Betroffenen besteht: während sich Erwachsene untereinander formell mit „Sie“ anreden, gilt diese Konvention unter Freunden, engen Verwandten, zwischen Erwachsenen und Kindern oder Bettlern und Betrunknen nicht.

mehr darauf schließen, dass der Unterhaltungswert der Politik für manche Bürger eine wichtigere Rolle spielt, als der Wirklichkeitsbezug des Geschehens.²⁵ Doch für jegliche Art der Unterhaltung gilt, dass sie spannend sein muss. Ein politischer Rahmen, der unterhalten will, muss als Modulation die Akteure und Zuseher fesseln können. Das kann Politik weil sie per definitionem die Öffentlichkeit also uns alle betrifft. Gleichzeitig fördert die Erfahrung des Einzelnen in der demokratischen Wohlstandsgesellschaft den Eindruck, „daß keine der politischen Entscheidungen sein Leben und dessen Standard ernsthaft bedroht, aber er ist empfänglich für Botschaften jener Politiker, die den Weltuntergang für den Fall prophezeien, daß nicht sie, sondern die jeweils anderen den Gang der Politik bestimmen.“ (Januschek 1994, 289) Insbesondere die Ankündigungen Haider eignen sich für die Unterhaltung, weil sie simpel in der Sprache und politisch (bisher) immer folgenlos sind. In einer Grundsatzrede im November 1999 (anlässlich des Gründungsjubiläums der Republik Österreich) signalisierte Haider seinen Anhängern, dass vom Prinzip der unterhaltensamen Folgenlosigkeit nicht abgegangen wird, selbst wenn seine Gegner davor warnen, dass Haider in der Regierung die Hetzparolen gegen Ausländer und Minderheiten in die Tat umsetzen könnte. Haider erklärte: „Dort, wo die Freiheitlichen Verantwortung tragen, braucht niemand die Koffer zu packen.“ (*Neue Zeit* 13.11.1999)

Auch in Zeremonien lassen sich Bindungen darstellen, da für alle Beteiligten eine Deutung des Geschehens – die Bedeutung der Zeremonie – relevant ist. Politische Zeremonien wie Vereidigungen und Inaugurationen illustrieren die Symbolhaftigkeit der einzelnen Vorgänge: Durch das weihevollen Versprechen in Anwesenheit der anderen Mandatäre, wird symbolisch die Bindung zwischen „dem Volk“, dessen Alleinanspruch auf die Macht die demokratische Verfassung gewährleisten und schützen muss, und seinen Vertretern hergestellt. Der Eid des Politikers verpflichtet ihn gegenüber „dem Volk“, die „Ehre“ des Politikers stellt sozusagen die Investition von Seiten des Politikers dar, sie gewährleistet, dass der Politiker in dieser Bindung ernsthafte Verpflichtungen eingeht. Und tatsächlich sind Politiker in Konfrontationen äußerst empfindlich gegenüber dem Vorwurf, gegen die Interessen der Allgemeinheit (i.e. „des Volkes“) zu handeln. So könnte auch ein Grund, warum das Ansehen von Politikern generell so gering ist, darin liegen, dass die Feststellung der „Vertragstreue“ bei der sehr globalen Verpflichtung, die Interessen „des Volkes“ zu vertreten, de facto unmöglich ist. Es lässt sich immer ein unzufriedener Bürger finden, der dann letztlich den Politiker des Vertragsbruch zeihen kann. Ein solcher Vorwurf rührt an die Ehre des Politikers und hinterlässt Spuren an dessen Respektabilität.

²⁵ In diesem Zusammenhang möchte ich einen Aspekt der von Ottomeyer durchgeführten Analyse des Haider-Publikums würdigend in Erinnerung rufen. Auch Ottomeyer geht davon aus, dass Szenen um die Figur des Aufdeckers, „Bonzenbekämpfers“ oder „Saubermannes“ (Goldmann et al 1992, 190) gespielt werden, was in gewisser Hinsicht die Bereitschaft der „Mitspieler“, des Haider-Publikums, voraussetzt, „so zu tun als ob“. In der Einschätzung der Bedeutung, die diese Szenen für den Einzelnen haben sollen, und vor allem im Hinblick auf die therapeutische Wirkung dieses Nachspielens, teile ich Ottomeyers Standpunkt nicht. Ich meine nicht, dass durch das Nachspielen von Aufdecker-Szenen für das Publikum eine Lösung innerer Spannungszustände, die durch die moderne Gesellschaft verursacht worden sind, eintritt.

Bei Angelobungen oder Inaugurationen ist der Brauch zu beobachten, dass sich die Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Fraktionen mit einem spezifischen gut sichtbaren Symbol als Teil ihrer Partei zu erkennen geben. Die Symbole haben meist historische Konnotation – etwa rote Nelken bei den Sozialdemokraten – und dienen offenbar zu einer besonderen Identifizierung der Person als Angehörigen oder Repräsentanten der Partei (ideologie). Diese Erkennungszeichen bei der Konstituierung von Parlamenten stellen am Beginn einer Gesetzgebungsperiode (also eines Zeitraumes der Debatten und Auseinandersetzungen) klar, wer zu welcher Fraktion und damit zu welcher Ideologie gehört. Eine kleine scheinbar unbedeutende Geste verdeutlicht die Allianzen und Antagonismen, die zwischen den Abgeordneten eines Parlamentes aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit bestehen.

Politische Zeremonien enthalten oft modulierte Alltagshandlungen, die sie in einem feierlichen Kontext mit besonderer Bedeutung belegen: Spatenstiche, Grundsteinlegungen, Schlüsselübergaben, Eröffnungen, Denkmalenthüllungen, Schiffstauen usw. transformieren die Handlung und ergeben so eine neue Bedeutung.

Die Beteiligten an Zeremonien sind meist bemüht, sich den Anforderungen der Situation anzupassen und sich den Rollenanforderungen gemäß zu verhalten. Dies tun sie in der Regel, um sich als würdige Mitglieder der Gesellschaft zu erkennen zu geben, die sowohl über die Bildung und das Wissen über Anstandsregeln verfügen, als auch ihre Körper so weit beherrschen können, dass ihr tatsächliches Tun den Regeln entspricht (Goffman 1971, 109). Nun kann sich ein Politiker entschließen, die Erwartungen an ihn *absichtlich* nicht zu erfüllen, wobei er dann bemüht ist, die Symbolhaftigkeit der an den Tag gelegten Nonkonformität zu unterstreichen. Nicht aus Ignoranz oder Ungeschicklichkeit wird gegen z.B. Bekleidungsvorschriften wie Krawattenzwang o.ä. verstoßen, sondern um mit einem äußeren Zeichen die Distanz zu jener sozialen Entität zu unterstreichen, von der die Zeremonie getragen ist (Goffman 1966, 220 ff.). Das Ablegen solcher Insignia erregt zurecht viel Aufsehen wie etwa an dem Medieninteresse am äußerlichen Wandel des deutschen Außenministers Joschka Fischer (von den Grünen) abzulesen ist,²⁶ denn schließlich symbolisieren solche bedeutungsvollen Äußerlichkeiten das Verhältnis des Individuums zur Gemeinschaft in einer bestimmten Situation bzw. zu größeren Einheiten der Gesellschaft.

Rahmen und Erfahrung

Da die Art des Rahmens die Verbindung und Einbettung von Handlungen in die Wirklichkeit bestimmt und dadurch den notwendigen Sinnzusammenhang für die Beteiligten und die Betrachter herstellt, ist es von großer Bedeutung, darüber Klarheit zu haben, was der „wirkliche“, der „korrekte“ Rahmen in einer Situation ist. Dabei können verschiedene Schwierigkeiten auftreten, denn nicht jeder Rahmen ist

²⁶ Fischer trug als Grüner Bundestagsabgeordneter meist Jeans und Turnschuhe; als er 1998 Außenminister wurde, wechselte er auf den traditionellen Anzug.

eindeutig erkennbar und mancher Rahmen ist stark gefährdet, zerstört und durch einen anderen ersetzt zu werden. Letzteres gilt vor allem für die Täuschung. Um die Verwirrung, die durch Zweifel über die Definition der Situation entsteht, möglichst gering zu halten, gibt es in allen Gesellschaften Spezialisten (Kriminalisten und die Justiz), die die Aufgabe der eindeutigen Klärung von Rahmungsschwierigkeiten erfüllen. In der Politik erfüllen journalistische Kommentare oft diese Funktion.

Sowohl im Alltagsleben als auch in der politischen Praxis können etwa Mehrdeutigkeiten der biografischen Identität einer bestimmten Person auftreten: Wenn man nämlich jemanden nicht sofort erkennen und „richtig einordnen“ kann, wird man von einem Gefühl der Unsicherheit befallen. Gerade in politischen Veranstaltungen, Versammlungen, Diskussionsrunden, Verhandlungen oder Präsentationen scheint es außerordentlich wichtig für die Zuseher und Interaktionspartner, zu wissen, welcher politischen Fraktion ein Sprecher angehört, um die von ihm gemachten Aussagen dann auch „richtig“ zu verstehen. Indem man sie als scheinheiliges Lippenbekenntnis abwertet und als weniger real aufnimmt, oder indem man sie als glaubwürdiges Bekenntnis wahrnimmt, rahmt man eine Aussage aufgrund der biografischen Identität der Person, die sie getroffen hat. Es ist also nicht egal, wer etwas sagt oder tut.

In Medienberichten werden Politikernamen meist mit dem Präfix der Kurzbezeichnung ihrer Partei angeführt, damit dem Leser oder dem Zuhörer die Zuordnung der Aussage in den richtigen ideologischen Zusammenhang erleichtert wird.

Da der Rahmen so wesentlich für die Interpretation und Strukturierung der Erfahrung ist, kann die gesamte Erfahrung, die aus einem bestimmten Rahmen resultiert, gefährdet werden. Wenn man nicht weiß, was der korrekte Rahmen eines Geschehens war, kann man das Erlebte nicht verstehen, weitererzählen und in die eigene Biografie integrieren. Im Versuch, das Rätselhafte zu verstehen, wird dann ein Rahmen zugeordnet, Ereignisse werden nach dem neuen Wissensstand neu gedeutet und das Geschehene selbst heißt jetzt etwas anderes.

Gewöhnlich ist aus dem Kontext einer Handlung abzuleiten, wie sie zu verstehen ist, also welcher Rahmen vorliegt. Und wenn die Hinweise aus dem Kontext einmal nicht ausreichen, können meist zusätzliche Informationen von außen die Rahmen-Unklarheiten beseitigen. Dabei gilt, „...daß mit zunehmender Information die Wahrscheinlichkeit grober Deutungsirrtümer abnimmt, einfach deshalb, weil einzelne richtige Informationen dazu tendieren, einander zu bestätigen, und je mehr es davon gibt, desto eher kommt es zu einer faktisch unangreifbaren Deutung.“ (Goffman 1993, 475, Fußnote 2) Dieser Umstand wirkt sich in Fragen der politischen Bildung stark aus. Das Wissen um die Bedeutung verschiedener Rahmen in der Politik (der strategischen Täuschungsmanöver, der Zeremonien usw.) kann die Erfahrung des Individuums strukturieren. Je häufiger jemand an politischen Entscheidungsabläufen teilnimmt (durch direkte Partizipation und durch Medien), desto weniger Deutungsirrtümer oder Möglichkeiten zur Rahmenunsicherheit treten für ihn auf. So kristallisiert sich ein kohärentes Bild für ihn heraus. Er kann besser die Folgen von Entscheidungen abschätzen, weil er in Kenntnis der Rahmungen,

das Verhalten anderer antizipieren kann. Mehrdeutige Aussagen und Anspielungen werden für ihn durchschaubar. Wer jedoch kaum mit politischen Vorgängen vertraut ist, wem die Kompetenz in der Beurteilung der politischen Rahmungen fehlt, der empfindet bei jeder Modulation und bei jedem Täuschungsmanöver Rahmenunsicherheit. Er fragt sich, was hier *eigentlich* vorgeht.

Politische Sozialisation, wie sie vor allem in Organisationen wie Parteien oder Gewerkschaften geleistet wird, verringert im politischen Akteur diese Rahmenunsicherheit; mit zunehmender Erfahrung kann er Vergleiche anstellen, über die allgemeinen Eigenschaften von Rahmen in der Politik reflektieren und so auch in neuen und unbekannteren Situationen kompetent reagieren.

In den europäischen Parteien sind die Funktionäre in der Regel durch langjährige parteiinterne politische Arbeit geschult. Sie erwerben dabei neben rhetorischen Fähigkeiten und Verhandlungsgeschick vor allem einen ideologischen Rahmen, mit dem sie die Welt beurteilen. Diese Sozialisation stellt für die Partei sicher, dass die über eine solche „Parteikarriere“ zu Abgeordneten avancierten Politiker relativ kohärent agieren. Mit zunehmendem Auftreten so genannter Quereinsteiger, wie sie etwa typisch für die USA sind, wo viele Ämter *ex lege* nur für bestimmte Zeit ausgeübt werden dürfen, steigt der Bedarf nach umfassenden Schulungen der Neulinge.²⁷

Während demokratische Parteien bemüht sind, ihren Funktionären durch politische Bildung einen einheitlichen Rahmen zu vermitteln, der ihre Handlungen für die Partei kalkulierbar macht, setzen autoritäre und strikt auf eine Führerfigur zugeschnittene Organisationen auf die Rahmenunsicherheit ihrer Mitglieder und Funktionäre, weil damit die Führerfigur die Definitionsmacht unumstritten in Händen hält. Je unerfahrener die „Jünger“ einer solchen Organisation, desto weniger sind sie in der Lage, die Wahrheit des vom „Führer“ vorgegebenen Rahmens in Frage zu stellen. Sie können sich kaum auf die eigene Urteilsfähigkeit in der Analyse politischer Zusammenhänge stützen. Wie Coser (1974) für Sekten (religiöser und politischer Natur) feststellt, erhalten „Selbstreinigungsprozesse“, in denen sich die Gruppe der Häretiker entledigt, die Gruppenkohäsion und sind daher notwendiger Bestandteil der Organisation (108–9). Je stärker die Loyalität zur Gruppe, desto unumstößlicher gilt ihre Rahmung der Ereignisse, ihre Ideologie und ihr (Aber)Glaube. Je weniger eigene Überzeugungen das Individuum einbringt, je weniger Eigenschaften es hat, desto besser fügt es sich in die Gruppe ein, desto angenehmer emp-

27 Die limitierten Funktionsperioden erzeugen für die Politikerinnen und Politiker Zeitdruck, der die Strategie „learning by doing“ ausschließt. „So any time that is lost figuring out rules or finding one's way to the executive's washroom is time that could have been spent doing the people's business.“ (Los Angeles Times, 17.1.1999, A3)

Oft ist es das Wissen um banale Kleinigkeiten, die das politische Agieren erleichtern. Im wahrsten Sinne des Wortes leichter wäre etwa zwei jungen Teilnehmern an einer Demonstration gegen Rassismus in Wien das Tragen ihres ca. 8m breiten Transparentes („SPÖ – ÖVP – FPÖ – FINDE DEN UNTERSCHIED!“) gewesen, wenn sie wie die Demonstranten aus den politischen Jugendorganisationen Löcher in den Stoff geschnitten hätten. Den Luft- wie Zeitströmungen ist mit politischer Sozialisation, die Know How bzw. klare politische Rahmen vermittelt, mitunter wirklich besser beizukommen.

findet es auch die Kohäsionsprozesse. Den Mangel an intellektueller Investition in die Bindung soll die Steigerung der emotionalen Investition ausgleichen; vom Einzelnen wird so eine kathektische Bindung an die Organisation erwartet, wobei die emotionale Komponente der Kathexis auf Kosten der intellektuellen gesteigert wird. Aus der Lage von Ereignissen in ihrem Kontext können sich verschiedene Formen der Gefährdung der Erfahrung ergeben, so kann ein Mangel an Informationen und Indizien über die Art des Geschehens zu Rahmenunklarheiten und Mehrdeutigkeiten führen. Wenn etwa ein merkwürdiges Ereignis nur einmal stattfindet (ein seltsames Geräusch), oder wenn das Ereignis schon lange zurückliegt sowie dann, wenn es nur eine Auskunftsperson zum Ablauf des Ereignisses gibt. Der Umstand, dass historisch länger zurückliegende Vorgänge für eine Um-Rahmung anfälliger sind, wirkt sich mehr als 50 Jahre nach Kriegsende vermutlich stark auf die Popularität rechtsextremer Ideologie aus. Insbesondere der Zustrom jüngerer Menschen zu rechtsextremen Wahlparteien bei der Wahl der deutschen Landesparlamente 1998 wurde etwa am Titelblatt der Wochenzeitung *Die Zeit* mit den Worten „Rechts wird schick“ kommentiert (*Die Zeit* Nr. 39, 17.9.1998). Die These im dazugehörigen Artikel lautet: früher war es für Junge modern links zu sein, heute sei es umgekehrt. Bert Klandermans ergänzte dieses Bild mit Fallstudien junger niederländischer rechtsextremer Aktivistinnen, die aus Protest gegen die liberale (in den 1960er Jahren sozialisierte) Elterngeneration nach rechts drifteten (Klandermans/Linden 1998). Das wirksamste Mittel, jemanden zur Umdeutung des Erfahrenen zu bringen (seine Erfahrung also zu gefährden) ist der Einsatz von Rahmenfallen. Das gesamte innerhalb manipulierter Rahmenklammern auftretende Geschehen erhält damit eine falsche Bedeutung. Prominentestes Beispiel sind Verschwörungstheorien, die jedes zufällige Detail mit Bedeutung belegen und oft absurde Plots konstruieren. Die Sektierer immunisieren sich gegen vernünftige Gründe, die ihren Deutungen widersprechen, indem sie sie als persönliche Angriffe betrachten. So schließen sie aus ihrem „Schicksal“ der vermeintlichen Verfolgung, dass sie tatsächlich im Besitz der Wahrheit sein müssen, die von „den anderen“ aus dubiosen Gründen geleugnet wird. Die Gruppenkohäsion lässt sich damit steigern – um den Preis der Normalität der Mitglieder, die zunehmend paranoide Züge entwickeln. So kündigten etwa im Herbst 1999 FPÖ-Funktionäre die Gründung einer Schutzgemeinschaft für ihre Wählerinnen und Wähler an. Diese seien nach der Nationalratswahl 1999 zunehmend Anfeindungen – etwa von Seiten des Repräsentanten der Israelitischen Kultusgemeinde – ausgesetzt gewesen.

„Die ‚Schutzgemeinschaft‘ will freitlichen Wählern und wer sich sonst noch betroffen fühlt, Rechtsschutz anbieten, um gegen ehrenbeleidigende Äußerungen vor Gericht vorgehen zu können. ... ‚Bei jeder Gelegenheit werden wir als Nazis beschimpft‘ klagt Dillersberger [Funktionär der FPÖ und ehemaliger Dritter Nationalratspräsident] ...“ (*Der Standard* 11.11.1999)

Tatsächlich sind diese vermeintlichen Opfer von Angriffen und Diffamierungen seit Jahren selbst mit aggressiven populistischen Parolen gegen Minderheiten und/oder gegen ihre politischen Gegner vorgegangen.

Rahmen, die das Erlebte strukturieren und deuten, spiegeln – wie ich versucht habe deutlich zu machen – sehr häufig die sozialen Verhältnisse der Akteure zueinander wider. So ist die Verteidigung von Dogmen klar an Machtkämpfe geknüpft und Verschwörungstheorien sollen die emotionale Komponente der Kathexis der Akteure fördern, indem sie Ängste und Aggressionen schüren. Lässt man sich in etwas „einweihen“ und entschließt man sich, einer bestimmten Interpretation von Ereignissen zu folgen, drückt das auch ein Vertrauensverhältnis zu demjenigen aus, der eine Um-Rahmung der Erfahrung vorschlägt. Die Rahmen-Analyse kehrt so den sozialen Aspekt der Konstruktion von Bedeutung hervor. Sie macht außerdem deutlich, dass zwischen Menschen, die Bedeutungen teilen, eine Bindung besteht.

Politische Unterhaltungen und Empörungsrahmen

Die bislang mit der Rahmen-Analyse erlangten Einblicke in soziale Zusammenhänge bezogen sich auf ein Feld sozialer Situationen. Für die Rahmenanalyse des Gesprächs sind die verschiedenen sozialen Funktionen der Kommunikation zu beachten: Zum einen brauchen wir das Gespräch um unsere Handlungen untereinander abzustimmen, Absichten auszudrücken und Aufgaben zu koordinieren.

Doch darüber hinaus gibt es natürlich die Unterhaltung, die Plauderei, die um vieles lockerer mit der Wirklichkeit verbunden ist und die daher auch viel leichter transformiert werden kann. „[E]ine Hauptfunktion der Unterhaltung besteht darin, dem Sprechenden eine Möglichkeit zu geben, mit dem, was um ihn herum vorgeht, wieder irgendwie ins Reine zu kommen, ohne es aber selbst unmittelbar verändern zu wollen.“ (Goffman 1993, 536)

Diese lose Einbettung der im Geplauder gemachten Aussagen in die Realität ist die Ursache großer Irrtümer in der Sozialforschung. Denn nicht alles, was von Interviewpartnern in der Interviewsituation gesagt wird, ist so eng an die Wirklichkeit geknüpft, dass sich daraus eine gute Prognose für das Verhalten der betreffenden Person erstellen ließe. „Der Zusammenhang zwischen Reden und Tun erweist sich (nur für den in die Legitimität seiner Methoden versponnenen Sozialwissenschaftler überraschend) als recht lose.“ (Steinert 1984, 17) Bei Analysen der Abwendung von politischen Bindungen kann dies natürlich dazu führen, dass Rechtfertigungen wie ich sie insbesondere in der Rhetorik des Populismus erwähnt habe, missverstanden werden als die Frustrationen, die eine vermeintlich kathektische Bindung zerstören.²⁸

Die Tatsache, dass die gewöhnliche Unterhaltung nur locker mit der Wirklichkeit verknüpft ist, lässt sich u.a. daran erkennen, dass meist ein permanenter Ton des Scherzens, Aufziehens und der Ironie herrscht, der durch besondere Klammern

²⁸ Hier her gehört auch das Bemühen des österreichischen Bundeskanzlers Klima nach der Nationalratswahl 1999 vor der ausländischen Presse, die FPÖ-Wähler vom Vorwurf des Rechtsextremismus und Rassismus reinzuwaschen, indem er sie als Protestwähler gegen die Bundesregierung bezeichnete. Wogegen diese Wähler im Einzelnen protestierten, enthüllte die Analyse Klimas nicht.

(„Spaß beiseite“) unterbrochen werden muss, um anzukündigen, dass die darin ge-rahmte Aussage hinuntermoduliert zu verstehen ist, also ernst und eng an die Wirklichkeit geknüpft.

In der Unterhaltung „(...) verbringt der Mensch den größten Teil seiner Zeit, die er spricht, damit, daß er Hinweise auf die Fairness oder Unfairness seiner gegenwärtigen Lage und andere Gründe dafür liefert, Sympathie, Anerkennung, Lob, Verständnis oder Freude zu zeigen. Und seine Zuhörer sind in erster Linie gehalten, irgendeine verständnisvolle Reaktion zu zeigen.“ (Goffman 1993, 539)

Die Modulation von Erlebtem im Gespräch – der Bericht, die Erzählung – ermöglicht es den Zuhörern, das Geschehene nachzuerleben. In der politischen Unterhaltung hat das Erzählen von Geschichten über (erlittene) Ungerechtigkeiten einen prominenten Platz: Der Sprecher erhält von den Zuhörern Bestätigung, Verständnis, Bedauern oder Mitgefühl. Ich nenne diesen spezifischen Gesprächsrahmen Empörungsrahmen. Die Empörung als Ritual schafft Gemeinschaft, indem sie einerseits dem Opfer der Ungerechtigkeit Sympathie ausspricht, andererseits die Normen bestätigt, die in der Geschichte gebrochen wurden (Durkheim 1954, 205ff.; Wrong 1994, 57).

Alle Interaktionspartner können sich in diesen kleinen, örtlich und zeitlich flexiblen politischen Unterhaltungsveranstaltungen empören und selbst zu Gerechten, ja Richtern, werden, unschuldig an eigenen Misserfolgen, verkannt in den eigenen Fähigkeiten und verfolgt von und benachteiligt gegenüber „den anderen“ oder „denen da oben“. Verschiedene ideologische Richtungen liefern dann unterschiedliche Interpretationsraster oder „Rahmen“ für die Deutung der geschilderten Zusammenhänge, was die Universalität des Empörungsrahmens unterstreicht.

Die Rolle der Massenmedien bei der Auslösung dieser kollektiven Modulation ist groß, vor allem der Boulevard inszeniert oft virtuos „den Aufschrei der Massen“ oder den „Volkszorn“. Jörg Haider als „Anwalt des kleinen Mannes“ hat einen ganzen Fundus von „keys“ zur Auslösung bzw. zum Ankündigen eines Empörungsrahmens in seiner Rhetorik, z.B. die „Privilegienritter“, „Bonzen“ oder „Sozial-schmarotzer“. Und obwohl Haider die kleinen Empörungsdramolette beständig wiederholen muss, nützt sich die Emotion bei den Zuhörern offenbar kaum ab.

Ein Kennzeichen des Gesprächs ist in diesem Zusammenhang auch, dass einer vorge-tragenen Beispielgeschichte die Erzählung einer Geschichte aus eigener Erfahrung eines anderen Interaktionsteilnehmers folgen kann, was dann einer größeren Zahl von Teilnehmern die Gelegenheit gibt „sich einzubringen“ und damit schließlich Gemeinschaft erfahren lässt.

Rhetorik des Dementi

Die bereits im ersten Kapitel beschriebene Rhetorik des Dementi stellt einen offenen Versuch der *Um-Rahmung* im Gespräch dar: Indem der Sprecher antizipiert, welches Licht eine bestimmte Aussage, die er zu machen beabsichtigt, auf ihn werfen wird, kann er mit einem Dementi (oder Disclaimer) das antizipierte (negative)

Urteil quasi prophylaktisch ablehnen. „Ich bin kein Rassist, aber...“ leitet eine Aussage ein, der eigentlich der Rahmen „rassistische Äußerung“ entspricht; das Dementi bemüht sich sozusagen, die entstehende Bedeutung (und vor allem ihre Auswirkungen auf den Sprecher) zu negieren. Wer das Dementi in der Konversation anwendet, beansprucht von den Zuhörern eine Sonderbehandlung: ihm oder ihr zu Liebe möge der Zuhörer einen anderen Maßstab in der Beurteilung der Aussage und des Sprechenden machen. Ein gelungenes Dementi ist dann eines, bei dem der Interaktionszusammenhang nicht zerrüttet wird, wo der Sprecher nicht auf die Widersprüchlichkeit zwischen Rahmung und Aussage hingewiesen wird. Tatsächlich ist man in engen persönlichen Bindungen viel eher bereit, ein Dementi zu akzeptieren. Das Dementi als Rahmen versucht also zu verbinden, was eigentlich zueinander im Widerspruch stehen müsste und weiters zeigt die Bereitschaft, in diesen Dementi-Rahmen einzusteigen, eine Bindung zum Sprechenden an.

Anspielungen

„Anspielungen sind bewußte Bezugnahmen auf gemeinsame Erfahrungen“ (Janussek 1994, 198), diese gemeinsamen Erfahrungen werden in der Anspielung nur angedeutet, sie werden nicht explizit benannt. Die Bedeutung, die aus der rhetorischen Figur der Anspielung entsteht, erfordert das Mitdenken und Verstehen *beider* Interaktionspartner. Wenn der Rezipient die Anspielung versteht, erhält die Anspielung für ihn dieselbe Bedeutung wie für den Autor der Anspielung. So kann der Autor von Anspielungen eine Bindung zu seinen Zuhörern herstellen, indem er ihnen vermittelt, dass nur *er* und *sie* das Gesagte so verstehen, wie er es gemeint hat. (Natürlich kann der Autor die Verantwortung für die Interpretation der Anspielung zurückweisen, dann zerstört er damit eine Bindung, die der Rezipient irrtümlich angenommen hat, als er der Anspielung eine bestimmte Bedeutung unterstellte.)

Anspielungen haben also einen deutlichen gruppeneingrenzenden oder -ausgrenzenden Effekt (Janussek 1994, 299), daher sind sie besonders gut geeignet, als rhetorisches Stilmittel des Populismus zur Integration politischer Akteure beizutragen.

Haider benutzt die Rhetorik der Anspielung vor allem, um die mit dem Nationalsozialismus sympathisierenden Anhänger anzusprechen, die über die partikuläre Erfahrung der Ausdrucksweise der Nazis verfügen. Und alle anderen Rezipienten, die die Bedeutung der Anspielung nicht erfassen können, fühlen sich durch die meist „humorvolle“ Formulierung unterhalten. Als etwa Haider von „roten und schwarzen Filzläusen, die mit Blausäure bekämpft werden sollten“ (Profil 25.4.1994) sprach, war die Anspielung auf die Gaskammern (und das Gas Cyan) für Eingeweihte deutlich. Die „Unbedarften“ konnten sich des ungetrübten Vergnügens der Wortspielerei mit Farbbegriffen, die auf Parteien verweisen, erfreuen. Zudem ergab für sie die Erwähnung des Wortes für einen Parasiten, der hauptsächlich die Schambehaarung befällt, die unterhaltsame Schlüpfrigkeit ordinärer Witze.

Scharsach (1994) hat sich mit einer peniblen Untersuchung der Parallelen der Haiderschen Rhetorik mit jener der Nationalsozialisten beschäftigt und kommt dabei zum Schluss, dass Haiders Ausdrucksweise rechtsextrem ist.²⁹ Da jedoch Haider die rechtsextremen bzw. nationalsozialistischen Inhalte nur selten direkt benennt, sondern sich meist in (wenig subtilen) Anspielungen ergeht, ist er erfolgreicher und populärer als ein Hardcore-Nazi. Die Rhetorik der Anspielung wirkt bei ihm vor allem deshalb stärker integrierend als partikularistisch, weil die Aussagen auch neben der Bedeutung, die auf Sympathie zum Nationalsozialismus hinweist, noch einen politischen Sinn haben, der für ein breiteres heterogenes Publikum nachvollziehbar ist.

Fernsehen

Moderne Gesellschafts- oder Zivilisationskritik fußt nicht selten auf der Behauptung, dass der zunehmende Konsum von Fernsehberichten, -filmen und -shows zur Entfremdung der einzelnen Gesellschaftsmitglieder führen müsse. Soziale Bindungen würden demnach unter dem Engagement der Fernsehzuschauer für fiktive Rahmenhandlungen leiden. Für viele politische Bindungen jedoch gilt, dass sie kaum ohne die Hilfe von Medien wie Radio und Fernsehen zustande kommen können. Die Modulationen, die das Fernsehen im Bereich politischer Nachrichten und Diskussionsveranstaltungen liefert, unterscheiden sich in ihrer Dynamik und im Engagement, mit dem sich Zuseher oder Zuhörer daran beteiligen, nicht wesentlich von den face-to-face-Interaktionen des Stammtischgesprächs. Einzig die Rollen des Zuhörens und Erzählens sind im „natürlichen“ Gespräch flexibler und können dort auch abwechseln. Die im Fernsehen vermittelten Berichte wiederum können vom Zuseher hinterher in natürlicher Interaktion kommentiert und diskutiert werden.

Viele überregionale politische Ereignisse könnten von den meisten Menschen gar nicht „direkt“ erlebt werden, sondern sind nur als Nachrichten oder Kommentare in Presse und elektronischen Medien erfahrbar. So hilft der Medienbericht bei der Evaluation des politischen Geschehens.

Ein Beispiel für die Relevanz von Themen aus Medienberichten etwa ist die erwähnte Analyse der Austrittsgründe von SPÖ-Mitgliedern zwischen 1994–97 (siehe Anhang 2). Es zeigt sich eine deutliche zeitliche Häufung des Austrittsgrundes „Sparpaket“ (Budgetsanierungspolitik der Bundesregierung mit SPÖ-Beteiligung) im Februar 1996 – also als die Sparmaßnahmen in der Berichterstattung über die Budgeterstellung am häufigsten vorkamen. In den Austritten, die innerhalb der darauf folgenden 14 Monate registriert wurden, wird das Sparpaket signifikant seltener angegeben, obwohl etwa gerade in dieser Zeit die Sparmaßnahmen für die Betroffenen selbst erfahrbar geworden sind.³⁰ Hier wird erkennbar, dass politische Bindun-

²⁹ Es mag kurios anmuten, dass es so einer Arbeit bedurft hatte. Doch Haider machte es sich zur Gewohnheit, jeden, der ihn einen Nazi nannte, zu verklagen. So war Scharsachs Dokumentation für die in die Gerichte verlagerte politische Auseinandersetzung eine wichtige Argumentationsgrundlage.

³⁰ Sogar ein Austrittsgrund, der sich mit der persönlichen Betroffenheit von den Budgetsparmaßnahmen befasst, wurde nur im Februar 1996, nicht jedoch in den Monaten danach genannt.

gen in der Gegenwart unter Umständen stärker von der Medienberichterstattung beeinflusst werden als von unmittelbar selbst Erlebtem.³¹

Die technische Art der Übermittlung von Berichten zu politischen Vorgängen (ob durch das Fernsehen, die Zeitung oder direkte Interaktion mit einem Menschen) spielt letztlich also eine nachgeordnete Rolle; wesentlich ist das Wie, d.h. die Form der Rahmung. Je stärker sich Informationsübermittlung an den Kriterien für Unterhaltung orientiert, desto loser verknüpft erscheint die Information mit der Wirklichkeit und desto unverbindlicher und beliebiger wird sie für das Publikum. Weder der Bezug zur eigenen erfahrbaren Welt noch die Eingliederung der Information in das Weltbild des Einzelnen, das zur Deutung des Alltags dient, ist so noch herstellbar. Erfahrung wird gefährdet, da sie in dem häufig die verschiedenen Modulationsebenen wechselnden Unterhaltungsrahmen keine eindeutige Bedeutung mehr erhalten kann. Diese Vorgänge der Gefährdung oder Amorphisierung von Rahmen treten als Folge der Kommerzialisierung der Medien auf und beschränken sich nicht (wie Neil Postman 1985 behauptete) ausschließlich auf das Fernsehen. Auch dem Boulevardjournalismus ist zuzuschreiben, dass Information so gering und unkompliziert wie möglich zugunsten vielfältiger³² Unterhaltungsangebote geboten wird. Gratiszeitungen treiben die Kommerzialisierung von Information auf die Spitze, indem sie jeden Artikel nur gegen entsprechende Geldleistung des darin Erwähnten drucken, was der Leserschaft jedoch verschwiegen wird. Nachrichten werden so nach dem Kriterium der Finanzkraft, der in ihnen vorkommenden Akteure selektiert; die Öffentlichkeit – vertreten durch solche Journaille – erscheint damit vollkommen korrumpierbar von der Gunst der Unternehmer und der Bewirtung in den diversen Regierungsbüros.

Das Wesen der kommerzialisierten Informationsübermittlung ist ihre amorphe Rahmenstruktur, da sie aus Geschäftsinteresse bemüht ist, sich an ein möglichst großes und daher heterogenes Publikum zu wenden. Die symbolischen Bezüge zur Mobilisierung von Unterstützung für ein politisches Programm werden unspezifischer und weniger eindeutig (Hall, 1972, 58). Der Diskurs entpolitisiert sich langfristig, kontroverielle Themen bleiben ausgeblendet. Politische Entscheidungen richten sich nicht mehr nach einem ideologisch bestimmten Allgemeinwohl (volonté générale), sondern ausschließlich nach der volonté de tous, der Mehrheitsmeinung, die anhand von Verkaufsdaten (oder Auflagenzahlen und Einschaltquoten) ermittelt wird.

³¹ Womit ich keineswegs andeuten will, dass es nicht zu realen Opfern der Sparmaßnahmen gekommen ist. Die im Februar 1996 Ausgetretenen können die Verluste antizipiert haben und deshalb die Mitgliedschaft gelöst haben. Aber genau das untermauert mein Argument, dass Medienberichte für politische Bindungen eine wichtigere Rolle spielen als die eigenen unmittelbaren Erfahrungen des politischen Akteurs.

³² im Sinne von viele Käuferschichten bedienende Unterhaltung, nicht vielfältig im Sinne der Qualität der Unterhaltung. Die Kronen Zeitung sieht beispielsweise neben dem Pin-up eine Kolumne für die „emanzipierten“ Frauen vor und führt in „50 Zeilen mit Gott“ einen religiösen Monolog; der Krone-Kolumnist Staberl darf das „Ohr beim Volke“ haben, während ein Adeltiger seine Meinung von Gottes Gnaden zu Papier bringt.

Resümee

Die Reichweite von Rahmen und die Gültigkeit von Bedeutungen hängt eng mit den Bindungen der Individuen zusammen. In kathektischen Bindungen besteht etwa weitgehende Übereinstimmung der Rahmung unterschiedlicher Ereignisse. Unter Freunden „ist man sich einig“, man beurteilt die Welt ähnlich, teilt einen Rahmen. Ein klarer Rahmen schließt jedoch auch andere Rahmungen aus; Vorgänge die eine bestimmte klare Bedeutung haben, können nicht gleichzeitig eine andere haben. Dadurch werden auch Bindungen zu Menschen ausgeschlossen, die entweder keine so klare oder eine andere Sicht der Dinge haben.

Wer also – wie Rosa E. oder Margit S., die ich im ersten Kapitel geschildert habe – sein Umfeld nach einer klaren politischen Weltansicht beurteilt und sich dieser Rahmung gemäß verhält, schließt zugleich aus, dass für ihn andere Interpretationen derselben Vorgänge gültig sein könnten. Für Rosa E. ist Religiosität immer heuchlerisch frömmelnd; ein aufrichtiges Christentum passt nicht in ihre Beurteilung der Welt, in der ihre Freunde (die Roten) und ihre Gegner (die Schwarzen und die Kirche) ihre festen Plätze haben. Einem Pfarrer, der sie auf ihre Gläubigkeit unabhängig von ihrer Ablehnung der Institution Kirche ansprechen wollte, antwortete sie „Ich glaube schon was; dass nämlich aus einem Kilo Rindfleisch eine gute Suppe wird!“ Den Rahmen der Religiosität kann sie nicht teilen und so entzieht sie sich auch der Interaktion und den Bindungen mit religiösen Menschen.

Margit S. verhindert durch ihr Beharren auf ihre Sicht des angemessenen antifaschistischen Engagements eines Sozialdemokraten, dass die Bindung zu ihrem sozialdemokratischen Vorgesetzten aufrechterhalten werden kann, denn ihre Rahmung der Vorgänge im Dritten Reich steht im Widerspruch zu jener ihres Vorgesetzten. Ein Kompromiss ist dabei undenkbar, es kommt zum Bruch mit dem Vorgesetzten. Felix V. demonstriert, wie Gehorsam gegenüber Konventionen ein Gefühl der Verbundenheit mit der die Konventionen etablierenden Gemeinschaft ausdrückt. Er geht Kompromisse ein – gibt seine eigene Rahmung zugunsten der eines Interaktionspartners auf – im Interesse der Aufrechterhaltung einer Bindung.

An Alois K.'s Verhalten wiederum sind einige Anzeichen der Rahmenunsicherheit auszumachen: er unterhält Kontakte zu den Veteranenzirkeln ebenso wie er nach wie vor Mitglied der in den Veteranenzirkeln heftig kritisierten SPÖ ist; er rät seinem Sohn, „zu einer Partei zu gehen“, um Patronageklient zu werden, nicht jedoch, um einer politischen Überzeugung Ausdruck zu verleihen; und schließlich laviert er in den Gesprächen mit den ihn aufsuchenden SPÖ-Funktionären herum und drückt sich vor einem Bekenntnis, wenn er sagt „ich weiß eh, was ich wählen muss.“ Alois zeigt keine klare Rahmung, er bleibt farblos und unverbindlich.

Die Gemeinsamkeiten in Rahmungen, die gemeinsam erfahrenen Situationen, die gemeinsam kreierte Bedeutungen sind sozusagen die in Ideen, Geschichte und Konventionen gegossenen Bindungen. Je stärker jeder Einzelne sich in eine Gruppe eingebunden fühlt, desto wichtiger und verbindlicher sind ihm die Normen dieser

Gruppe und umgekehrt: wer das Gefühl hat, an der Konstruktion von Bedeutungen mitwirken zu können, fühlt sich in der jeweiligen Gemeinschaft sozial integriert.³³ Die Verknüpfung zwischen dem Rahmen und der sozialen Bindung zeigt sich deutlich in Verschwörungstheorien, Dogmen, im Empörungsrahmen, in gemeinsamen Ritualen und den verschiedensten Facetten des „So Tun als ob“ (den Scherzen und Höflichkeitsritualen des Alltags) oder etwa in den rhetorischen Strategien des Dementi und der Anspielung. Am Beispiel des Täuschungsmanövers wiederum lässt sich eine Folge der Verknüpfung zwischen sozialer Bindung und Rahmen verdeutlichen: wenn keine Rekursivität in der Perzeption des Rahmens besteht, ist dies entweder Ausdruck einer gefährdeten Bindung (der berechnende Umgang des Täuschers mit seinem Opfer schließt den Einsatz psychischer Energie in die Bindung zum Opfer aus). Oder eine bestehende kathektische Bindung wird durch die Asymmetrie der Kenntnis des gültigen Rahmens mit Schuldgefühlen belastet und droht durch eine „Beichte“ zerrüttet zu werden.

Wenn also Situationsdefinitionen im Sinne von Rahmen und Bindungen im Prinzip zwei Seiten derselben Medaille sind, steht außer Zweifel, dass die Rahmen-Analyse ein geeigneteres Instrument zur Analyse politischer Bindungen ist als ein naives Kausalmodell, das letztlich die Handlungen der politischen Akteure auf einige derivierte Interessenlagen bzw. Motive zurückführt.

33 Daraus erklärt sich auch der Unterschied zwischen der subjektiven Empfindung des Eingebundenseins in einen Freizeit/Freundeskreis und eine Arbeitsorganisation; mit ersterer Gruppe wird oft spielerisch oder scherzhaft kulturelle Bedeutung kreiert und der Teilnehmer ist meist stärker in diesen interaktiven Prozess der Bedeutungserzeugung eingebunden, als in der Arbeitsorganisation, wo er sich im wesentlichen an die jeweils gegebene und gültige Rahmung anpassen muss.